



Plenarprotokoll

98. Sitzung

Freitag, 18. September 2015

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung Flüchtlinge in Schleswig-Holstein - zusammenstehen, helfen, gemeinsam Heimat schaffen

8271

b) Für eine neue Flüchtlingspolitik - „unsichere Herkunftsländer“ festlegen

8271

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3342

c) Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein

8271

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3343 (neu)

d) Flüchtlingen helfen - Asylmissbrauche bekämpfen

8271

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3349 (neu)

e) Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

8271

Antrag der FDP
Drucksache 18/3353

| | | | |
|--|------|--|------|
| f) Menschenwürdige Unterbringung sichern! Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein | | Birgit Herdejürgen [SPD], zur Geschäftsordnung..... | 8323 |
| | | Birgit Herdejürgen [SPD]..... | 8323 |
| Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes | 8272 | Pestizidrückstände in Gewässern ... | 8323 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3340 | | Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3319 | |
| Torsten Albig, Ministerpräsident... | 8272 | Beschluss: Vertagung auf die Oktober-Tagung..... | 8324 |
| Daniel Günther [CDU]..... | 8279 | Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein | 8324 |
| Dr. Ralf Stegner [SPD]..... | 8284 | Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3338 | |
| Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... | 8293 | Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss..... | 8324 |
| Wolfgang Kubicki [FDP]..... | 8298 | Kommunalkpaket des Bundes sachgerecht und schnell umsetzen | 8324 |
| Angelika Beer [PIRATEN]..... | 8312 | Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/2916 | |
| Lars Harms [SSW]..... | 8318 | Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/3171 | |
| Hans-Jörn Arp [CDU], zur Geschäftsordnung..... | 8322 | Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3211 | |
| Beschluss: 1. Überweisung der Anträge Drucksachen 18/3342, 18/3353 und des Berichts Drucksache 18/3340 an den Innen- und Rechtsausschuss | | Beschluss: 1. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3211 2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/2916..... | 8324 |
| 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3343 (neu) mit Änderung | | Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags | 8324 |
| 3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3349 (neu)..... | 8323 | Drucksache 18/3356 | |
| Ein Glasfaseranschluss für jede Schule | 8323 | Beschluss: Annahme..... | 8324 |
| Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3310 (neu) | | Ein Glasfaseranschluss für jede Schule | 8325 |
| Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss..... | 8323 | Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3310 (neu) | |
| Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern | 8323 | Anita Klahn [FDP]..... | 8325 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3045 | | | |
| Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss..... | 8323 | | |

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung und begrüße Sie an diesem Freitagmorgen sehr herzlich. Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, gratuliere ich mit Ihnen gemeinsam der Kollegin Kirsten Eickhoff-Weber ganz herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Altenholz und der Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Segeberger Kliniken sowie fünf ehrenamtliche Flüchtlingshelfer aus Flensburg. - Seien Sie uns alle sehr herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich begrüße auch Herrn Heinz-Werner Jezewski, einen ehemaligen Landtagskollegen der letzten Legislaturperiode. - Ganz herzlich willkommen hier bei uns!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 A, 20, 21, 26, 30 und 49 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung Flüchtlinge in Schleswig-Holstein - zusammenstehen, helfen, gemeinsam Heimat schaffen

b) Für eine neue Flüchtlingspolitik - „unsichere Herkunftsländer“ festlegen

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3342

c) Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3343 (neu)

d) Flüchtlingen helfen - Asylmissbrauche bekämpfen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3349 (neu)

e) Für eine bessere Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Antrag der FDP
Drucksache 18/3353

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

**f) Menschenwürdige Unterbringung sichern!
Gemeinsames Konzept von Land und Kommunen zur Unterbringung von Flüchtlingen im Land Schleswig-Holstein
Halbjährlicher schriftlicher Sachstandsbericht der Landesregierung über die Umsetzung des Flüchtlingspaktes**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3340

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Ich erteile das Wort dem Ministerpräsidenten Torsten Albig.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir leben in wahrlich außergewöhnlichen Zeiten. Außergewöhnlich sind die Zeiten, weil die Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht planbar waren, nicht vorhersehbar waren. Wir waren auf sie nicht eingestellt; weder mental noch in irgendeinem unserer Haushalte. Wir leben aber auch und gerade in außergewöhnlichen Zeiten, weil wir gerade erleben, dass sich Geschichte verändert. Wir leben in einer Zeit, in der Geschichte einen anderen Lauf nimmt, und wir sind es - das macht dies so besonders außergewöhnlich -, die dazu beitragen können, dass Geschichte die richtige Richtung nimmt. Das sind wir, die Zivilgesellschaft in unserem Land.

Wenn wir auf das schauen, was so viele Tausend Frauen und Männer jetzt gerade zu dieser Stunde überall in unserem Land tun, um dieser außergewöhnlichen Herausforderung gerecht zu werden, dann müssen wir miteinander festhalten: Es macht uns alle sehr stolz und sehr glücklich, für diese Menschen Politik machen zu dürfen.

Wir müssen feststellen, dass die **Zivilgesellschaft** den in unser Land kommenden Frauen und Männern in unserem Land ein Versprechen gegeben hat. Wir müssen feststellen, dass wir das Versprechen gegeben haben: Wir schauen nicht zu; wir warten nicht ab; wir sind bereit, euch zu helfen; woher auch immer ihr kommt, wer auch immer ihr seid, an wen auch immer ihr glaubt. Wir stehen an eurer Seite.

Dieses Versprechen, das die Menschen in unserem Land gerade geben, sollte bindend für das sein, was wir tun. Wir sollten alles tun, um unsere Gesellschaft und die Menschen in die Lage zu versetzen, dieses Versprechen einzuhalten.

Es ist bewundernswert, wenn Sie in **Flensburg** sind und dort erleben, dass es dort auf dem Bahnhof heißt: „Moin! Refugees welcome!“ In dieser Situation hätten wir vor Monaten noch erlebt, dass die Bürokratie und die Bahnverwaltung nicht damit umgehen können, dass wir gar nicht so schnell Unterstützung und Hilfe organisieren können. Jetzt sind innerhalb von wenigen Stunden, als auf diesem kleinen Bahnhof Hunderte wahrlich strandeten, viele Menschen zusammengekommen und haben eine Bahnverwaltung vorgefunden, die sagte: Ja, wir machen mit; wir geben euch einen Raum, der leer steht, ihr könnt ihn nutzen. Auf einmal gibt es einen Ort, an dem dieses „Moin“, die norddeutsche Übersetzung von „Refugees welcome“, erlebbar und spürbar wird für jeden, der kommt. Das ist gefühlte **Humanität**.

Es ist bewegend zu erleben, dass sich die Bundeswehr heute immer stärker als jemanden definiert, der mit helfenden Händen zur Seite steht, dass auch dort möglich ist, was nie möglich war. Als wir die Frage gestellt haben, ob wir Putlos nutzen können, haben wir in Stunden - nicht in Wochen oder Monaten, wie in den normalen Prozessen unserer Zeit - eine Antwort mit der Zusage bekommen: Es wird geholfen!

Es ist bewegend zu sehen, wer sich alles auf den Weg macht. Ich war gestern in **Neumühlen-Dietrichsdorf** bei der Lesung des Büchereivereins. Alles, was dort passiert, soll helfen, dass die rund 80 jungen Männer, die in der benachbarten Schule Quartier gefunden haben, unterstützt werden. Das Geld von jedem Wasser und von jedem Buch, das verkauft wird, wird unmittelbar weitergegeben. Dort wird gesammelt und unmittelbar weitergegeben. Dort wird darüber nachgedacht, wie man die Bücher zusammenbekommt, um sie diesen jungen Männern zu geben. Es ist bewegend zu sehen. Es ist so greifbar, genau das passiert. Niemand von denen war vorbereitet. Es ist ein Büchereiverein. Dort kümmern sie sich seit Jahren darum, dass in Kiel Bücher gelesen werden können. Alles, was sie tun, ordnen sie diesem Versprechen unter. Sie leben in unserem Land Humanität.

Ich denke, es ist Zeit und Anlass, von dieser Stelle all diesen Menschen, verkörpert in den Menschen, die ich gestern Abend sinnbildlich für alle anderen getroffen habe, ein großes und herzliches **Dankeschön** zu sagen. Wir sind stolz, dass unsere Gesellschaft heute so aussieht und nicht anders, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir danken all diesen Menschen. Wir danken ihnen überall dort, wo sie sich mutig auf den Weg machen. Wir danken ihnen besonders intensiv da, wo sie in der Lage waren, ihre Ängste und Sorgen zu überwinden und Humanität vor Angst zu stellen.

Ich erinnere mich genau an die Gespräche mit dem Bürgermeister in Boostedt, der überhaupt keine Scheu hatte, auch zu beschreiben, welche Ängste er hatte, dies mit seiner Gemeindevertretung zu diskutieren, dort bereit und einer der ersten zu sein, der sagt: Wir sind da. - Wie er es geformt hat, wie er seine Gemeindevertretung mitgenommen hat, wie er am Ende überzeugt hat, was Zivilgesellschaft heute sein und was sie leisten kann, das zeigt, dass die wahre und starke Aufgabe, vor der wir stehen - neben der Bewältigung dessen, was wir im Augenblick ad hoc zu tun haben -, ist, die lange Linie zu ziehen, damit es gelingen kann, mit diesen Frauen und Männern, mit den Jungen und Alten, gemeinsam in unserem Land Schleswig-Holstein Geschichte neu zu schreiben und zu formen. Dies geschieht immer zentral dort, wo wir leben, in unseren Gemeinden, auf den Marktplätzen, in Dörfern und Städten, überall dort, wo wir zusammenkommen, wo man sich jetzt natürlich die Frage stellt, wie das funktionieren mag, ob wir das gemeinsam leisten können, ob wir dieser Herausforderung gerecht werden können.

Ehrlicherweise können wir heute eine Prognose abgeben, dass es klappen kann, wenn wir alle diesen Weg gemeinsam beschreiten. Wir sind nicht ganz sicher, weil wir natürlich nicht alle Rahmenbedingungen aus Schleswig-Holstein steuern, schon gar nicht aus Boostedt. Wir sind nicht ganz sicher, aber wir sind sicher: Wenn wir diese Kräfte bündeln, verkörpert in solchen Persönlichkeiten wie dem Boostedter Bürgermeister, dann kann das klappen, dann kann das eine Geschichte werden, die in die richtige Richtung geht - auch für unser Land.

Wir wissen, wir haben immer wieder solche Geschichten gehabt. Erinnern Sie sich an die 50er-Jahre.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Damals waren Sie noch gar nicht geboren!)

Dieses Land hat es in großen Mühen versucht und hat es immer geschafft. Wir werden nicht allen Ernstes bestreiten können, dass das etwas ist, was unser Land prägt -, die, die schon geboren waren, und die, die nachgeboren sind. Gerade das zeichnet es aus, dass die Nachgeborenen sehen, was an Tradition in ihrem Land vorhanden ist, und nicht so tun, als hätten sie damit nichts zu tun, Herr Kollege.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir die zentrale Herausforderung beschreiben, die wir jetzt zu leisten haben, dann ist es wohl die, unsere **Kommunen** in den Stand zu versetzen, bei dieser Arbeit erfolgreich zu sein. Der zentrale Faktor, den wir dort miteinander erringen müssen, ist, so denke ich, **Zeit**: unseren Kommunen Zeit zu geben, Strukturen zu bilden, sich einzurichten und sich vorzubereiten, um nicht von täglich neuen Entwicklungen überrollt zu werden, sondern im besten Sinne vorbereitet zu sein.

Unser Dank gilt an dieser Stelle dem Innenminister und seinem Team. Es war gut - nicht jeder hat das im Frühjahr so gesehen -, dass sich Schleswig-Holstein auch gedanklich, aber vor allem von den Ressourcen her früher auf den Weg gemacht hat, um diese Herausforderungen in ihrer wahren Größe zu sehen. Was waren es für schwere Debatten, die wir Anfang des Jahres geführt haben, als wir gesagt haben: Es werden mindestens doppelt so viele; wir stellen uns auch in der **Erstaufnahme** darauf ein, dass es doppelt so viele Menschen werden. - In jeder Runde in Berlin wurde man eher ausgelacht und als Prophet von Horrorzahlen beschrieben. Jetzt stellen wir fest, dass diese doppelte Zahl nicht einmal halb so groß ist wie die, die es in diesem Jahr tatsächlich sein wird. Die Zahl 400.000, auf die wir uns eingestellt haben, ist lange vergessen. Eine Million ist jetzt die Zahl der Menschen, auf die wir uns in diesem Jahr einstellen.

Viele haben sich nicht so früh vorbereitet. Wir haben früh gesagt: 4.000 Erstaufnahmeplätze, gerade weil wir unseren Kommunen mehr Raum geben müssen, weil wir es für richtig halten, dass zwischen dem Ankommen in unserem Land und dem Weitergehen in die kommunale Welt möglichst - der letzte Koalitionsausschuss hat geschrieben, sechs Monate sollen es sein - sechs Wochen plus x liegen sollen. Das wäre schon ein großes Ziel. Aktuell sind wir bei zehn, elf oder zwölf Tagen - wenn überhaupt.

Hätten wir uns aber nicht vorbereitet, wo wären wir dann? Wir sehen auf Bundesebene wieder die Einstellung: Wir brauchen in Deutschland 150.000 Erstaufnahmeplätze. Das beschreibt ziemlich präzise - Schleswig-Holstein entspricht 3,38 % von Deutschland - eine Größenordnung von 5.000. Mit Stand von gestern sind wir bei 8.500 besetzten Erstaufnahmeplätzen.

Deswegen ist die klare Botschaft: Auch hier werden wir nicht warten, bis uns irgendjemand aus Berlin

(Ministerpräsident Torsten Albig)

sagt: Jetzt verändern wir die Zahl auf 450.000 Plätze - so hoch müsste sie nämlich sein -, sondern wir beschreiben sie für uns selber und werden alles unternehmen, um die Kapazitäten in Schleswig-Holstein in kürzester Zeit, gerade weil wir es den Kommunen gegenüber leisten müssen, auf 15.000 Erstaufnahmeplätze zu erhöhen, meine Damen und Herren. Das entspricht auf Deutschland hochgerechnet einem Wert von ungefähr 450.000 Plätzen, die wir in Deutschland brauchen. 150.000 Plätze werden nicht reichen, um der Herausforderung gerecht zu werden, zwischen dem Ankommen in unserem Land und dem Weitergehen in die Kommunen einen Puffer zu haben, in dem wir das Kennenlernen ermöglichen, erste Sprachkenntnisse vermitteln, die Gesundheit untersuchen, auch erste Kontakte in die Arbeitswelt vorbereiten und anderes. All das wird nicht in sechs Tagen, nicht in zehn Tagen und auch nicht in zwei Wochen gehen.

Nehmen wir die Zahl einmal, um zu beschreiben, welche Entwicklung wir haben, wenn wir **Zeit** und auch **Struktur** gewinnen. In einer Welt, in der wir 30.000 Menschen im Jahr bekommen, die aber planbar mit 2.500 jeden Monat zu uns kommen, erreichen wir mit 15.000 verlässlichen Erstaufnahmeplätzen einen Vorlauf von bis zu sechs Monaten bis zur Weitergabe in die kommunale Welt. Dies funktioniert im Augenblick nicht, weil wir gerade Tage haben, an denen 1.000 Menschen kommen und in nicht einem Monat 2.500. Aber wenn es uns gelänge, dies im Zusammenwirken aller Kräfte wieder zu verändern und vorzubereiten, dann sind wir damit so aufgestellt, dass man, auch auf eine lange Strecke gesehen, in Ruhe ankommen, einmal durchatmen und Kontakt zu dieser Gesellschaft, mit den Frauen und Männern, aufnehmen kann. Sie würden auch wieder Kraft und Zeit gewinnen, sich so einzusetzen, wie wir es von ihnen wünschen und wie sie es gern möchten. Das können wir jetzt noch nicht. Das wissen wir. Dennoch ist das unser Ziel. Zeit ist ein wichtiger Faktor. Natürlich brauchen unsere Kommunen Geld und Unterstützung an allen Ecken und Enden.

Wir haben uns in dieser Woche mit den **Kommunen** getroffen. Ich habe den Kommunen namens der Landesregierung zugesagt, dass bei allen Fragen, die wir miteinander zu beantworten haben, immer der **Haushalt** der **Realität** folgt, und wir nicht davon ausgehen, dass sich die Realität dem Haushalt anpassen wird. Der Haushalt folgt der Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir werden die Kommunen nicht im Stich lassen. Wir werden sie nicht bei dieser großen Veränderung in unserer Zeit im Stich lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir wissen, dass die zentrale Herausforderung sein wird, **Wohnraum** zu schaffen. Wir haben von 400.000 Wohnungen in Deutschland gelesen. Wenn wir davon ausgehen, dass von den 30.000 Flüchtlingen die Hälfte bei uns bleibt, und wir für jeden 10 bis 15 m² vorsehen, ist das das, was ich jährlich an zusätzlichem Wohnraum in Schleswig-Holstein schaffen muss.

Ende des Monats wird ein nächstes Treffen der Innenminister mit den kommunalen Spitzenverbänden stattfinden. Wir werden mit den Kommunen ein großes und nachhaltiges **Wohnungsbauförderprogramm** auf den Weg bringen, mit dem wir in einem ersten Schritt auch Gemeinschaftsunterkünfte in den Blick nehmen.

Gemeinschaftsunterkünfte sind aber nicht unser Ziel. Wir wissen, dass Gemeinschaftsunterkünfte keinen dauerhaften Zustand darstellen. Wir wissen aber, dass es notwendig ist, das in der jetzigen Phase zu leisten. Dann müssen wir zu einer Entwicklung kommen, in der Wohnraum in unserer Gesellschaft geschaffen wird, und zwar so dezentral es geht, aber mit der zentralen Vorgabe, dass jede und jeder ein Dach über dem Kopf hat und beheizt, sicher und trocken leben kann. Das ist jetzt unsere zentrale Aufgabe, der wir uns stellen werden.

Ich habe bereits an anderer Stelle auf die Idee von Peter Norman Nissen im Jahr 1916 für eine in vier bis sechs Stunden aufbaubare Unterkunft für Soldatinnen und Soldaten im Ersten Weltkrieg hingewiesen. Das haben wir übersetzt aus einer Zeit, in der ich in der Tat noch nicht geboren war, in das Schleswig-Holstein von heute. Dennoch war ich in der Lage, das nachzulesen.

Die **Nissen-Hütten** haben lange Zeit das Bild und die Geschichte unseres Landes geprägt. Einige davon stehen jetzt unter Denkmalschutz. Einige von ihnen waren in Itzehoe und anderswo bis 2012 noch in Nutzung. Wir haben dieses Bild genommen und in das Jahr 2015 übersetzt und es mit Internetanschluss und in aller Schlichtheit eines Provisoriums gedacht. Wir haben gesagt, dass das wieder etwas ist, mit dem wir Raum schaffen können und mit dem wir zeigen können, dass wir in der Lage sind, neu zu denken - wozu wir immer in der Lage sind, wenn sich Geschichte bewegt und verändert.

(Ministerpräsident Torsten Albig)

Wir wissen, dass das die zentrale Herausforderung für unsere Kommunen ist. Wir werden diese Herausforderung angehen.

Dazu wird gehören, dass wir **planerische Standards** verändern. Das Landesplanungsrecht wird angepasst. Wir werden die Prozesse für die Kommunen beschleunigen und Standards verändern. Es ist aber nicht das Ziel, Standards zu schleifen und zu sagen, dass man das alles nicht braucht. Wir haben jetzt aber nicht die Zeit, darüber nachzudenken, wie genau das zweite Geschoss in einem Containerdorf aussehen muss. Man darf jetzt nicht Zeit damit verlieren, auch das zweite Geschoss behindertengerecht auszubauen. Das können wir möglicherweise für eine gewisse Zeit auch so organisieren, indem wir alle mit Handicaps im Erdgeschoss unterbringen. So können wir schnell Wohnraum für all diejenigen schaffen, die Wohnraum brauchen. Wenn wir das erreicht haben, legen wir wieder die Standards zugrunde, wie wir es gewohnt sind, sofern wir nicht miteinander feststellen, dass wir den einen oder anderen Standard vielleicht doch nicht auf Dauer brauchen.

Wir werden uns das genau anschauen. Wir werden Ihnen noch in diesem Jahr ein **Standardabsenkungs- und Prozessvereinfachungsgesetz** vorschlagen, und zwar in Absprache mit den kommunalen Landesverbänden, um genau diese Prozesse zu beschleunigen, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wissen, dass wir hinsichtlich des Tragens der **ALG-II-Kosten** immer an der Seite der Kommunen sind. 70 % der Kosten trägt das Land. Dazu stehen wir, und das werden wir auch weiter tun.

Wir sind als Verhandler gegenüber dem Bund bemüht, zu guten Ergebnissen zu kommen, die insbesondere nicht immer wieder in eine neue Schleife von Verhandlungen weiterer Entwicklungen münden, sondern wir erwarten auch eine Planbarkeit des Bundes. Das erwarten übrigens alle Länder, weil nur so in den Kommunen nachhaltig weiter geplant werden kann.

Die derzeit vorliegenden **Zusagen** auch der **Bundesregierung** gehen in die richtige Richtung. Ich hoffe sehr, dass wir das am 24. September 2015. bestätigt sehen werden. Die Länder haben vorgeschlagen, den ALG-II-Regelsatz zugrunde zu legen und diesen als Ausgangsbetrag je Flüchtling zu betrachten. Dieser wächst oder wird kleiner, wenn sich die Zahlen verändern. Damit können wir uns strukturiert aufstellen. Das wären bei 800.000 Flüchtlingen

rund 3,8 Milliarden €. Bei 1 Million Flüchtlingen wären es entsprechend mehr Mittel. Ich glaube, das ist eine vernünftige Herangehensweise. Ich hoffe sehr, dass sich die Bundesregierung mit unserer Unterstützung bereitfindet, eine solche Planbarkeit von Finanzen auf den Weg zu bringen.

Wenn wir die Wohnungsfrage gemeinsam auf einen Pfad gebracht haben, dann ist die Bildung der Frauen und Männer einer der nächsten großen Bereiche, um die wir uns kümmern müssen. Sie müssen mit Sprache vertraut gemacht werden. Es war schmerzhaft, gestern gesehen zu haben, dass die 80 jungen Männer, die in der Adolf-Reichwein-Schule in Neumühlen-Dietrichsdorf untergebracht sind, nicht mit Bildung in Kontakt sind. Sie sind bereits bis zu fünf Monate da, aber wir haben als Gesellschaft nicht die Gelegenheit genutzt, Sprache zu vermitteln und Potenziale zu heben. Da war ein Schneider aus Syrien. Da war ein Ingenieur aus dem Jemen. Da waren lauter Menschen, die Englisch und Französisch sprachen. Es klappte aber noch nicht, das als Prozess zu organisieren.

Deshalb machen wir uns auch in diesem Bereich auf den Weg. Wir haben bereits 240 **Lehrerstellen** geschaffen. Ferner bauen wir **DaZ-Zentren** aus. Wir haben 1,5 Millionen € für zusätzliche Angebote bereitgestellt. 125 neue DaZ-Stellen wollen wir schaffen.

Im Zusammenhang mit den Kontakten der Erwachsenen mit Sprache müssen wir uns noch überlegen, wie wir das am besten anstellen, wie wir Angebote der Erwachsenenbildung hinbekommen, wie wir die Fähigkeiten insbesondere bei den akademisch Vorgebildeten nutzen, die wir sehr wohl haben, auch absolut gesehen in großer Zahl. Wie können wir diese dann zu Multiplikatoren in ihren eigenen Welten machen? Einer von ihnen fängt an, und mit deren Muttersprachekenntnis helfen diese dann denen weiter, die über nicht so viel Schulbildung verfügen.

Bildung und Arbeit sind zentral, meine Damen und Herren. Die Berufsschule gehört zum Bereich der Arbeit. Wir werden uns auch in diesem Bereich stärker aufstellen. Im Berufsschulbereich werden wir ebenfalls zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Im nächsten Jahr werden wir bis zu 80 zusätzliche Stellen für unsere Berufsschulen schaffen.

Wir sind nicht so weit, wie wir weit sein wollen. Das ist der Entwicklung geschuldet. Das gilt auch für den Kontakt mit der Arbeitsverwaltung. Die Bundesagentur hat ihre Versprechen eingelöst. Aufgrund der schnellen Veränderungen, der neuen He-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

rausforderungen sind wir aber derzeit nicht in der Lage, die nötigen Interviews zu führen. Wir sind nicht in der Lage, das zu tun. Wir werden das, sobald wir etwas mehr Ruhe gefunden haben, geordnet angehen, meine Damen und Herren.

Die Menschen in **Arbeit** zu bringen, wird zentral sein. Sie haben das heute wieder gehört - auch in der Forderung der Arbeitgeber: Lasst uns Planbarkeit auch hierbei bekommen. Lasst uns die, die wir ausbilden, verlässlich bei uns bleiben.

Es ist ein Irrglaube zu sagen: Hauptsache, wir bringen sie schnell wieder weg - nein, wir müssen sie schnell in unsere Gesellschaft integrieren. Das ist unsere zentrale Aufgabe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Es geht nicht darum, schnell die Personen wieder herauszubringen, in die wir gerade Bildung investiert haben und in die wir gerade Kraft investiert haben, sondern verlässlich dafür zu sorgen, dass der Schneider bei uns arbeiten kann, dass der Ingenieur bei uns arbeiten kann und dass der junge Mann, der aus seinem Studium in Syrien herausgekommen ist, in ein Studium bei uns kommen kann. Es geht darum, schnell sicherzustellen, dass wir Bildungsabschlüsse anerkennen. Das sollten wir schnell sicherstellen und nicht auf ganz langen deutschen mühsamen Wegen prüfen, ob das genau unseren Standards entspricht, sondern zusammenzuführen, was da zusammengehört.

Diese Frauen und Männer wollen hier arbeiten. Diese Frauen und Männer wollen zum ganz großen Teil ein Teil unserer Gesellschaft werden. Ein Bild zu malen, wie ich es in der einen oder anderen Stellungnahme lese, sie kämen, weil sie unsere Sozialstandards attraktiv fänden, und wie man es in der Zeitung lesen kann, sie kämen, weil das der zentrale Pull-Faktor sei, ist unredlich. - Meine Damen und Herren, ein junger Ingenieur aus einem Flüchtlingslager in der Türkei kommt nicht nach Deutschland, weil er gelesen hat, dass unsere Sozialsätze ein wenig höher als in Dänemark oder anderswo sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Er kommt zu uns, weil er hier Zukunft für sein Leben will, weil er hier Raum, Platz und Freiheit will, um das, was er leisten kann, auch zu leisten und einzubringen. Er will das hier tun. Um diese Menschen müssen wir uns in unserem Denken und in unserer Aufstellung zuerst und zuvorderst küm-

mern. Diesen Menschen müssen wir eine Antwort geben, dass sie willkommen sind: Ihr seid willkommen mit dem, was ihr könnt, und wir sagen euch nicht, ihr seid wahrscheinlich nur welche, die abgreifen wollen. - Das wollen sie in ihrer ganz großen Zahl nicht.

Wenn Sie sich heute ein Flüchtlingslager in der Türkei anschauen und sehen, dass die UNHCR-Monatsration von 30 \$ auf 13 \$ mehr als halbiert wurde, lassen Sie uns doch miteinander dort, wo wir uns aufeinander zubewegen müssen, keine Diskussion darüber führen, dass jemand, der in diesem Lager eine Realität von 13 \$ im Monat für Verpflegung zur Verfügung hat, als zentralen Pull-Faktor die Frage hat: Kürze ich ein ganz klein wenig in Deutschland die Sozialleistungen, dann bleibe ich in diesem Lager und verrecke da vor mich hin? Vielmehr macht er sich auf den Weg, weil er sein Leben am Ende sieht und er bei uns in diesem Europa mit seinem Wertegerüst eine Chance hat, mit dem, was er kann, wieder anzukommen. Es muss doch darum gehen, dass wir uns um diese Menschen kümmern und dass wir sie nicht diskreditieren unter der Überschrift, dass es möglicherweise überall Asylmissbrauch gibt.

Ich sage Ihnen zu, dass wir bei dem, was wir tun und natürlich auch weiterhin tun werden, dort, wo jemand dies nicht als Maßstab hat, wo Regeln nicht geachtet werden, wo jemand keinen Anspruch hat, wie alle anderen 15 Länder natürlich Sorge für Folgendes tragen werden: Sobald wir vollziehbare Rechtstitel haben, werden wir diese Menschen in ihre Heimat bringen. Natürlich werden wir das tun. Aber lassen Sie uns zum Maßstab machen: Wir vollziehen Recht, und nicht: Wir vollziehen unsere Vorurteile gegenüber Menschen, die sich in der Realität gar nicht bestätigen, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das ist mir wichtig: Wir werden viele zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen. Wir brauchen sie, denn es ist ein Erfolg, wie wir es am Nordmarksportfeld und anderswo sehen, dass wir in jedem Erstaufnahmebereich eine Dienststelle haben. Sie sind aber nicht da, weil es dort permanent Krawall gibt, sondern sie helfen uns, mitorganisieren und zu unterstützen.

Wenn wir im Haushalt 2016 den Personalkörper um bis zu 200 Mitarbeiter erweitern, wenn wir bis zu 150 Pensionäre vorübergehend in den aktiven Polizeidienst zurückholen wollen, wenn wir 50 Stellen

(Ministerpräsident Torsten Albig)

im Verwaltungsbereich der **Polizei** neu schaffen, wenn wir die Ausbildungsplätze der Polizei um 100 Stellen aufstocken, damit also in 2016 insgesamt rund 400 Nachwuchskräfte einstellen, ist das der Fall, weil sie uns helfen, Zivilgesellschaft erfolgreich sein zu lassen, und weil wir das Bild haben - das ist ein wundervolles Bild -: Viele der Flüchtlinge, die am Nordmarksportfeld ankamen, haben das so noch nicht gesehen. Junge Polizistinnen und Polizisten aus dem Anwärterlehrgang in Eutin standen dort in Polizeimontur, aber ohne Knüppel in der Hand, nicht etwa um zu schützen oder abzuwehren, sondern sie hatten Betten, Matratzen, Reinigungszeug und Ähnliches in der Hand, um die Buden dort fertigmachen, damit die Flüchtlinge dort wohnen können. Das ist die Polizei Schleswig-Holstein 2015, auf die wir stolz sein können; sie wollen wir dort haben. Dafür brauchen wir die Unterstützung.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Auch dies werden wir leisten. Genauso werden wir bei Richterinnen und Richtern nachsteuern, wenn wir merken, dass die Verfahrenszeiten ein Problem sind, wenn wir Recht durchsetzen wollen. All das werden wir tun, aber immer unter dem Maßstab: Wir helfen den Menschen.

Lassen Sie mich einige Worte zu der sehr schwierigen politischen Debatte zu **sicheren Herkunftsstaaten**, zum Winterabschiebestopp und Ähnlichem sagen. Ich glaube, es ist ein Irrweg in unserer Debatte, wenn wir dies für den Hauptkern unserer Diskussion halten. Er ist es nicht, er war es noch nie, und er ist es jetzt zunehmend nicht. Ich weiß auch, dass vom Westbalkan in der Regel Frauen und Männer kommen, vor allem junge Männer, die keinen Asylanspruch haben und die wieder zurückgeführt werden. So ist es, und das wird auch so geschehen.

(Hans-Jörn Arp [CDU] nickt)

Es wird so geschehen, weil wir leider noch nicht das haben, was wir hierfür bräuchten und worum wir mit der Bundesregierung sehr ringen, dass sie nämlich für diese Menschen einen eigenen Zugangsweg von Arbeitsmigration organisiert. Wir brauchen eine solche zweite Säule der Migration, nämlich anzuerkennen, dass es **Wirtschaftsmigration** in Europa gibt und dass Deutschland auch ein Interesse an vernünftiger Wirtschaftsmigration hat, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt PIRATEN)

Wenn wir dies mit einem klugen Kontingent versehen, gäbe es diesen Weg von, wie manche sagen, Asylmissbrauch gar nicht. Das ist kein Missbrauch, das ist vielmehr, in der Not keinen anderen Weg zu haben, was zur Nutzung eines Weges führt, der dafür gar nicht zur Verfügung stehen müsste. Sagen Sie denen: „Wenn ihr Arbeit oder eine Ausbildung habt, kommt zu uns. Wenn wir euch bei uns brauchen, kommt zu uns. Dann ist es gut. Dann seid ihr in einer Situation wie jeder Franzose oder Holländer, der zu uns kommt“, würden sie sich auf den Weg machen.

Ich sage an die Kolleginnen und Kollegen der Union gerichtet: Ich habe mich über die Bereitschaft des Landesvorsitzenden gefreut, dort zu helfen. Aber dann lassen Sie uns die Hilfe an den richtigen Stellen miteinander diskutieren. Lassen Sie uns nicht über Asylmissbrauch reden, der nicht unser Problem ist, sondern lassen Sie uns über Wirtschaftsmigration miteinander reden, damit wir in Bayern, wo das nicht verstanden wird, aus der Sicht von Schleswig-Holstein dafür werben, warum es klug wäre, darauf eine Antwort zu geben und nicht an den falschen Stellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir dies mit der Wirtschaftsmigration hinbekommen und wenn wir dabei ein klares Kontingent beschreiben, verliert die Debatte um sichere Herkunftsstaaten ihre Bedeutung völlig. Wenn wir dann anerkennen, dass im Augenblick rund 80 % der Menschen aus Syrien, dem Irak und Eritrea zu uns kommen, sehen wir auch schon empirisch, dass die Debatte bitte nicht falsch geführt wird.

Wir sollten über die 80 % nachdenken. Hierzu gehört es, dass wir von hier aus ein Signal in Richtung Bund und Europa senden, dass natürlich der Haupttreiber dafür, dass sich so viele auf den Weg machen, darin begründet liegt, dass in den Lagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei die Lebensumstände gerade so dramatisch verschlechtert werden, dass dort niemand auch nur eine Erwartung hat, es dort länger aushalten zu können. Mit 13 \$ im Monat ein Leben zu fristen - was würden wir wohl tun, wenn wir mit unseren Familien dort wären, meine Damen und Herren? Wir würden dasselbe tun, uns auf den Weg machen, um uns die letzte denkbare Antwort für Überlebenskraft zu geben.

Der UNHCR ist ein gemeinschaftlich getragenes Organ aller, und er kürzt deswegen, weil er nicht durchfinanziert ist. Wir als Staatengemeinschaft schaffen selber gerade die Voraussetzungen für das,

(Ministerpräsident Torsten Albig)

was wir hinterher beklagen, weil wir dieser internationalen Organisation nicht die nötigen Mittel geben, damit sie die Menschen dort vernünftig unterstützen kann. Das ist doch absurd, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist es richtig, wenn der Bundesaußenminister und die Bundeskanzlerin in diesen Tagen in die Türkei fahren und versuchen, Antworten auf die Frage der türkischen und anderer Partner zu finden: Was muss getan werden, damit die erratischen Bewegungen dort gestoppt werden? Denn sie sind es, die uns die großen Probleme machen. Es ist nicht eine dauerhaft große Zahl, wenn sie planbar ist, sondern erratische Bewegungen sind von uns auf allen Ebenen schwer zu bewältigen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Ja, sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Ministerpräsident, meine Frage ist: Glauben Sie ernsthaft, dass die Menschen, die in den Lagern sind und keine Rückkehrperspektive mehr für sich selbst erkennen, in den Lagern bleiben würden, wenn die Zahlung von 13 \$ wieder auf 30 \$ pro Monat angehoben würde?

- Herr Kubicki, das vermag ich Ihnen auch am Ende des Tages nicht zu beantworten. Ich kann Ihnen nur aus der Empirie sagen: In dem Moment, in dem der Monatssatz mehr als halbiert wurde, erlebten wir eine dramatisch sich verändernde Bewegung aus diesen Lagern heraus. Das mag auch viele andere Gründe haben. Das können wir von diesem Ort aus nicht nachvollziehen. Aber ich glaube, wir werden gemeinsam nicht bestreiten können, dass der Umstand der Unterfinanzierung des UNHCR die Leute jedenfalls in einer Art und Weise negativ beeinflusst, dass wir es im Augenblick nicht auffangen können, und dass das auch einer der Punkte ist, über die wir reden müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ob das ausreicht, kann ich Ihnen nicht sagen. Wie sollte ich auch?

Auch wenn wir das von hier nicht beeinflussen können, müssen natürlich auch wir alles tun. Als Landesregierung werden wir es tun, aber auch als Parlament sollten wir es mit einem klaren Bekenntnis tun. Der Umstand, dass Schleswig-Holstein in diesem Jahr alleine in seiner europäischen Verantwortung mehr **Flüchtlinge** aufnimmt, als Großbritannien es bis 2020 vorhat, kann nicht die letzte Antwort sein, was die **europäische Solidarität** in unserer Zeit angeht. Das ist absurd.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sehen, dass es in Europa schwer ist, das zu diskutieren. Deswegen konzentrieren wir uns auf das, was wir hier können. Wir können vorbereitet sein. Wir können Kräfte unserer **Zivilgesellschaft** bündeln. Wir können - das werden wir tun - da, wo wir das Ehrenamt begleiten und unterstützen, dem Ehrenamt stärker helfen, sich noch besser zu organisieren.

Wir alle sehen, dass viele an der Grenze ihrer Kräfte sind. Wir sehen, dass gerade angesichts dieser sprunghaften Bewegungen viele nicht mehr können. Doch wir sehen auch, dass wir diese vielen brauchen. Vielleicht ist es heute auch ein guter Ort, all denen, die das noch beobachten, zuzurufen: Kommt mit dazu! Helft denen, die schon helfen! Schenkt ihnen eure Zeit! Es geht gar nicht so sehr um euer Geld oder eure Sachen, sondern um eure Zeit. Unterstützt und begleitet sie - eine Stunde am Tag, zwei Stunden am Tag oder zwei Stunden in der Woche.

All denen, die das heute hören und die sagen: „Ja, ich möchte dabei sein“, sage ich: Kommt dazu und helft beim Lesen. Helft beim Ankommen, beim Handhalten. All das brauchen wir jetzt, um die zu unterstützen, die schon länger dabei sind. Wir werden als Land, als Staat alles tun, um euch da heranzuführen und zu begleiten und euch nicht allein zu lassen. Wenn wir diese Aufgabe gemeinsam noch stärker annehmen und die Schultern noch mehr verbreitern, dann können wir das als Land miteinander hinbekommen, meine Damen und Herren. Es ist, glaube ich, heute ein guter Ort, wenn wir alle rufen: Dank an die, die so viel tun. Aber auch die Forderung an alle anderen, die noch etwas tun möchten: Lasst es nicht bei einer Spende bewenden. Lasst es nicht bei Altkleidern bewenden, sondern kommt dazu. Wir brauchen euch alle. Es ist eine große **gesellschaftliche Herausforderung**.

Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Zeit - ich habe das gesagt -, und außergewöhnliche Zeiten

(Ministerpräsident Torsten Albig)

erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Nichts funktioniert so, wie wir es gewohnt waren. Ich bitte, das nachzusehen und darum nicht einen politischen Streit zu führen. Wir wissen, was in Putlos, in Seeth, in Albersdorf und in Boostedt gerade passiert, dass keine der Zusagen, die wir gegeben haben, eingehalten wird, dass die Belegungen alle größer werden, dass das eine wahnsinnige Herausforderung für all die Menschen ist. Wir beteiligen sie nicht ordentlich in angemessener Zeit, weil wir es gar nicht können, wenn sich die Welt so kurzfristig verändert.

Aber wir tun das, was jetzt getan werden muss, um zu zeigen: Dieses Schleswig-Holstein ist in Europa angekommen. Dieses Schleswig-Holstein gibt den Menschen ein Versprechen. Ich sage für meine Landesregierung von dieser Stelle aus zu: Wir werden alles tun, damit das Versprechen, das die Menschen in diesem Land den flüchtenden Frauen und Männern, den Jungen und Alten gegeben haben, eingelöst werden kann. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen mit, dass jeder Fraktion 40 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Zunächst hat der Abgeordnete Daniel Günther von der CDU-Fraktion das Wort.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, jeder von uns kann hier heute Erlebnisse aus den letzten Wochen und Monaten schildern, die zeigen, was für eine Begeisterungsfähigkeit und **Aufnahmebereitschaft** wir in unserer Gesellschaft in Schleswig-Holstein haben. Wir sind zusammen in Albersdorf gewesen und haben uns dort angeguckt, wie groß die Bereitschaft ist, Menschen aufzunehmen. Die Betreiber dort, die Familie Vollert, die dort den DithmarsenPark aufgemacht hat, hat gesagt: Wir wollen damit auch Geld verdienen, logischerweise, wir wollen uns der Verantwortung stellen. Sie hat aber jetzt gesagt: Wir brauchen Unterstützung; die Bevölkerung muss mithelfen. - Wir haben erlebt, wie die wirklich teilweise 24 Stunden am Tag dort wach sind und sich selbst auch um diese Einrichtung kümmern. Ich glaube, dass wir alle gemeinsam froh darüber sind, dass es

solche Menschen bei uns in Schleswig-Holstein gibt, die alle mithelfen.

(Beifall)

Auch wir sind unglaublich begeistert gewesen, als wir unterwegs gewesen sind und uns mit den Flüchtlingen unterhalten haben. Natürlich ist es toll, wenn sie einen mit „Moin“ in Schleswig-Holstein begrüßen. Dies zeigt, sie fühlen sich aufgenommen, sie fühlen sich dort auch wohl und wissen zu würdigen, was für ein **ehrenamtliches Engagement** es hier gibt. DRK, Feuerwehr, Polizei, all die hauptamtlichen Kräfte in unserem Land tun wirklich viel Bewundernswertes hier in Schleswig-Holstein.

- Ich weiß, dass es solche Diskussionen auch in intellektuellen Kreisen gibt, wenn man des Abends zusammensitzt und darüber philosophiert, die Stimmung im Lande könnte im Moment schon gekippt sein; ich wehre mich auch dagegen. Ich glaube, wir können gemeinsam stolz darauf sein. Gerade hier in Schleswig-Holstein haben wir eine Stimmung, die ausgesprochen stabil und positiv in Bezug auf **Flüchtlinge** ist.

(Beifall)

Ich glaube auch, dass wir schon stolz darauf sein dürfen, dass auch wir als Politiker im Schleswig-Holsteinischen Landtag einen Beitrag dazu geleistet haben, indem wir viele Fragen in Sachen Flüchtlingspolitik gemeinsam getragen und deswegen auch immer ein Zeichen nach draußen an die Menschen gesetzt haben: Wir stehen in dieser wichtigen Frage hier in Schleswig-Holstein zusammen.

Aber ich sage Ihnen auch, dass es - so glaube ich - heute wichtig gewesen wäre, Herr Ministerpräsident, nicht nur darüber zu reden, vor welchen Herausforderungen und Chancen wir stehen, sondern wir hätten gern heute auch von Ihnen etwas mehr zu den Problemen in unserem Land gehört.

(Beifall CDU)

Ich glaube nicht, dass wir eine weitere Rede gebraucht haben, in der appelliert wird, wie wichtig es ist, sich um Flüchtlinge zu kümmern, wie groß die Aufnahmebereitschaft ist, sich alleine darauf zu kaprizieren. Das ist etwas, was mich gerade in intellektuellen Kreisen stört, in denen immer über Aufnahmebereitschaft gesprochen wird, obwohl in Wahrheit die Integrationsleistung - ob das in den 60er- und 70er-Jahren gewesen ist oder im Moment - überwiegend eher von anderen sozialen Schichten erbracht wird als denen, die wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag überwiegend vertreten.

(Daniel Günther)

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, wir sollten in einer solchen Debatte auch darüber reden, wie die Realität in unserem Land tatsächlich aussieht. Herr Ministerpräsident, im Mai hätte ich diese Rede noch so akzeptiert.

(Serpil Midyatli [SPD]: Echt dünnes Eis!)

Ich hätte im Mai eine solche Rede noch akzeptiert. Aber ich glaube, Sie hätten Ihr Bild von Schleswig-Holstein, bevor Sie diese Regierungserklärung abgegeben haben, ein Stück der Realität anpassen müssen.

(Beifall CDU)

Meine Erfahrung ist: Alle, die ehrenamtlich helfen, alle, die in den Ämtern Verantwortung tragen, alle, die in den Städten Verantwortung tragen, sagen, dass die **Hilfsbereitschaft** vorhanden ist, wir aber an unsere Grenzen kommen. Ich sage das auch so deutlich, weil wir alle miteinander absehen können und wissen, dass wir heute noch nicht einmal die Hälfte der Flüchtlinge in Schleswig-Holstein haben, die wir am Ende des Jahres in Schleswig-Holstein haben werden.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Jetzt wird schon gesagt: Wir schaffen das vor Ort nicht mehr. Jetzt wird schon gesagt: Wir finden nicht mehr genügend Ehrenamtler.

(Zuruf Simone Lange [SPD])

Jetzt wird schon gesagt: Ihr könnt uns noch so viel Geld geben, wir haben nicht genügend hauptamtliche Kräfte, um das vor Ort umzusetzen. - Wenn wir nicht auch solche Fragen hier miteinander diskutieren, dann belasten wir die **Integrationsbereitschaft** unserer Gesellschaft enorm.

(Beifall CDU, Wolfgang Kubicki [FDP] und Uli König [PIRATEN] - Zurufe SPD)

Ich hätte mir schon gewünscht, Herr Ministerpräsident, dass Sie so ehrlich sind und den Leuten sagen: Wir suchen im Moment schon Kreuzfahrtschiffe, um Flüchtlinge unterzubringen.

(Simone Lange [SPD]: Wir haben Ideen!)

Es gibt Landräte, die darüber nachdenken, ob das eigentlich, wenn diese Situation so weiter besteht, noch geht, ohne den Katastrophenfall auszurufen.

(Zuruf Thomas Hölck [SPD])

Wir haben Verbände, die bei uns anfragen und sagen: Sorgt dafür, dass ihr nicht nur darüber redet, wie man Menschen integrieren kann, sondern wie wir es auch hinbekommen, dass die Flüchtlingszahlen nicht dauerhaft in dieser Größenordnung bleiben!

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Ich weiß, dass Sie alle das immer nicht hören wollen, weil Sie sich wohlfühlen, wenn der Ministerpräsident solche Reden hält. Aber Sie müssen sich hier im Landtag auch mit solchen Fragen auseinandersetzen.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP - Kirsten Eickhoff-Weber [SPD]: Das zum Thema Gemeinsamkeit!)

Ich habe volles Verständnis dafür, dass Sie sich dafür loben, dass Schleswig-Holstein anders als andere Bundesländer sehr frühzeitig mit höheren Flüchtlingszahlen gerechnet hat. Aber ich sage Ihnen auch: Außer diesen Reden über die hohen Flüchtlingszahlen ist in Schleswig-Holstein drei oder vier Monate lang auch nicht viel mehr passiert.

(Beifall CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Stimmt doch gar nicht! Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Sie haben, obwohl Sie von 20.000 Flüchtlingen gesprochen haben,

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

bis Juni überall erzählt, 2.500 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen zu haben, obwohl Sie wussten, dass Sie auch schon bei den damaligen Zahlen mindestens 5.000 oder 6.000 gebraucht hätten.

(Beifall Jens-Christian Magnussen [CDU])

Hätten Sie früher angefangen, dann wären Sie auch besser vorbereitet gewesen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall CDU - Zurufe)

Herr Ministerpräsident, weil Sie das nicht gemacht haben, sage ich Ihnen:

(Birte Pauls [SPD]: Sehr konstruktiv, Herr Günther! Mann, Mann, Mann!)

Seien Sie als Landesregierung froh, dass Sie mit Frau Söller-Winkler so eine tüchtige, erfolgreiche Staatssekretärin haben, die vieles von dem ausbietet, was Sie vorher nicht geregelt bekommen haben.

(Daniel Günther)

(Beifall CDU)

Das ist Frau Söller-Winklers Verdienst.

(Martin Habersaat [SPD]: Da hätten wir geklatscht! Das andere war Quatsch!)

Ich empfehle Ihnen, einen Blick in andere Bundesländer zu werfen, weil wir schon auch immer schauen müssen, wie sich Debatten bei uns in Schleswig-Holstein entwickeln.

(Martin Habersaat [SPD]: Fahren Sie mal nach Bayern!)

- Ich werfe gleich einen Blick nach Bayern.

(Zurufe Wolfgang Baasch [SPD] und Beate Raudies [SPD])

- Sie mögen jedes Mal rumkrakeelen. Ich erinnere mich daran, wie Sie krakeelt haben, als die Dänen die Grenze zugemacht haben. Eine Woche später haben Sie geklatscht, dass Deutschland das Gleiche Richtung Österreich gemacht hat.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch kompletter Schwachsinn!)

- Nein, nein, nein. Sie sollten sich schon darauf vorbereiten,

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass wir angesichts immer weiter steigender Flüchtlingszahlen - -

(Zurufe)

- Sie bringen mich mit Ihren Zwischenrufen nicht durcheinander,

(Martin Habersaat [SPD]: Das sind Sie ja schon! - Beifall Sandra Redmann [SPD])

insofern werde ich meine Rede so weiter halten, wie ich mir das vorgenommen habe.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Trotzdem Schwachsinn, was Sie erzählen! - Weitere Zurufe)

Alle Diskussionen, die wir zum Teil in südlichen Bundesländern beobachten und die hier für große Diskussionen auch bei Ihnen sorgen, bekommen wir zwei bis drei Monate später auch in unseren Bundesländern. Sie müssen sich daran gewöhnen, dass die Flüchtlingsströme nach Deutschland hinein im Wesentlichen von Süden nach Norden verlaufen

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ach? Super!)

- ja - und dass man deswegen viele Diskussionen, zu denen Sie im Moment noch sagen: „Man, was ist da schon wieder in Bayern los“, in Schleswig-Holstein genauso führen muss. Ich weiß, dass es im Schleswig-Holsteinischen Landtag total populär ist, sich über Bayern aufzuregen und darüber, was da alles gemacht wird. Wir sollten alle froh und dankbar sein, dass das gut organisierte Bayern, das sich wirklich schnell auf diese Herausforderungen eingestellt hat, im Moment die Hauptlast von dem tragen muss. Wir sollten alle wirklich dankbar sein, dass Bayern das für uns geregelt hat.

(Beifall CDU)

Herr Ministerpräsident, ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie zu dem Angebot des CDU-Landesvorsitzenden Ingbert Liebing mehr gesagt hätten als:

(Ministerpräsident Torsten Albig: Mehr war nicht zu sagen!)

Sie freuen sich über das Angebot und sichern uns zu, sofern es möglich ist, uns rechtzeitig über das zu informieren, was passiert.

(Zuruf Birte Pauls [SPD])

Dann haben Sie das Angebot nicht verstanden.

(Martin Habersaat [SPD]: Dann war es vielleicht kein Angebot! - Weitere Zurufe)

Das Angebot war, dass wir uns auf die Herausforderungen, die im Bereich der **Flüchtlingspolitik** vor uns liegen, angemessen vorbereiten, dass wir als Union auch bereit sind, schwierige Entscheidungen mitzutragen. Nur: Um diese schwierigen Themen haben Sie sich in Ihrer Rede gerade eben vollkommen gedrückt, nicht ein Wort dazu gesagt.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen: Wir überfordern die Menschen, wenn wir Realitäten in politischen Kreisen schlicht und ergreifend ignorieren.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen Sie doch konkrete Vorschläge, statt - -!)

- Nein. Wenn wir hier politisch einfach immer Sachen ignorieren, die wir schlicht und ergreifend nicht wahrhaben wollen,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

wenn wir nicht über Kriminalitätsentwicklung sprechen, wenn wir nicht darüber sprechen, dass Menschen schon Sorgen haben, wenn sich Polizei nicht mehr um die Aufrechterhaltung der inneren Sicher-

(Daniel Günther)

heit kümmern kann - über so etwas müssen wir uns hier unterhalten.

(Beifall CDU - Zurufe Martin Habersaat [SPD] und Regina Poersch [SPD] - Lars Harms [SSW]: Als ob die innere Sicherheit gefährdet ist!)

Ich sage Ihnen: Wenn die Menschen in Schleswig-Holstein Äußerungen von Frau Midyatli lesen, die zu unseren Vorschlägen, wie man für bessere **Ab-schiebung** sorgen kann, allen Ernstes sagt, die meisten abgelehnten Asylbewerber würden freiwillig ausreisen, dann stimmt das schlicht nicht, und das wissen Sie auch. Deswegen sollten Sie so etwas der Öffentlichkeit nicht erzählen. Wenn das wirklich die Antwort der Politik ist zu glauben, dass das alles freiwillig läuft, dann kann ich Ihnen nur sagen: Damit werden Sie nicht durchkommen.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Ministerpräsident, Sie haben das alles kleingedredet mit **sicheren Herkunftsstaaten**.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

Ich kann Ihnen nur sagen: Auf der Liste der vier Länder, aus denen die meisten Flüchtlinge nach Schleswig-Holstein kommen, sind auf den Plätzen zwei bis vier Staaten aus der Balkanregion, zum Teil aus sicheren Herkunftsländern und aus anderen, die es vielleicht noch werden. Wenn Sie sich heute Morgen die Mühe gemacht hätten, sich die Studie des Weltwirtschaftsinstituts anzusehen - weil immer gesagt wird, sichere Herkunftsländer brächten überhaupt nichts -, dann hätten Sie dort lesen können, dass die Anzahl der Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern nach Schleswig-Holstein um lediglich 30 % gestiegen ist, während aus den Balkanländern, die noch nicht als sichere Herkunftsländer anerkannt worden sind, 720 % Steigerung stattgefunden hat.

Da können Sie doch nicht allen Ernstes behaupten, dass die Einstufung als sicheres Herkunftsland nichts bringt! Das bringt sehr wohl etwas, und deswegen sollten wir gemeinsam beschließen, dass es weitere Länder in diesen Bereichen gibt.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Daniel Günther [CDU]:

Sehr gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Günther, können Sie sich vorstellen, dass die Diskussion darüber, dass Länder als sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollen, den Druck auf diejenigen, die dort weg wollen, verstärkt, das möglichst schnell zu tun, was unter Umständen auch erklärt, dass das Anwachsen der Flüchtlingszahlen da seine Ursache haben kann?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

- Herr Kubicki, ich will nicht bestreiten, dass an dem, was Sie sagen, viel Wahres dran ist. Deswegen ist das eine Maßnahme, die dazu führen wird, dass wir weniger Anerkennung haben, die insbesondere auch dazu führt, dass wir in Deutschland schnellere Verfahren bekommen. Ich weiß sehr wohl, dass wir weitere Maßnahmen brauchen, um Flüchtlinge aus diesen Bereichen deutlich weniger zu uns nach Deutschland zu locken. Das ist definitiv so. Das will ich zugestehen.

(Ministerpräsident Torsten Albig: „Locken“?
- Unruhe)

Wir werden die Herausforderungen in Schleswig-Holstein nur bewerkstelligen, wenn wir einen klaren Unterschied zwischen denjenigen machen, die aus Kriegsgebieten kommen, und denjenigen, die aus wirtschaftlichen Gründen hierher kommen. Da nützen solche Sätze nichts wie: Wir werden diejenigen, die abgeschoben gehören, irgendwann abschieben. Es passiert schlicht und ergreifend nicht. Das sehen die Menschen auch. Überall vor Ort sagen die: Wir wollen die Herausforderung gern stemmen, aber wenn ihr es nicht hinbekommt, dass diejenigen, die aus anderen Gründen hierher gekommen sind, wieder in ihr Heimatland zurückgeschoben werden, werden wir diese Herausforderung in Deutschland nicht bestehen.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich mit Blick auf die Menschen aus dem Kosovo, in Albanien und anderen Ländern: Deutschland hat in den letzten Jahren bewiesen, dass wir auch diesen Menschen Heimat und Schutz in Deutschland bieten, auch wenn es keine politischen Gründe dafür gegeben hat, dass sie hierher gekommen sind. Denn natürlich akzeptieren wir, dass es auch andere Gründe gibt, warum man sich auf den Weg nach Deutschland macht. Wer könnte nicht verstehen, dass die hierher kommen!

(Daniel Günther)

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kosovo!)

Das konnten wir uns in den letzten Jahren leisten bei der Anzahl der **Flüchtlinge**, die nach Deutschland gekommen sind. Aber wir können doch nicht davon ausgehen, dass dieser Zustand nur temporär ist und sich in den nächsten Jahren wieder zurückentwickeln wird. Wir müssen den Menschen in Deutschland doch ehrlich sagen: Wenn wir die **Fluchtursachen** nicht vernünftig bekämpft bekommen, wird die Anzahl in den nächsten Jahren mindestens in einer ähnlichen Höhe bleiben, wie wir sie heute haben. Darauf müssen wir den Menschen doch eine Antwort geben! Darauf hat der Ministerpräsident überhaupt keine Antwort gegeben. Er hat einfach nur gesagt: Das ist so, die kommen in den nächsten Jahren, und wir müssen das irgendwie hinbekommen.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich den Menschen aus dem Kosovo und in Albanien: Ich habe Verständnis dafür, dass ihr nach Deutschland kommt. Aber um das alles in Deutschland zu bewerkstelligen, um uns um die Menschen zu kümmern, die aus Kriegsgebieten hierher kommen, müssen wir zu den Menschen aus Albanien, Kosovo und anderen Ländern leider sagen: Geht zurück in eure Heimat, kümmert euch darum, dass es euch in euren Ländern besser geht! Wir wollen euch dort dabei helfen. Für alle werden wir das in Deutschland nicht regeln können.

(Beifall CDU)

Weil ich nicht so naiv bin zu glauben, dass sich die alle sofort an meinen Appell halten, haben wir bewusst ein Maßnahmenpaket vorgelegt, was wir machen müssen, um das glaubhaft umsetzen zu können. Auch dazu hätte ich mir ein Wort gewünscht, was mit unserem Zehn-Punkte-Papier ist, das wir vorgelegt haben. Wir werden diese Maßnahmen brauchen. Wenn wir über eine Verfahrensdauer von fünf Monaten reden, müssen wir uns doch überhaupt keine Gedanken darüber machen, wie Abschiebungen durchgeführt werden.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Deswegen haben wir bewusst gesagt, dass wir schnellere Verfahren brauchen, indem wir schnellere Rückführungen durchführen, dass wir die Verwaltungsgerichte nicht nur aufstocken, sondern auch dafür Sorge tragen müssen, dass wir in Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein - ich bleibe dabei: Es ist wichtig - Räumlichkeiten haben, in denen Menschen gesondert beherbergt wer-

den, die absehbar kein Bleiberecht in Deutschland bekommen werden.

Wir alle wissen doch: Wenn die erst auf die Kommunen verteilt werden, dann brauchen wir uns über das Thema **Abschiebung** überhaupt nicht mehr zu unterhalten, weil das soziale Härten wären, die keiner von uns will. Das funktioniert nicht. Deswegen müssen die in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben. Deswegen müssen direkt vor Ort Gerichte sein. Die Verwaltungsverfahren vor Ort müssen so schnell wie möglich durchgeführt werden, weil wir in Deutschland sonst nicht zu Abschiebungen kommen werden, die wir definitiv brauchen, um das Problem in den Griff zu bekommen.

(Beifall CDU)

Ich weiß, dass Sie in den Bereichen immer nur an das Gute glauben. Es gibt natürlich auch Menschen, die mit gefälschten Pässen hierher kommen.

(Beate Raudies [SPD]: Unerhört!)

Sie kommen gar nicht aus Syrien. Sie wissen, dass man, wenn man aus Syrien kommt, in Deutschland relativ schnell bleiben kann. Die kommen mit gefälschten Pässen zu uns. Es gibt Menschen, die Asylfolgeanträge stellen. Es kann doch nicht sein, dass, wenn man an einer Stelle einen Asylantrag gestellt hat, der abschlägig beschieden worden ist, sodass eine Abschiebung durchgeführt werden kann, an anderer Stelle in Deutschland ein gleicher Antrag noch einmal gestellt werden darf. Es gibt Menschen, die an unterschiedlichsten Stellen in Deutschland 18 verschiedene Asylanträge gestellt haben. Das kann doch kein Zustand sein, den wir in Deutschland zulassen, dagegen müssen wir doch vorgehen!

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

- Wir können die Probleme gern weiter ausblenden und im Landtag Debatten führen, in denen wir uns in allen Punkten einig sind. Dass der Ministerpräsident beim Thema **Polizei** heute endlich etwas Konkretes gesagt hat, finde ich absolut positiv. Wir werden sorgsam darauf achten, dass das auch mit Stellen unterlegt ist, damit nicht das gemacht und Polizei aus anderen Bereichen abgezogen wird. Das muss dauerhaft gesichert sein. Aus meiner Sicht sind wir auch bei den Lehrerstellen, die Sie angekündigt haben, noch nicht an dem Punkt, an dem wir sein müssten. Wenn wir über berufliche Schulen und 80 Stellen reden, sage ich Ihnen, dass dort schon 324 Stellen fehlen, um eine vernünftige Unterrichtsversorgung hinzubekommen. Herr Ministerpräsident, das sind Punkte, bei denen wir

(Daniel Günther)

an Ihrer Seite sind. Natürlich wird die Aufnahme letztendlich nicht am Geld scheitern.

Mein Appell an Sie ist: Kleistern wir die Probleme nicht gemeinsam zu! Machen wir den Menschen in Schleswig-Holstein deutlich, dass wir wissen, dass das wirklich eine Herausforderung ist, die wir nur gemeinsam stemmen können! Machen wir den Menschen auch deutlich, dass wir akzeptieren, dass vor Ort Grenzen erreicht werden, dass wir akzeptieren, dass Menschen sagen: Wir sind integrationsbereit, wir sind aufnahmebereit, aber kümmert euch darum, dass diejenigen aus sicheren Herkunftsländern, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, auch abgeschoben werden! Dann kriegen wir das Problem in den Griff. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU - Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne den stellvertretenden Flüchtlingsbeauftragten Torsten Döhring. - Herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat aus der Heimat-Trilogie von Edgar Reitz aus dem Jahr 2004 beginnen. Da heißt es:

„Heimat definiere ich heute als den Ort, wo ich nicht erklären muss, wer und wo ich bin, wo ich akzeptiert und bemerkt werde.“

Viel zu viele Menschen haben einen solchen Ort verloren. Sie mussten ihn verlassen, sind geflohen. Der UNHCR hat im Juni die traurige Zahl von knapp 60 Millionen Menschen genannt, die sich weltweit auf der **Flucht** befinden - ein neuer Höchstwert. Männer, Frauen und Kinder sind auf der Flucht vor Diskriminierung, Verfolgung, Folter, Gewalt durch Bürgerkriege, Hunger und Naturkatastrophen. Sie fliehen aus Syrien, wo mehrere Kriegsparteien massenhaft Tod und Zerstörung über das Land gebracht haben; sie fliehen aus Afghanistan, wo weite Landesteile immer noch instabil sind; sie fliehen aus dem Irak, wo unter anderem der Terrorismus des Islamischen Staats wütet; sie fliehen aus Somalia oder Eritrea, einer Diktatur mit

weitgehend militarisierter Gesellschaft ohne Grundrechtsschutz und mit ganz viel Elend. Sie nehmen lange und gefährliche Wege für sich und ihre Angehörigen auf sich - oft in traumatisiertem Zustand. Sie flüchten aus dramatischen Zuständen, nehmen Entbehrungen in Kauf und werden dann mitnichten alle in Europa mit freundlicher Herzlichkeit begrüßt - wie zuletzt dankenswerterweise von München bis Flensburg -, sondern oft mit Zäunen und Stacheldraht. Manche erleben sogar Übergriffe von rechten Hohlköpfen auf ihre Unterkünfte.

Viele von diesen Menschen haben ihr Zuhause verlassen mit dem tiefsten Wunsch und der Hoffnung, eines Tages zurückkehren zu können, andere mit dem Ziel, an einem anderen Ort eine neue Heimat zu finden. Wer von uns würde das nicht nachempfinden, wenn er oder sie und die eigene Familie von solchen Umständen betroffen wäre?

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Viele von diesen Menschen haben ihr Zuhause verlassen mit dem tiefsten Wunsch und in der Hoffnung, eines Tages zurückkehren zu können. Schleswig-Holstein kann für die anderen, die das nicht können, ein solcher Ort sein, wo man Heimat finden kann. Das hat unsere Geschichte gerade nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt. Wir haben aus den Erfahrungen mit Gewalt und Extremismus doch selbst gelernt.

Das zeigt auch das so großartige **Engagement** so vieler Menschen in unserem Land. Viele Bürgerinnen und Bürger helfen ehrenamtlich bei der Aufnahme von **Flüchtlingsen**, ihrer Betreuung, ihrer Versorgung und ihrer **Integration**. Sie helfen, sich zurechtzufinden, lehren unsere Sprache und geben Halt. Zahlreiche Initiativen haben sich in diesem Jahr bereits um das Zusammenleben in Schleswig-Holstein verdient gemacht. Das ist großartig.

Aber auch allen, die beruflich hervorragende Arbeit leisten, gilt unser Dank. Ich möchte neben der Bundeswehr die Polizistinnen und Polizisten, die unter Hochdruck arbeitenden Menschen in den Ämtern für Ausländerangelegenheiten, in den Kommunalverwaltungen, aber natürlich auch all denjenigen, die Stefan Studt und sein Team da zusammengebracht haben, den herzlichen Dank unseres Hauses aussprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Oliver Kumbartzky [FDP], Christopher Vogt [FDP] und Angelika Beer [PIRATEN])

(Dr. Ralf Stegner)

Ich glaube, das können wir gar nicht genug würdigen. Der Dank gilt aber allen, die sich engagieren, egal, ob beim Deutschen Roten Kreuz, in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in Verbänden, die sich nach der Verteilung auf die Kommunen um die Unterbringung kümmern, um all das, was die Menschen benötigen, vom Arzt- bis zum Schulbesuch. Dazu gehört in Kiel der Christliche Verein, dazu gehören die haupt- und ehrenamtlichen Angehörigen des Katastrophenschutzes, der Hilfsdienste, ASB, DRK, Johanniter, Feuerwehren, Kirchen, Flüchtlingsinitiativen, örtliche ehrenamtliche Hilfsinitiativen und Freundeskreise. All denen sollten wir Danke sagen. Das kann man gar nicht oft genug tun, denn sie arbeiten teilweise bis über ihre Erschöpfungsgrenze hinaus.

Vielfach gehen auch Menschen auf die Straße, um für ein solidarisches Miteinander und für Humanität zu demonstrieren. Das ist unser Deutschland, das ist unser Schleswig-Holstein, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider häufen sich allerdings auch die feindlichen Übergriffe und die Gewalt gegen Flüchtlinge im Vergleich zu den Vorjahren dramatisch. Bei „ZEIT-Online“ war zuletzt im August von über 500 Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte zu lesen. Das ist eine Schande, und dem stellen wir uns ausdrücklich entgegen. Unser Bekenntnis für eine **humanitäre Flüchtlingspolitik** ist auch eine klare Kampfansage gegen alle menschenverachtende Rhetorik und alle Verbrechen, die von Nazis und anderen begangen werden.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, Dr. Ekkehard Klug [FDP] und Christopher Vogt [FDP])

Ich füge hinzu: Den realen Brandanschlägen gehen häufig rhetorische Brandanschläge voraus. Diese Haltung hat nicht die Mehrheit in diesem Land, das ist nicht unser Deutschland, das ist nicht unser Schleswig-Holstein. Die Haltung der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner wurde in diesem Haus bereits mehrfach zutreffend formuliert. Ministerpräsident Albig hat schon in seiner Regierungserklärung vom 18. Februar dieses Jahres gesagt:

„Wir werden diese Herausforderungen meistern, nicht in erster Linie, weil wir reich genug sind, sondern weil wir offen, barmherzig und den Menschen zugewandt sein wollen.“

Das sollte auch unsere Linie bleiben, bei allen Problemen, Herr Oppositionsführer - ich komme darauf zu sprechen. Aber die Grundlinie muss bitte diese sein, denn wenn wir den Menschen nicht den Eindruck vermitteln, wir können das schaffen, dann werden sie das nicht glauben, und dann werden wir das auch nicht packen. Das sollte die Grundlinie sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb machen wir Flüchtlingspolitik mit humanitärer Haltung und nicht auf der Grundlage von Kosten-Nutzen-Kalkulationen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben mit dem Haushalt 2015, mit dem Nachtrag, aber auch am vergangenen Mittwoch, über die notwendigen finanziellen Maßnahmen für eine humanitäre Flüchtlingspolitik gesprochen. Wir haben auf die vielen Unwägbarkeiten aufmerksam gemacht, die uns Flexibilität abfordern. Ich will die Argumente und Maßnahmen nicht alle wiederholen. Sie entsprechen aber auch dem, was die Landesregierung im Mai 2015 in einem Flüchtlingspakt mit vielen Akteuren vereinbart hat. Und das ist viel, viel besser als das, was Sie hier dazu gesagt haben, Herr Oppositionsführer. Das ist nämlich die Realität in diesem Land, darüber haben Sie aber in Ihrer Rede so gut wie gar nicht gesprochen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich will der CDU-Opposition eines deutlich sagen: Es ist gut, wenn Sie sich zur Mitarbeit bekennen. Ich will das ausdrücklich begrüßen, weil ich es an vielen Stellen gut fände, wenn wir darüber keinen parteipolitischen Streit hätten. Aber Ihre Rede, Herr Oppositionsführer, war nicht nur eine, die relativ wenig Sachkenntnis erkennen ließ, sondern sie war in Inhalt und Ton eine, die keinerlei Gemeinsamkeit mit der Mehrheit in diesem Haus hat. Ich glaube, das ist auch klar.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ja, ich habe Ihren Antrag gelesen. Ich habe gestern mit der Kollegin Damerow darüber gesprochen, weil ich wissen wollte, ob es wirklich sein kann, dass Sie glauben, dass ein Überbietungswettbewerb zwischen Ihrem Parteivorsitzenden und Ihnen und der Reaktivierung aller alten Forderungen wirklich der richtige Beitrag zu dem sein soll, was wir miteinander tun. Liest man das, was Sie da aufschreiben, muss ich sagen: Schon bei der Lektüre der

(Dr. Ralf Stegner)

Überschrift geht es nicht um Aufnahme und Integration, im Vordergrund stehen Repression und Abschiebung. - Auf dieser Basis wird das mit der Gemeinsamkeit nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Wir dürfen die Probleme nicht verschweigen - und verlassen Sie sich drauf, ich komme in meiner Rede noch darauf -, aber Ressentiments sollten wir strikt unterlassen. Den Katastrophenfall auszurufen oder ähnliche Dinge, das ist Zündeln, Herr Oppositionsführer. Solche Reden sollten wir hier im Haus wirklich nicht führen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Angelika Beer [PIRATEN])

Ja, ich will gar nicht verhehlen, es gibt die Sorge, dass die Stimmung kippen könnte. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, das herbeizureden, sondern dafür zu arbeiten, dass das nicht passiert, Herr Oppositionsführer. Das ist unsere Aufgabe.

(Stürmischer Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN] - Zurufe CDU)

Sie sollten ein wenig auf Ihr Wording achten, wenn ich an die Überschrift Ihres Antrags denke. Da sind übrigens Bürgermeister Ihrer Partei, der Bürgermeister aus Boostedt, deutlich weiter als die CDU-Landtagsfraktion, wenn ich mir diese Bemerkung hier erlauben darf.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wissen Sie, weil Sie sich so positiv über Bayern ausgesprochen haben: Die Bereitschaft der Menschen dort ist wirklich großartig, aber die Erwähnung der Worte „Flüchtling“ und „Asylmissbrauch“ in einem Satz entspricht genau dem, was wir lesen, wenn die CSU sagt: „Wir sind nicht das Weltsozialamt!“ Wenn ich Horst Seehofer einmal zitieren darf - und mir steht die Schamesröte im Gesicht, wenn ich das zitiere; ich tue es aber -:

„Wir werden uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren - bis zur letzten Patrone.“

- Das sagt der Vorsitzende der Christlich Sozialen Union in Deutschland!

(Zurufe SPD)

Das sollten wir nicht loben, sondern wir sollten sagen: Wer so etwas tut, gibt sich in die Nähe von

denjenigen, von denen wir nun überhaupt nicht wollen, dass sie in Deutschland irgendetwas zu melden haben.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN] - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Die Assoziationen, die ausgelöst werden, wenn man dies tut, kennen wir von **Rechtspopulisten**, von „Pegidioten“ und anderen. Da kann ich nur sagen: Damit wollen wir nichts zu tun haben.

Wenn man sich im Übrigen den Inhalt anguckt, dann, Herr Kollege Günther - ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört -, muss ich sagen: Die Schwerpunktsetzung in Ihrem Antrag ist angesichts der persönlichen Schicksale der **Flüchtlinge** vielleicht auch nicht ganz so die richtige. Denn die Zuordnung in sichere und unsichere Staaten oder Taschengeld und Sachleistungen - man kann über manches reden - ist fragwürdig. Denn ernsthaft zu glauben, dass es im Kern die Mehrzahl derer, die nach diesem Schicksal zu uns kommen - wenn Sie mit denen einmal reden würden -, in irgendeiner Weise trifft, dass wir angeblich nur Anreize schaffen müssten, wenn wir das änderten, dann würde das nicht passieren, hat mit der Realität in dieser Welt aber auch gar nichts zu tun, Herr Kollege Günther - gar nichts!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Angelika Beer [PIRATEN])

Wir wollen keine Ressentiments schüren, sondern die realen Probleme lösen. Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten und dürfen sie nicht spalten.

Ich weiß - man hört das -: Manche setzen in Deutschland auf einen Rechtsruck. Vielleicht droht die Gefahr. Aber ich sage Ihnen: Wir werden fast alles, was in unserer Kraft steht, tun, um dies zu vermeiden. Ich glaube immer noch, dass **Humanität** in Deutschland mehrheitsfähig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen will ich Ihre Schilderung des Landes Schleswig-Holstein um ein paar konkrete Beispiele erweitern, Herr Kollege Günther, bei denen diese Gemeinsamkeit deutlich wird. Bei diesen merken Sie übrigens, dass das mit Parteipolitik und Regierung nichts zu tun hat, sondern damit zusammenzuführen. Das tun im Übrigen Kollege Studt und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Tag und Nacht. Das Lob für die Staatssekretärin war berechtigt.

(Dr. Ralf Stegner)

Der Versuch zu spalten ist überflüssig. Es gilt für alle Beteiligten, dass sie gute Arbeit leisten.

Ich will Ihnen Beispiele nennen. Der Landessportverband hat mit einem Sofortprogramm reagiert und konkrete, schnelle, wirksame Unterstützungsmaßnahmen für die Vereine zur Aufnahme von Flüchtlingen auf die Beine gestellt. Das ist großartig.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Deutsche Feuerwehrverband hat mit „Deine Feuerwehr - unsere Feuerwehr! Für ein offenes Miteinander“ ein Projekt aufgelegt, das Mitgliedshemmnisse für zugewanderte Drittstaatsangehörige beseitigen und **Willkommenskultur** entwickeln wird. Das ist großartig.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kirche und Diakonie bieten Praxishilfen für das Willkommenheißen, Begleiten und Beteiligen von Flüchtlingen - sei es gemeinsames Kochen, Besuchsdienste, Bibelarbeit oder Spielkreise. Hier gibt es viel Infrastruktur durch die Verzahnung von Ehren- und Hauptamt. Das ist besonders wichtig, und das ist großartig.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Wohnraumversorgung hat sich unser Innenministerium mit den Wohnungsunternehmen, darunter Haus & Grund, zusammengesetzt, um sich in Kontakt mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden über gemeinsame Ziele zu verständigen. Da ist vieles notwendig, weil wir bezahlbaren Wohnraum nicht nur für Flüchtlinge brauchen, sondern auch für Geringverdiener, für Studierende und andere. All das sind gute Beispiele für ganz konkrete Hilfen in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und doch sollten wir uns nichts vormachen: Ausreichen werden wohl weder unsere finanziellen noch unsere materiellen Vorsorgen. Perfektion wird in der Umsetzung nicht erreicht werden. Wir Deutsche werden uns daran gewöhnen müssen, dass manches eben nicht hundertprozentig sein kann. **Unterbringung, Betreuung, Förderung** - die Aufgaben sind komplex. Priorität hat aber konkretes Handeln, nicht Nölen, dass das eine oder andere nicht perfekt ist. Jetzt heißt es anpacken und machen. Die meisten Schleswig-Holsteinerinnen und

Schleswig-Holsteiner tun dies übrigens trotz solcher Reden, wie sie Herr Günther hier eben gehalten hat.

(Beifall SPD)

In erster Linie stellen sich viele Fragen in Bezug auf die Unterbringung. Hier brauchen wir konkrete und verlässliche Hilfen gerade auch für die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Die Zusagen des Bundes sind ein wichtiger Schritt. Es wird Unterstützung bei der Unterbringung geben.

Das Gleiche gilt für Finanzierungsfragen und schnelle Verfahren. Herr Kollege Günther, ich muss Ihnen in allem Ernst Folgendes sagen: Sie reden hier über schnelle Verfahren reden, die geführt werden müssen. Das muss das Bundesamt machen. Dafür ist Herr de Maizière als Bundesinnenminister zuständig. Da liegt der Punkt. Deshalb sollten Sie mit dem, was Sie hier beschrieben haben, nicht die falschen Leute angreifen. Sie verstehen leider nicht einmal, worüber Sie reden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich muss auch sagen: Das, was der Bund bisher zugesagt hat, ist zu wenig. Wir brauchen Nachverhandlungen. Wir brauchen - das ist eines der Probleme, über das ich sprechen möchte - die finanziellen Zusagen auch deswegen, damit es nicht zu Verteilungskämpfen kommt. Es darf nicht heißen: „Für Flüchtlinge ist Geld da, für uns nicht.“ Hilfen für **Flüchtlinge** statt Jugendarbeit, statt Sportstätten oder statt Sozialem, das wäre Gift für die Integration und Wasser auf die Mühlen der Demokratiefeinde. Das dürfen wir nicht zulassen.

Es ist ein wichtiger Teil zur Problembewältigung, dass die Mittel nicht so umverteilt werden, dass das passiert. Da höre ich manches über den **Bundshaushalt**, was mir überhaupt nicht gefällt. Es darf nicht an anderer Stelle gekürzt werden. Das müssen wir gemeinschaftlich finanzieren. Setzen Sie sich bei Ihren Parteifreunden in Berlin einmal dafür ein, Herr Kollege Günther!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die der Bund machen könnte, egal, ob Kapazitäten zur Unterbringung, ob spürbare Finanzhilfen - übrigens schon für 2015 und nicht erst für 2016 -, ob Organisationsveränderungen oder ob Personalverstärkungen als effizientes Mittel zur Verkürzung der Verfahrensdauer für die Bearbeitung von Asylanträgen. All das dauert viel zu lange. Versprechungen, es solle schneller

(Dr. Ralf Stegner)

gehen, haben wir lange genug gehört. Der Wechsel an der Spitze des BAMF wird jetzt hoffentlich nicht noch zu weiteren Verzögerungen führen. Wir müssen da schneller werden.

Die Landesregierung und die Kommunen können sich anstrengen, so viel sie wollen: Wenn es an dieser Stelle nicht besser geht, schaffen wir das nicht. Das ist der Kern. Das muss gelöst werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir werden auch das eine oder andere Unkonventionelle prüfen, Gesetze und Verordnungen bei dem Vergabe- und Baurecht und anderen Punkten überprüfen müssen.

Ich sage aber auch: Es gibt Bereiche, bei denen wir das nicht tun werden. Wir werden weder den Brandschutz noch die Hygiene einschränken. Ich möchte mir nicht vorstellen, was passieren könnte, wenn wir dies täten. Es ist auch keine Einladung für alle, die sich schon immer gewünscht haben, alle Standards zu beseitigen und damit Geschäft zu machen, so wie das der eine oder andere tut. Das ist nicht der Punkt. Wir reden über eine Drucksituation, die mit Flexibilität und Anpassungsfähigkeit gelöst werden müssen. Genau das wird die Landesregierung hier auch tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens: Diejenigen, die sich das ausdenken, tun das in der interministeriellen Arbeitsgruppe unter Federführung des Innenministeriums mit anderen zusammen. Da sind nämlich alle im Boot. Sie haben gar nicht bemerkt, dass das so ist. Es gibt gar keinen Streit darüber. Da packen alle mit an.

Ja, wir werden über Stellenausbaupläne zu reden haben, Herr Kollege Günther. Da brauchen Sie sich gar nicht so in die Brust zu werfen. Wir werden das mit der **Polizei** regeln - gar keine Frage. Der Ministerpräsident hat dazu alles Notwendige gesagt. Verlassen Sie sich darauf: Wir machen das schon. Es ist richtig, dies zu tun. Reden Sie doch nicht davon, die Polizei könne die Kriminalität nicht mehr bekämpfen. Übrigens gibt es kaum einen Anstieg an Kriminalität. Das ist doch Angstmacherei hier im Hause. Dem sollten wir entgegenreten.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Günther, helfen Sie doch einmal mit, dass das mit der **Gesundheitskarte** etwas wird. Im

Land verhandeln wir mit den Kassen, im Bund scheitert das an der Diskussion in der Union, weil sie angeblich die soziale Hängematte befördere. In Wirklichkeit hilft sie aber den Kommunen, weil sie nicht jeden zum Arzt begleiten müssen und weil es auch noch billiger wird, weil nicht privat abgerechnet wird. Insofern ist die Gesundheitskarte vernünftig. Machen Sie mit! Helfen Sie, dass die Blockade da aufgebrochen wird!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Liste des Denkbaren und Notwendigen ist wirklich lang. Ich will hier nicht den Eindruck erwecken - missverstehen Sie mich nicht -, als hätten wir auf alles schon die richtigen Antworten. Ja, ich nehme ernst - obwohl es mir Ihre Rede schwer gemacht hat, das ernst zu nehmen; aber andere sagen das in einem anderen Ton -, dass wir aufpassen müssen, dass der Druck nicht so groß wird, dass unser System überfordert wird, weil wir in der Tat insbesondere ein Problem mit der Zeit haben.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Es ist nicht die Anzahl der Flüchtlinge. Wir werden auf Sicht natürlich noch mehrere Hunderttausende in Deutschland aufnehmen können. Da bin ich ziemlich sicher. Aber wir werden das nicht auf Dauer in dem Verfahren wie an den letzten Wochenenden schaffen. Schon deshalb muss der Bund seiner Verantwortung gerecht werden. Schon deshalb müssen wir über solche Maßnahmen diskutieren, die wir eigentlich nicht anwenden wollen.

Bei aller Kritik an der Frau Bundeskanzlerin: Dass man **Humanität** walten lässt, finde ich richtig. Das muss ich schon einmal sagen. Sie wird ja mehr aus ihrer eigenen Partei als von uns kritisiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Grenzkontrollen** lösen das Problem nun wirklich nicht. Zäune und Stacheldraht sind keine Lösungen. Szenen wie in Ungarn oder Mazedonien, wo Wasserwerfer und Tränengas gegen Flüchtlingsfamilien mit Kindern eingesetzt werden, wollen wir nicht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn wir also über **sichere Herkunftsstaaten** reden, sollten wir es uns nicht zu einfach machen. Ja wohl: Für Albanien, Kosovo oder Montenegro gilt, dass die Anerkennungsquoten verschwindend ge-

(Dr. Ralf Stegner)

ring sind. Deswegen kann man schon sagen, dass das Asylverfahren für die meisten Antragsteller aus diesen Ländern nicht der richtige Weg ist. Der Vorschlag, der aus der SPD gekommen ist und über den wir uns auch im Bundeskoalitionsausschuss verständigt haben, ist: Dann lass uns doch Arbeitsmarktöffnung für diejenigen machen, die aus Beitrittskandidatenstaaten kommen, für die dann sowieso Freizügigkeit herrscht. Wir kennen das von Gastarbeitern aus dem früheren Jugoslawien. Lasst uns das doch tun; das kann der richtige Weg für diejenigen sein, die aus solchen Ländern kommen. Das sollten wir machen, und da wünschte ich mir Unterstützung auch von denjenigen, die das bisher bekämpft haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Wir dürfen es uns auch nicht so einfach machen zu glauben, in den Balkanländern werde niemand verfolgt. Die Anerkennungsquoten sind gering - das habe ich gesagt -, aber sie sind nicht gleich null. In manchen skandinavischen Ländern werden sogar bis zu 20 % der Asylbewerber aus solchen Ländern anerkannt.

Das hängt übrigens mit der Minderheitenpolitik zusammen. Wir brauchen Antworten zum Schutz der Minderheiten, etwa der Roma, denn wir können nicht dulden, dass EU-Mitgliedstaaten die Roma diskriminieren, sodass sie flüchten müssen. Auch das ist eine Sache, die wir lösen müssen, wenn wir über sichere Herkunftsstaaten reden. Dann kann man das nämlich tun, sonst kann man das nicht tun.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und ja, ich bekenne mich ausdrücklich - ich weiß, nicht jedem fällt dieser Satz leicht, aber ich will ihn hier sagen, weil ich mich dazu ausdrücklich bekenne -: Nicht alle Menschen, die zu uns kommen, werden hier bleiben können. Es geht auch um die Effektivität der **Rückkehrpolitik**.

Viele werden freiwillig gehen, aber wir werden auch Rückführungen vornehmen müssen. Auch dies müssen wir mit Anstand und Würde und in schnellen Verfahren tun. Die Humanität gebietet es, Familien mit Kindern, kranken oder älteren Menschen nicht in Unsicherheit oder Kälte zurückzuschicken. Im Zweifel für die Humanität - daran wird sich in Schleswig-Holstein nichts ändern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch wenn wir im Schleswig-Holsteinischen Landtag sind, muss ich schon sagen:

Herr Kubicki, bei der konkreten Entscheidung darüber, wer zurückgeführt wird, werden diese Kriterien eine Rolle spielen. Ich habe nicht über pauschale Regelungen gesprochen, sondern ich habe darüber gesprochen, dass wir das so machen, dass die Grundsätze der Humanität beachtet werden. Das führt gelegentlich zu Abwägungen, die nicht jeder teilt. Das passiert einem übrigens dann, wenn man Verantwortung hat. Ich kenne das aus eigener Erfahrung, ich war selbst einmal Innenminister und weiß, wie schwer das ist. Ich weiß aber auch, was man über eine **Härtefallkommission** bewegen kann - die in Schleswig-Holstein in der Tat noch diesen Namen verdient. Was zum Beispiel Härtefallkommissionen angeht, sind wir immer noch diejenigen, die in Deutschland den Standard gesetzt haben. Darauf sind wir Sozialdemokraten stolz, wenn ich dies einmal einfügen darf.

(Beifall SPD)

Man kann hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag aber nicht über das Problem reden, ohne zu sagen: Wir brauchen für dieses Thema eine **europäische Lösung**, sonst werden wir die Herausforderungen nicht meistern. Niemand soll denken, wir könnten dies auf Dauer allein mit Österreich und Schweden leisten. Das wird nicht gehen. Daher ist diese Feststellung mit der bitteren Einsicht verbunden, dass eine solche Lösung bislang nicht in Sicht ist. Die europäische Flüchtlingspolitik braucht dringend einen Kurswechsel.

Erste gute Ansätze liegen mit aktuellen **Vorschlägen** über neue **Verteilverfahren** für Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten auf dem Tisch, doch schon die Debatte darüber stockt. Ein erster kleiner Schritt war die gestrige Entscheidung des EU-Parlaments, aber eines geht nicht, nämlich dass sich einige Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung entziehen. Das können und werden wir nicht akzeptieren. Ich sage ehrlich: Die europäische Gemeinschaft ist keine Zugewinnsgemeinschaft, in die man nur geht, wenn man Vorteile davon hat, sondern sie kann nur ein Ort der Wertegemeinschaft und europäischer Solidarität sein.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Beer?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Ich möchte gern im Zusammenhang vortragen, danach gern. - Auf der einen Seite bei der Verteilung europäischer Strukturfonds mitzudiskutieren und profitieren zu wollen, in Fragen der solidarischen Gestaltung einer europäischen Flüchtlingspolitik aber eine Verweigerungshaltung einzunehmen, das passt nicht zusammen.

(Beifall SPD und SSW)

Wenn der stellvertretende Außenminister Ungarns in einer Fernsehsendung sagt, die europäische Wertegemeinschaft sei linke Spinnerei, es gehe um Grenzsicherung, dann kann ich dazu nur sagen: Das ist nicht meine Vorstellung von Europa. Wir können doch nicht allen Ernstes sagen, die **Freizügigkeit in Europa** gilt für Schokolade, Käse und Fluglinien, aber nicht für Menschen. Das ist nicht unser Europa. Wir wollen ein Europa der Freizügigkeit für Menschen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir können die Länder in der Peripherie Europas - und auch hier komme ich gleich zu Lösungen - ebenso wenig alleinlassen wie die Länder, die als erste bereit waren, ihrer humanitären Verantwortung gerecht zu werden. Die Lösung der jetzt anstehenden Fragen ist ein Lackmустest für die **europäische Solidargemeinschaft** und die gemeinsamen europäischen Werte. Die EU ist als Träger des Friedensnobelpreises in einer besonderen Pflicht, dies zu regeln.

Wer, wenn nicht dieser Kontinent, der zwei schreckliche Weltkriege erlebt hat, wobei der zweite übrigens von Deutschland angezettelt wurde, wüsste, wie gut es ist, in Frieden und Wohlstand zu leben und dies für alle schaffen zu wollen. Das muss doch unser gemeinsamer Auftrag sein, liebe Kolleginnen und Kollegen hier in diesem Haus.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich wünsche mir also diese Offenheit in allen Mitgliedstaaten, und zwar konstruktiv und mit dem Willen, die Humanität, also die Menschen, in den Mittelpunkt der Überlegungen zu stellen und so zu handeln. Eines befremdet mich wirklich: Wenn es - wie bei der Eurozone - um Geld geht, dann finden alle drei Tage Gipfeltreffen statt. Wenn es aber um Menschen geht, dann dauert das Wochen und Monate. Das kann nicht die richtige Antwort der Politik sein, das sage ich auch der Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Europa als Wertegemeinschaft seiner Verantwortung gerecht werden will, bedarf es klarer **gemeinsamer Regelungen** für die **Aufnahme und Verteilung** von Flüchtlingen in der Europäischen Union. Wir brauchen dazu funktionsfähige Verteilstellen an den Hotspots in Italien, Griechenland und Ungarn. Die notwendigen Voraussetzungen dafür muss die Bundeskanzlerin bei unseren Partnern durchsetzen, das ist ihre Verantwortung. Sie ist stark. Das wird an anderer Stelle oft betont. Hier ist sie gefordert, das durchzusetzen. Das brauchen wir. Ohne dies wird es nämlich nicht gehen.

Wenn unsere Vorschriften, von denen die Konservativen so gern reden und die ständig in ihren Anträgen vorkommen, wenn also diese Vorschriften von Dublin II bis Frontex dazu führen, dass Hunderte im Mittelmeer ertrinken oder in Lastwagen zusammengepfercht jämmerlich ersticken, dann müssen wir etwas ändern in Europa. Dann können wir nicht nur sagen: Wir haben Vorschriften!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich habe übrigens hier Hans-Dietrich Genscher zitiert, der das vor wenigen Tagen - gewandt an die Union - festgestellt hat. Das ist ein Liberaler, der festgestellt und gesagt hat, dass die Vorschriften einem gestohlen bleiben können, wenn sie dazu führen, dass Menschen jämmerlich ins Unglück kommen. Wir müssen im Übrigen manchmal schnell handeln. So wie Sie das bei der Flexibilisierung von Standards tun, so müssen wie dies an anderer Stelle eben auch tun. Ich rede gar nicht von Sanktionen, sondern ich sage nur: Wenn wir über Förderanträge entscheiden, dann muss es im Blick sein, wer hilft, und wer nicht hilft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben vor wenigen Monaten hier in diesem Haus über Aspekte der Flüchtlingspolitik debattiert. Wir brauchen ein **legales Einwanderungsrecht**. Neben der humanitären Verpflichtung gegenüber den Menschen, die in Not sind, brauchen wir dringend Einwanderung, auch das ist ein Aspekt der Debatte, damit unsere **Wirtschaft** wachsen kann und wir unseren Lebensstandard halten können. Ganze Regionen werden fast entvölkert, junge Menschen gehen weg. Das ist für uns auch eine Chance. Wir brauchen qualifizierte Arbeitskräfte und Menschen, die dazu beitragen, dass unser Kontinent attraktiv und lebenswert bleibt. Auch das macht ein legales Einwanderungssystem aus unserer Sicht unverzichtbar.

(Dr. Ralf Stegner)

Übrigens sind die, die zu uns kommen, teilweise sehr motiviert, zu zeigen, was sie können, weil sie aus einer Situation kommen, in der sie keine Perspektive und keine Hoffnung hatten. Lassen Sie uns dies einmal positiv aufgreifen und nicht nur über das reden, was nicht klappt, sondern über das, was klappen könnte, wenn wir uns ein bisschen stärker zusammenfinden würden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen ist ein modernes Einwanderungsgesetz auch Teil der Lösung. Ich füge etwas hinzu, was nicht jeder gern hört, aber ich muss es hier zum Thema effektive Maßnahmen gegen **Schlepper**, gegen Menschen, die Notsituationen anderer brutal ausnutzen und mit der Not von Menschen ihr kriminelles Geschäft betreiben, ob durch Menschenhandel, Prostitution oder Versklavung, sagen: All das muss mit großer Konsequenz geahndet werden. Denn ich finde es übel, mit dem Elend von anderen Geld verdienen zu wollen. Das ist richtig übel. Manche helfen aus Humanität, diese nicht. Wir brauchen legale Zuwanderungswege, damit diese Leute nicht ihr Geschäft machen können. Wir müssen aber gegen sie vorgehen. Schiffe versenken ist dafür übrigens nicht die richtige Methode. Wir brauchen andere Wege zur Bekämpfung dieser kriminellen und geldgierigen Menschen.

(Zurufe)

- Ja, zum Teil dadurch, dass wir zusammen mit der Bundeswehr und anderen dafür sorgen, dass diese gestellt und verurteilt werden. Ich finde, das sollten sie nämlich, wenn sie den Leuten Geld wegnehmen, wenn diese durch Not flüchten müssen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Es ist eine Gefahr für Flüchtende und ihre Familien, wenn sie teilweise unter Vorwänden angelockt werden. Die Menschen werden übrigens nicht durch unsere Sozialsysteme angelockt, sondern sie werden durch solche Leute angelockt, die sagen: Ich helfe dir. In ihrer Not glauben die Flüchtlinge dies. In Wirklichkeit aber kommen sie in Fahrzeuge, in denen sie umkommen. Das ist eine Form des Lockens, die wir bekämpfen müssen. Wir müssen nicht die Sozialsysteme verändern, die wir haben.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn ich einräume, dass der Kollege Kubicki damit recht hat, dass nach ein paar Jahren die Perspektive, nach Syrien zurückzukehren, für manche nicht mehr gegeben sein könnte, hat der Minister-

präsident mit dem, was er hier vorgetragen hat, trotzdem auch Recht. Es kann doch nicht wahr sein, dass dem UNHCR das Geld fehlt, um in den Flüchtlingscamps, die es direkt an den Grenzen gibt, zu helfen, sodass dort solche Verhältnisse herrschen. Wir bringen nicht einmal das Geld auf, um die elende Lage in den Flüchtlingslagern in Jordanien, im Libanon und in der Türkei zu verbessern. Das ist ein Skandal. Für andere Dinge, die etwas mit der Wirtschaft zu tun haben, nehmen wir viel mehr Geld in die Hand.

Dieses Problem müssen wir lösen, und auch hier muss Deutschland mit gutem Beispiel vorangehen. Wir können das auch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen müssen endlich eingehalten werden: Alle europäischen Staaten sollten 0,7 % ihres BIP in die Entwicklungspolitik investieren. Das hat Willy Brandt gefordert, und das ist schon ganz lange her. Wann befördern wir dies von den Sonntagsreden in die Haushalte? - Das ist die Frage, die wir uns stellen müssen. Das sind für Deutschland übrigens keine riesigen Beträge. Hier Weltmeister zu sein, statt immer noch Bronzemedallengewinner bei den Waffenexporten zu sein, wäre ein direkter Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich weiß, das geht nicht von heute auf morgen, und ich überhebe mich auch nicht, indem ich sage, wir könnten dies hauptsächlich in Kiel tun. Trotzdem sage ich: Die **Bekämpfung von Fluchtursachen** ist ein wichtiger, wenn nicht der wichtigste Baustein einer europäischen Flüchtlingspolitik. Herr Kollege Günther, das ist eine ganz andere Akzentsetzung als das, worüber Sie heute in diesem Haus gesprochen haben.

Das sind viele Fragen, die wir nur langfristig lösen können. Ich war aber immer dagegen zu sagen: Nur weil einige Dinge länger brauchen, muss ich damit nicht anfangen. Ich glaube vielmehr, wir müssen all diese Dinge gleichzeitig tun. Das ist die Besonderheit, von der der Ministerpräsident in seiner Rede gesprochen hat, nämlich dass wir begreifen müssen, dass jetzt nicht business as usual geht und wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen können, weil diese Situation wieder vorbeigehen wird. Das ist vielmehr eine Herausforderung in einer großen Größenordnung.

(Dr. Ralf Stegner)

Über **Integration** habe ich noch gar nicht gesprochen, nämlich über das, was passieren muss, wenn wir all das geschafft haben, wenn alle da sind und wir uns wirklich ernsthaft um die Integration kümmern müssen. Das ist eine große Herausforderung. Das ist dann eine Herausforderung wie die Deutsche Einheit oder andere große Herausforderungen.

Sollen aber wir, die wir die Nutznießer einer Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen sind, die uns Wohlstand und Frieden in einem Ausmaß gebracht hat, von dem unsere Eltern und Großeltern nur träumen konnten, sagen: Wir können diese Herausforderung nicht lösen? Ist das unsere Antwort? - Nein, das kann nicht unsere Antwort sein. Ich glaube, wir können das lösen, wenn wir das nur wollen und es gemeinsam anpacken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen sage ich: Die Vereinten Nationen, die Weltgemeinschaft, wird eine große Rolle spielen müssen, um dieses Problem zu lösen.

Egon Bahr ist vor wenigen Tagen gestorben. Gestern gab es eine sehr eindrucksvolle Trauerfeier. Er hat uns immer darauf hingewiesen: Frieden schließt man nicht mit denen, die alle Werte teilen, sondern Frieden muss man mit den anderen schließen.

Deswegen denke ich zum Beispiel, wir müssen in einen anderen **Dialog mit Russland** kommen. Denn wir werden die Probleme in Syrien ohne Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und Russen einfach nicht lösen können. Dem sollten wir nicht im Weg stehen und nicht ständig die Sanktionsspiralen, die niemandem helfen, diskutieren. Sondern wir sollten reden und helfen, dass da wieder eine Entspannungspolitik stattfindet. Das hat es in der Vergangenheit doch auch gegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Egon Bahr hat früher einmal gesagt: Wenn wir bei der Ostpolitik auf die Meinungsumfragen gehört hätten, dann hätte es sie nie gegeben. - Das sage ich hier auch. Es erfordert Mut, das Richtige zu tun und dafür einzutreten. Ich appelliere an Sie, diesen Mut aufzubringen und nicht nur darauf zu schauen, was die Meinungsumfragen gerade sagen und ob sie auch alles richtig finden. Mut, politische Führung, für das, was man richtig findet, eintreten und übrigens auch Irrtümer einräumen, in der Lage sein, mit anderen einen gemeinsamen Weg zu suchen, unsere

Gesellschaft aber auch ehrlich zusammenhalten und gegen die Demokratiefeinde verteidigen,

(Zurufe CDU)

- ich finde Ihre Zwischenrufe nicht sehr qualifiziert, Herr Kollege Wiegard -, ist etwas, das wir wirklich gemeinsam leisten können.

Gehen Sie einmal ein bisschen in sich, wenn Sie solche Reden hören wie die, die der Oppositionsführer hier heute dargeboten hat.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die aktuelle Flüchtlingssituation, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist für unser Land eine wirklich große Herausforderung. Wir müssen sie annehmen. Denn wir sind überzeugt davon, dass wir nicht nur eine humanitäre Verantwortung in ihr haben, sondern dass sie auch eine Reihe von Chancen bietet. Wir wissen, dass Schleswig-Holstein vom Zuzug von Menschen profitieren wird. Wir werden die Fachkräfte von morgen gewinnen. Wir können die demografische Entwicklung neu bewerten. Die Vielfalt in unserem Land gewinnt. Lassen sie uns uns der Einfachheit entgegenstellen. Vielfalt ist das, was wir miteinander haben wollen.

Wenn wir die richtigen Entscheidungen treffen, wenn wir zupacken und handeln, dann werden wir unser Land Schleswig-Holstein, das schon ein großartiges Land ist, zu einem noch besseren Land machen. Das können wir. Es ist eine Chance. Dass wir das in politischer Verantwortung tun dürfen, ist doch - ehrlich gesagt - auch etwas Positives, dass wir nicht Trümmer aufräumen müssen, wie das andere haben tun müssen, sondern dass wir das gemeinsam tun können. Vielleicht schaffen wir es, das in diesem Gedanken zu tun. Dazu muss man das aber auch in den Reden, die man draußen hält, in den Presseerklärungen, die man abgibt, und in den Diskussionen, die man führt, vermitteln.

Willy Brandt hat 1987 in der Schrift „Menschenrechte mißhandelt und mißbraucht“ Folgendes formuliert:

„Der Kampf gegen Hunger und Not, für Frieden und Ausgleich gehört unverzichtbar zum Ringen um Menschenrechte. Die Würde des Menschen, unter sich wandelnden geschichtlichen Bedingungen unterschiedlich begriffen und beschrieben, fordert zweierlei zugleich: den Anspruch des einzelnen auf eine menschenwürdige Existenz und gleichermaßen seine Verantwortung dafür, dass alle menschenwürdig leben können.“

(Dr. Ralf Stegner)

- So weit Willy Brandt. Das ist genau das, was wir zu tun haben. Das **Grundgesetz** ist die Basis dafür. Auch das will ich sagen: Das gilt ohne Zweifel nicht nur für die, die hier leben, sondern auch für die, die zu uns kommen. Auch das will ich deutlich sagen. Das ist übrigens viel besser, als über Leitkulturen oder Ähnliches zu schwadronieren. Das Grundgesetz ist gut, weil es von der Würde des Menschen spricht. Wir brauchen gemeinsame europäische Standards.

Ich füge hinzu: Wir werden das Asylrecht im Grundgesetz nicht antasten. An einem Schäubigkeitswettbewerb beteiligen wir uns ausdrücklich nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist nicht die Lösung, die wir suchen sollten, sondern gemeinsame europäische Standards, Mindeststandards, die dann Vielfalt zulassen. Wir sollten in Europa auch nicht als Lehrmeister auftreten, auch das will ich deutlich sagen.

(Christopher Vogt [FDP]: Vor allem nicht als Zuchtmeister!)

Aber wir werden - lassen sie mich diesen Gedanken sehr ernst formulieren - den Menschen auch sagen müssen: Die Tatsache, dass wir in Wohlstand und Frieden leben, und zwar in einem Ausmaß, das im Vergleich zu unseren Vorfahren und auch zu vielen Teilen der Welt paradiesisch ist, heißt auch: Wir müssen lernen zu teilen. Auf Dauer wird unser Wohlstand nicht mit der Armut großer Teile der Welt erkaufte werden können. Auch das müssen wir verstehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Übrigens: Glück ist das Einzige, was sich verdoppelt, wenn man es teilt. Deswegen ist dieses Teilen nichts, was wir fürchten müssen, sondern etwas, von dem ich meine, dass es eine Erweiterung für uns sein kann.

Schließen will ich einmal mehr mit einem Satz, der für alle gilt, ob sie hierbleiben können oder nicht. Ich meine das wirklich in allem Ernst, wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, nicht die Flüchtlinge. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Das ist der erste Satz in unserer Verfassung, und er gilt für alle Menschen. Daran sollten wir immer denken. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir erleben im Moment, dass Fernsehbilder und **Bilder in Zeitungen** Politik machen: das Bild des kleinen Aylan, eines dreijährigen syrischen Flüchtlingskindes, dessen Eltern keinen anderen Ausweg sahen, als über das Mittelmeer zu fliehen, das einen britischen Premierminister zum Kurswechsel bewog; die Bilder am Budapester Hauptbahnhof, die eine Kanzlerin mit sonst eher kühlem Kopf zu einer weitreichenden Entscheidung veranlassten, und die Bilder von jubelnden Deutschen in München und von hasserfüllten Deutschen in Heidenau.

Lieber Herr Günther, wenn wir die Bilder in München und Bayern sehen, dann habe ich nicht gehört, auch nicht auf dieser Seite des Parlaments, dass irgendjemand die Menschen dort vor Ort, die Bayern, kritisiert hat. Kritisiert werden die CSU und die Bilder, die von dort über den Ticker laufen und von dort geschürt werden. Das ist zu kritisieren. Das ist aber etwas völlig anderes als die Menschen zurzeit in Bayern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Bleiben wir bei Bildern. Es tut mir leid, Ihre Rede passt auch nicht zu dem Bild, das viele Menschen im Moment von Schleswig-Holstein haben, zu dem Bild, das wir vor Ort sehen. Dort wird eine viel größere Bereitschaft gezeigt, sich der Herausforderung zu stellen, als von Ihnen in Ihrer Rede vorgetragen wurde.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ja, meine Damen und Herren, wir stehen vor der schwierigen Herausforderung, trotz der emotionalen Bilder eine Flüchtlingspolitik mit **Herz und Verstand** zu machen. Unser Verstand kann die Zahlen der Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen, kaum ermessen. Wir zweifeln natürlich: Wie lange können die Helfenden durchhalten, ohne die im Moment gar nichts geht? Wie können wir ausreichend Bildungs- und Qualifizierungsangebote schaffen? Wie schaffen wir genügend Wohnraum? Wie bringen wir die unterschiedlichen Kulturen zusammen? Das alles ist natürlich auch nicht nur eine

(Eka von Kalben)

Frage des Geldes, sondern wirklich faktisch eine Frage von Mensch und Raum, der nicht zur Verfügung steht. Unser Herz oder unsere Emotion müssen zwar die Richtung vorgeben, aber unser Verstand muss die Lösungen schaffen. Deshalb war die Entscheidung von Angela Merkel, ihrem Land ein freundliches Gesicht zu geben, so richtig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deswegen ist der Vorwurf, die Deutschen wären zu einem „Hippiestaat“ mutiert, der frei und naiv nur seinem Herzen folgt und die Türen öffnet, total daneben. Dieser Vorwurf, Herr Günther, ist aus Ihrer Rede rübergekommen. Ich sage Ihnen: Frau Merkel wäre Ihre Rede heute peinlich gewesen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Meine Damen und Herren, viele der nun anstehenden Entscheidungen müssen auf **europäischer Ebene** getroffen werden. Lieber Herr Günther, sie sagen in den „KN“ von letzter Woche, dass Asylsuchende in Europa kein Wahlrecht hätten, wo sie leben wollen. Das stimmt. Aber wir sehen doch mit eigenen Augen in diesen Tagen die Ehefrau mit der kleinen Tochter, die im Zug sitzt und in Dänemark nicht aussteigen darf. Der Vater, der schon ein paar Jahre vorher nach Schweden geflüchtet ist, wartet dort, um seine Familie in Empfang zu nehmen. Das heißt, die Flüchtlinge stimmen mit den Füßen ab, wo sie leben wollen. Sie warten nicht darauf, dass das erst ordnungsgemäß im **Dublin-Verfahren** abgeschlossen und eine Familienzusammenführung nach Jahren ermöglicht wird.

Wenn Sie, Herr Günter, monieren, es gebe kein Recht für Flüchtlinge, das Zielland frei zu wählen, dann hört sich das ein bisschen so an wie ein „Dublin-Urlaubskatalog“ oder ein Wunsch-dir-was. Aber darum geht es eben nicht. Dass das Dublin-Verfahren gescheitert ist, kann jeder sehen, der sich eine Stunde an den Bahnhof in Flensburg, in Hamburg oder in Kiel an die Fähre stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Obwohl dazu, ehrlich gesagt, auch schon das regelmäßige Sehen der Tagesschau der vergangenen Monate und Jahre mit den Bildern aus Griechenland, Italien, Ungarn und jetzt auch Kroatien gereicht hätte.

Wir müssen Dublin durch ein gerechtes System der **Solidarität** und **gemeinsamen Verantwortung** ersetzen. Ausgangspunkt muss vermutlich eine quo-

tierte **Verteilung** sein. Wo es möglich ist, müssen die Wünsche und Bedürfnisse der Menschen bei der Wahl ihres Ziellandes Berücksichtigung finden. Davon kann man überzeugt sein, weil es einem das Herz einflüstert. Davon kann man aber auch überzeugt sein, weil die Integrationschancen dadurch gesteigert werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es erhöht die Chance, die Sprache zu lernen. Es erhöht die Vernetzung in bestehenden Strukturen. Angehörige können bei der Vermittlung zu Ämtern, Jobs und gesellschaftlichen Kontakten helfen. Es ist also nicht nur eine emotionale Entscheidung, sondern es ist eine vollkommen rationale Entscheidung, Familien zusammen leben zu lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, die Herausforderung der Flüchtlingspolitik ist die **nationale Aufgabe in diesem Jahrzehnt**. Wir werden daran gemessen werden, mit wie viel Mut wir ihr begegnen. Das gilt nicht nur für den Staat. Das gilt auch für die Bevölkerung.

Eine echte Graswurzelbewegung zeigt in diesen Tagen, was Deutschland drauf hat. Organisation, Fürsorge, Gesicht zeigen - den zahllosen **Ehrenamtlichen**, die sich an den Bahnhöfen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen, in Kommunen und Kirchen engagieren, gilt mein ausdrücklicher Dank. Auf der Tribüne sitzen gerade einige derer, die zum Beispiel in Flensburg Tag und Nacht Großartiges geleistet haben. - Herzlichen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Ihre Tatkraft ist unser Ansporn. Trotzdem ist uns klar, dass wir diese Last nicht dauerhaft auf den Schultern der Ehrenamtlichen ruhen lassen können. Wir müssen nachlegen, und zwar bei der medizinischen Versorgung, in Kindergärten, in Schulen, bei Sprachkursen, bei Arbeitsplätzen und Ausbildung und natürlich beim Wohnungsbau. Auch in der Verwaltung in Land und Kommunen leisten Hauptamtliche in diesen Tagen unbezahlte und unbezahlbare Arbeit.

Unser Innenministerium muss sich im Ländervergleich nicht hinten anstellen. Herr Studt und Frau Salawinka an der Spitze, aber auch das gesamte Team leisten im Moment Großartiges, und dem gilt unser ganz herzlicher Dank.

(Eka von Kalben)

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Problem ist natürlich, dass im Moment sämtliche Man- und Womanpower in der Verwaltung nur dafür draufgeht, Betten, ein Dach über dem Kopf und eine Erstversorgung zu organisieren. Das System Erstaufnahme ist auf Kante genäht. Wir können nur alle - Flüchtlinge, Ehrenamtliche, bezahlte Kräfte und nicht zuletzt uns selbst - um Ruhe und Geduld bitten, damit wir in dieser schwierigen Phase zusammenhalten.

Wir werden sehen, inwieweit die geplanten **Verteilzentren** beziehungsweise Erstaufnahmeeinrichtungen **des Bundes** eine Entlastung bringen. Diese Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes werden aber nicht irgendwo auf dem Mond angesiedelt werden. Sie werden in den Bundesländern sein. Sie werden in der Nähe von Kommunen sein. Das heißt, diejenigen, die sich in den Bundeserstaufnahmeeinrichtungen engagieren, sind dieselben Menschen, die jetzt in Boostedt, in Seeth und sonstwo helfen. Das heißt, es wird immer auf dieselben Menschen, auf dasselbe Rote Kreuz, auf dieselbe Polizei und natürlich die Ehrenamtlichen zurückfallen. Die gleichen Menschen, die jetzt Klamotten, Essen und Ansprache in den Landeserstaufnahmeeinrichtungen organisieren, werden das auch in Erstaufnahmeeinrichtungen des Bundes tun.

Meine Damen und Herren, die richtige Herausforderung stellt sich für die Dörfer und Städte. Deshalb ist es glasklar, dass die **Kommunen** Entlastung brauchen. Es ist gut, dass der Ministerpräsident ein Landesgesetz zur **Entbürokratisierung** angekündigt hat.

Man hat manchmal das Gefühl, die Gesellschaft geht voran, plant und organisiert alle möglichen Dinge, auch in wunderbarer Weise ohne Regelungen, ohne Vorschriften, manchmal auch ohne Systematik, worauf sich auch ein tolles System entwickelt. Dann stößt man aber immer wieder an Grenzen, an sehr bewusst arbeitende Beamtinnen und Beamte. Ich darf das sagen, weil ich selbst Verwaltungsbeamtin bin. Diese halten sich an Gesetze und sagen: Wir können nicht anders.

Ich glaube - Herr Ministerpräsident, das habe ich auch Ihrer heutigen Rede entnommen -, dass ein Ruck durchs Land geht, ein Ruck, sodass jeder Bürgermeister, jeder Ehrenamtliche in dem Moment, in dem er an eine Grenze stößt, in dem er an einen Stolperstein stößt, sagt: Das ist so nicht gewollt. Wir wollen jetzt handeln. - Ich fordere Sie auf,

wenn das nicht klappt, dann melden Sie sich beim Ministerpräsidenten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Es ist gut, dass der Bund mit den Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden über den Abbau von Bürokratie redet, über schnelleres Bauen, bessere Arbeitsintegration und auch über Änderungen bei Asylverfahren.

Leider sind viele der Vorschläge, die jetzt auf dem Tisch liegen, immer noch vergiftet von dem Ziel der Abschottungspolitik und der Ressentiments. Ja, es wird Probleme geben, und es wird nicht leicht werden. Wir können resignieren und Angst schüren, oder wir können anpacken und handeln.

Herr Günther, es ist schade, dass Sie den Raum vor Ende der Debatte verlassen haben. Trotzdem möchte ich Ihnen sagen, Herr Günther: Kein Mensch blendet Realitäten aus, aber Sie blenden die Lösungen aus. Das ist das Problem.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Er hat die Lösungen doch genannt!)

Ohne eine **schnellere Bearbeitung** der **Asylanträge** wird es nicht gehen. Da mag es Gemeinsamkeiten geben, liebe CDU. Aber auf das vergiftete Angebot, dass wir zum Beispiel von Ihrem Landesvorsitzenden bekommen haben, können wir gern verzichten. Die Hand ausstrecken und die andere Hand schon als geballte Faust in der Hosentasche zu tragen, das ist doch wirklich sehr durchsichtig.

Es liegt doch wohl auf der Hand, dass die Einführung von Sachleistungen oder die Aufnahme von Menschen separiert nach Ethnien von uns nicht unterstützt wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ebenso lehnen wir weiterhin ab, Flüchtlinge als Verbrecher in Abschiebehaft oder in den Knast zu sperren.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Ansichten zur Flüchtlingspolitik sind immer noch meilenweit auseinander. Wir sprechen auch nicht dieselbe Sprache. Das hat Ihre Rede heute deutlicher gemacht als jede PR zuvor.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

(Eka von Kalben)

Meine Damen und Herren, eine echte Verfahrenserleichterung für das Bundesamt würde die **pauschale Anerkennung** von Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak und Eritrea mit sich bringen. Stattdessen wird medienwirksam und stammtischgerecht zum hundertsten Mal die Mär der **sicheren Herkunftsstaaten** durch das Dorf gejagt. Die Wirksamkeit dieses Mechanismus ist hoch fragwürdig. Eine erwiesene Erleichterung bringt das nicht. Wir führen in diesem Punkt eine Scheindebatte und verlieren den Blick für wirklich wirksame Lösungen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Beispiel wird nach drei Jahren jeder Asylantrag überprüft, ob er nicht widerrufen werden kann. Die Streichung dieser sinnlosen Aufgabe würde eine Menge Kapazitäten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge freischaufeln. Leider findet dieser Vorschlag bislang keine ausreichende Würdigung.

Ebenso bedauerlich ist es, dass der **Europäische Gipfel** auch bei der Dublin-Vereinbarung keinen Schritt weiter gegangen ist. Dabei bindet auch dieser elende und bürokratische Verschiebebahnhof Ressourcen. Meine Damen und Herren, stattdessen wurde auf europäischer Ebene der Beschluss zu den sicheren Herkunftsstaaten dingfest gemacht. Es wird sehr schwer werden, diese Entscheidung aufzuhalten.

Als Grüne begeben wir uns damit auf sehr dünnes Eis. Für uns wird das Gesamtpaket entscheidend sein. Dazu gehören legale Einwanderungswege, sichere Fluchtmöglichkeiten, die Abschaffung der Vorrangprüfung bei der Arbeitsaufnahme

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

sowie die Möglichkeit, mit abgesichertem Aufenthalt Praktikum und Ausbildung in Deutschland zu absolvieren. Aber den kompletten Rollback in der Flüchtlingspolitik, der gerade auf Bundesebene im Schweinsgalopp vorbereitet wird, werden wir nicht mitmachen. Wir Grünen werden sehr genau prüfen, welches Gesamtpaket in den Verhandlungen vorgelegt werden wird.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wir sehen und verstehen die Not der Bürgermeister, der Ehrenamtlichen, der Polizei, der Lehrer, der Erzieher und vieler Bürger. Ich verstehe die Sorge, dass es zu viel werden könnte. Wir werden aber nicht dafür die Rechte von Asylbewerbern beliebig zur Disposition stellen. Wir stellen uns der Heraus-

forderung, auch Kompromisse einzugehen, die nicht die reine grüne Lehre sind. Aber das, was das Bundesinnenministerium erarbeitet hat, ist kein **Asylkompromiss**, das ist eine Asylkatastrophe.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nun zu Ihrem Vorschlag, Frau Beer. Statt der sicheren Herkunftsstaaten eine **Liste unsicherer Herkunftsstaaten** einzuführen, das hört sich erst einmal plausibel an.

Auf den zweiten Blick entpuppt es sich aber als ein nahezu gefährlicher Vorschlag. Wir sollten uns hüten, in einem Klippklapp von Länderlisten zu enden. Denn: Ist dann nicht jedes Land, das als nicht unsicher definiert wurde, vermeintlich ein sicheres Land? Das entspricht nicht unserer Vorstellung von einem **individuellen Recht auf Asyl**. Insofern können wir über diesen Vorschlag diskutieren, aber ich halte ihn nicht für zielführend.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich stimme Ihnen in Ihrem Ziel völlig zu: Wir brauchen erleichterte Verfahren für diejenigen Länder, deren Anerkennungsquoten überragend hoch sind. Denn auch Menschen in diesen Ländern warten fast ein ganzes Jahr auf ihre Anerkennung. Auch Resettlement und Aufnahme ganzer Kontingente außerhalb des Asylverfahrens schaffen sinnvolle Erleichterungen für die Menschen im Bundesamt, die täglich schwere Entscheidungen treffen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dudda?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dudda, bitte.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Ich kann verstehen, dass Sie unseren Antrag als „Klippklapp“ verurteilen. Ich möchte Sie aber vor dem Hintergrund, dass wir vor fast zwei Jahren gemeinsam in Mazedonien und in Rumänien waren, an den Abend in Skopje erinnern. Wir haben dort festgestellt, was sicher und was unsicher ist. Wir haben dort gesehen, dass 48.000 Menschen teilweise ohne Wasser und Strom unter furchtbaren Voraus-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

setzungen leben, nur weil sie Sinti oder Roma sind. Das ist nicht erträglich.

Vor dem Hintergrund lautet meine Frage: Ist das, was wir jetzt haben, nicht auch schon Klippklapp, dass wir nämlich beurteilen, dass ein Land wie Mazedonien, Platz 99 beim Bruttoinlandsprodukt, tatsächlich als sicheres Herkunftsland eingestuft wird, obwohl Roma nicht die Chance haben, zur Schule zu gehen?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, Herr Dudda, das ist auch ein falsches System. Wir haben nie einen Hehl daraus gemacht, dass wir das System der sicheren Herkunftsstaaten falsch finden. Ich glaube nur, dass Ihr Vorschlag, stattdessen ein System der unsicheren Herkunftsstaaten einzuführen, nicht zielführend ist, auch wenn ich verstehe, was dahinter steht: schnellere Anerkennung für bestimmte Länder. Wir haben schon gesagt, dass wir dieses Ziel teilen. Ich glaube, dass der Vorschlag, eine solche Liste anzulegen, nicht zielführend ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Meine Damen und Herren, wir brauchen noch viel mehr. Wir brauchen ein **Einwanderungsgesetz**, das den legalen Zugang in den Arbeitsmarkt flexibel und großzügig ermöglicht. Wir brauchen legale Fluchtwege, damit die Menschen sich nicht in Boote zwängen oder unter Lkw hängen müssen, um vor Bomben, Verfolgung und Diskriminierung zu fliehen. Und wir müssen uns über Friedenspolitik und Entwicklungspolitik unterhalten und unseren Beitrag dazu leisten. All das sind Dinge, die wir jetzt angehen müssen, die aber denjenigen, die jetzt auf dem Weg sind, nicht helfen.

Insofern ist es völlig richtig, dass wir auf diese Perspektive hinweisen und dass wir uns immer wieder sagen: die **Fluchtursachen** müssen bekämpft werden. Denn natürlich wissen Sie alle nicht, was in den kommenden Jahren auf uns zukommt und wie das zu lösen sein soll. Das teile ich komplett. Aber es hilft ja nichts. Es hilft uns nichts, das Angstbild jetzt zu zeichnen; das hilft uns nicht weiter. Wir müssen es angehen, und wir müssen es benennen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja, genau!)

Denn sonst passiert nämlich nichts; das ist richtig. Ich finde es auch richtig, das zu benennen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Ja!)

Aber es darf nicht dazu führen, dass wir uns nur noch sozusagen verdrücken vor Angst unter dem Tisch verstecken, sondern wir müssen es benennen, damit da etwas passiert. Das muss auch dringend gefordert werden.

Die ersten Schritte auf europäischer Ebene scheinen angeleiert zu sein. Ich bin überhaupt nicht dafür wegzuschauen, aber das darf nicht dazu führen, dass wir die anderen Dinge nicht tun.

Einige Worte zu den **Erstaufnahmeeinrichtungen**: Mittlerweile schießen die Unterkünfte wie Pilze aus dem Boden. Das ist vor dem anstehenden Herbst und Winter auch dringend notwendig. Ich danke all denjenigen Kommunen, die so tatkräftig und pragmatisch an unserer Seite stehen und das vor Ort Menschenmögliche leisten, damit Erstaufnahmeeinrichtungen über Nacht oder vor der Planung eröffnet oder erweitert werden können. Einige sind genannt worden; es ist immer schwierig, den einen Bürgermeister hervorzuheben und den anderen nicht. Es ist in der Summe so: Selbst wenn die Menschen vor Ort es erst erfahren haben, als die Container schon auf den Platz gestellt wurden, haben wir immer noch eine unglaublich große Solidarität von den Leuten vor Ort erfahren. Dafür können wir dankbar hoch zehn sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Angesichts der Zahlen, die wir jeden Tag neu erfahren, können wir nur hinterherlaufen und uns im Hier und Jetzt auf das Notwendige, das unmittelbar Erforderliche, beschränken.

Werte **FDP**, in der Frage scheint mir Ihr **Antrag** noch nicht richtig in der Realität angekommen zu sein. Wenn Sie sagen, Sie wollten jetzt für den Aufbau der Erstaufnahmeeinrichtungen nachvollziehbare Kriterien und ein geordnetes Verfahren, entgegengehe ich: Schön wär's.

Das Konzept könnte ich Ihnen hier in drei Sätzen beschreiben. Erstens: Wir brauchen egal welchen Standort. Zweitens: Wir brauchen so viele Betten wie möglich. Und drittens: Wir brauchen die Betten so schnell wie möglich. Das muss Ihnen die Landesregierung nicht extra aufschreiben. Jetzt ist nicht die Zeit für Pläne und Konzepte, jetzt ist die Zeit zum Handeln.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Und diese Landesregierung tut genau das: Sie handelt.

(Eka von Kalben)

Ihr Berichts Antrag ist im Übrigen gut und schön. Ich finde es auch richtig, dass hier über den Sachstand berichtet wird. Ich glaube nur: Wenn wir einen schriftlichen Bericht bekommen, wird er vermutlich so zweckfrei wie ein Bericht über den Wasserstand bei einem Elbhochwasser sein. Wenn uns der Bericht vorliegt und die Zahlen weiter gestiegen sind, wird der Bericht nicht das Papier wert sein, auf das er geschrieben ist, hat aber unter Umständen Menschen davon abgehalten, sich um Betten zu kümmern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Abschluss noch einmal auf die **Macht der Bilder** zurück. Die Bilder können unser Handeln beeinflussen, nicht nur das des Premierministers von England oder das von Frau Merkel, sondern die Macht der Bilder kann auch die Gesellschaft beeinflussen. Sie kann uns Angst machen vor dem Erstarken des Fremdenhasses und uns dazu bringen, Symbolpolitik zu betreiben, die den rechten Mob beruhigt. Sie kann uns aber auch Mut machen, wenn wir sehen, dass die Gesellschaft schon drei Schritte weiter als die Politik ist und den Zuzug als Chance für unser Land sieht, wie zum Beispiel auch der Chef von Daimler gesagt hat.

Lassen Sie uns also in unseren Worten und Taten die richtige Balance finden, um einerseits die Probleme anzusprechen und sie nicht verniedlichen, wo sie vorliegen, und andererseits aufzuzeigen, was wir tun werden, um Lösungen zu finden. Es liegt nämlich aus meiner Sicht sehr viel an uns, an unseren Entscheidungen, aber auch unseren Worten, ob das Land die Flüchtlinge als eine Bedrohung oder als eine Chance wahrnimmt. Von dieser Stimmung wird wiederum am Ende abhängen, ob die Flüchtlingskrise ein Einwanderungserfolg wird oder nicht.

Wir haben es in der Hand, ob die Skepsis der Bürokratie oder der Zeitgeist des Anpackens siegt. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler der Freiherr-vom-Stein-Schule Oldenburg und die Paritätischen Freiwilligendienste in Kiel mit Bundesfreiwilligendienstleistenden. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag! - Sie

sind dabei, schon wieder hinauszugehen, aber das wollte ich Ihnen noch sagen.

(Beifall)

Wir fahren fort in der Rednerliste. Jetzt hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde in dieser Debatte um Flüchtlinge - lieber Herr Kollege Stegner, das wissen Sie - darum bitten, dass wir davon Abstand nehmen, selbst die Frage zu klären, wer von uns der bessere Mensch ist.

(Beifall FDP und CDU)

Ich würde auch dringend darum bitten - er weiß, was ich meine; ich komme darauf gleich zurück -, Aussagen von einzelnen Politikern, die man so oder so bewerten kann, jetzt nicht zum Maßstab dafür zu machen, ob man in der Flüchtlings- und Integrationspolitik auf dem richtigen oder auf dem falschen Weg ist.

Ich fand die Erklärung von Herrn Seehofer, man würde bis zur letzten Patrone um bestimmte Standards oder Nichtstandards kämpfen, unangemessen, genauso wie Sie. Wahrscheinlich hat er „bis zum letzten Atemzug“ gemeint, dann ist ihm aber eingefallen, dass das eine bestimmte Tradition hat, und ihm fiel nur „Patrone“ ein.

Ich werfe der SPD oder Ihnen auch nicht vor, dass Ihr Duisburger Oberbürgermeister eigentlich einen menschenverachtenden Satz gesprochen hat, der lautet, ihm wären ein paar mehr Syrier lieber, wenn er damit Osteuropäer zurückschicken könnte. Damit waren Sinti und Roma gemeint.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Ja!)

Wenn wir schon so miteinander umgehen, müssen wir feststellen, dass da offensichtlich Gedanken oder Überlegungen unabhängig von der Parteizugehörigkeit bei allen vorhanden sind. Ich komme darauf noch einmal zurück, weil ich zum ersten Mal in meinem politischen Leben - das will ich bekennen; ich bin 25 Jahre in Parlamenten - nicht nur Sorge, sondern Furcht habe, und zwar keine Furcht vor Flüchtlingen oder vor Menschen, die zu uns kommen, sondern Furcht vor der Größe der Aufgabe, vor der wir stehen, sowie Furcht davor, dass wir das nicht bewältigen können.

Furcht ist nicht nur etwas Schlechtes. Furcht setzt auch Kräfte frei, um nicht nur damit umzugehen,

(Wolfgang Kubicki)

sondern auch mehr zu tun, als man eigentlich sonst tun kann.

So lese ich heute, dass beispielsweise die Polizeibeamten ihren Dienst über die Arbeitszeitordnung hinaus leisten, was der Arbeitgeber eigentlich gar nicht zulassen dürfte. Kollege Klug war unterwegs und sagte, es gibt Leute in den Einrichtungen, die um 7 Uhr morgens anfangen und um 23 Uhr völlig geschlaucht nach Hause gehen, was gegen die Arbeitszeitordnung verstößt und was wir eigentlich gar nicht zulassen dürften. Wir müssen dankbar sein für dieses Engagement, das auch daraus resultiert, dass Menschen das Gefühl haben: Wenn wir jetzt nicht anpacken, dann wird uns das Problem überrollen, und das wollen wir nicht.

(Beifall FDP, CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch darauf komme ich noch einmal zurück: Bei aller Freude über das große ehrenamtliche Engagement und die Bereitschaft von Menschen, sich einzusetzen, dürfen wir nicht vergessen, dass es auch ein Teil staatlichen Versagens ist. Dass so viele Menschen auf uns zukommen - deutschlandweit, europaweit, in Schleswig-Holstein -, war uns allen bekannt. Wir haben 2013 einen gemeinsamen Beschluss gefasst, mit dem wir dies gemeinsam schon festgestellt haben. Wenn wir heute im Notfall-Modus sind - ich will das gar nicht kritisieren -, müssen wir auch anerkennen, dass in den letzten zwei Jahren in diesem Bereich auch bei uns wahrscheinlich zu wenig getan worden ist, um die Situation ordentlich zu bewältigen, und zwar ohne jeden Angriff auf irgendjemanden.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage einmal: Die Menschen in unserem Land haben auch Sorgen, haben auch Furcht. Vielleicht einmal ein Appell an die Grünen, die auch bei uns im Parlament sitzen: Wenn die Grünen und LINKEN heute in Lübeck fordern, dass **Wohnungen beschlagnahmt** werden sollten, dann wirken sie dieser Sorge und Furcht nicht entgegen, sondern sie verstärken sie. Ich halte das für so was von kontraproduktiv,

(Beifall FDP und CDU)

dass ich nur sagen kann: Kommen Sie schnell davon runter; denn die Menschen haben sonst das Gefühl, dass der Rechtsstaat in Gefahr ist und sie mit Dingen konfrontiert werden, von denen sie in ihrem Leben nie geglaubt haben, dass das auf deutschem Boden noch einmal passieren kann.

Flüchtlingshilfe ist nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, eine völkerrechtliche Verpflichtung, eine verfassungsrechtliche Verpflichtung, sondern ist ein Gebot der Humanität, und Humanität ist nicht abhängig von der Höhe der **Kosten**. Die Kostenfrage ist, wie ich finde, nachrangig.

(Beifall FDP, CDU und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Kubicki, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Peters?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich nehme gern, wenn die Uhr angehalten wird, Herr Präsident, die Frage entgegen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das machen wir gerne.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Kollege Kubicki, ist Ihnen bekannt, dass der Vorschlag der Grünen in Lübeck sich nicht auf **Wohnungen** bezog, sondern auf leerstehende **Bürogebäude**?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Erstens ist mir das nicht bekannt. Zweitens ist es unrichtig. Der Vorschlag der Grünen und der Linken zielt auf Wohnraum ab; denn ich kann Ihnen sagen, dass Sie in leerstehenden Bürogebäuden interessanterweise wegen der Baulichkeiten keine Wohnungen einrichten können, in denen Sie Menschen längere Zeit unterbringen, was Sie übrigens auch gar nicht dürften.

Momentan verstoßen wir wegen der **Notlage** gegen so viele Regelungen und so viele Gesetze, dass man sich schon fragen muss, was denn umgesetzt werden müsste, um die Regelungen wieder durchzusetzen. Also, man muss schon fragen: Rechtfertigt die Situation schlicht und ergreifend die Aufhebung der Geltung von Recht und Gesetz?

Frau von Kalben hat gesagt, wir müssten einfach einmal handeln. Stimmt! Wir müssen uns aber darüber klar sein, dass wir auch erklären müssen, warum und wie lange wir bereit sind, die rechtlichen Regelungen, die in Deutschland 40, 50 Jahre gegolten haben, für diesen Übergangszeitraum auszusetzen und warum Deutsche, die nicht Flüchtlinge sind, urplötzlich akzeptieren sollen, dass sie sich, was ihre Bedürfnisse angeht, an Regelungen halten müssen. Ich warne davor, einfach so zu tun,

(Wolfgang Kubicki)

als dürften wir aus großer Mitmenschlichkeit jetzt den **Rechtsstaat aufheben**. Das wird uns im Zweifel nicht weiterbringen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zusatzbemerkung oder -frage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Ihnen auch bekannt, dass einer der ersten, der in der Bundesrepublik einen derartigen Vorschlag in die Welt gebracht hat, der CDU-Bürgermeister von Salzgitter war?

- Das macht die Sache ja nicht besser, dass es ein CDU-Bürgermeister war, der einen solchen Vorschlag unterbreitet hat. Wollen Sie mir damit sagen, dass ein solcher Vorschlag, wenn er aus der CDU kommt und von den Grünen unseligerweise übernommen wird, dadurch zu einem sinnvollen Vorschlag wird? Das hilft uns jetzt auch nicht weiter, Herr Kollege Peters.

Herr Ministerpräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen nicht die **Mühen und Konflikte** ausklammern, die mit der Aufnahme von Flüchtlingen in dieser Größenordnung verbunden sind. Wir haben ein **Mengen- und ein Zeitproblem**; darauf komme ich nachher noch einmal zurück. Wenn wir uns mit diesen Problemen beschäftigen, sie analysieren und auch den Eindruck erwecken, wir könnten sie lösen, nur dann wird die Akzeptanz in der Bevölkerung erhalten bleiben, mit den Flüchtlingen, die in dieser Größenordnung zu uns kommen, auch vernünftig umzugehen.

Es ist deshalb gefährlich, wenn wir aus Furcht, die Stimmung könnte kippen, der **Realität** den Rücken kehren, anstatt ihr ins Auge zu sehen. Herr Dr. Stegner, wir sind uns darüber einig: Wenn wir das nicht debattieren, wenn wir glauben, wir müssten etwas verschweigen, weil es ansonsten gegen die Flüchtlinge oder gegen die Immigranten gerichtet sein wird, dann bereiten wir den Nährboden für die Rechtsradikalen und für Rechtspopulisten, weil die Menschen nicht mehr das Gefühl haben, dass wir ihre Sorgen ernst nehmen.

(Beifall FDP und CDU)

Wenn unsere Flüchtlingspolitik glaubhaft sein soll, müssen wir auch den Mut haben, die Konflikte zwischen unserer Moral und unseren Interessen zu be-

nennen. Herr Ministerpräsident, Ihre Aufgabe wäre es entsprechend gewesen, nicht die Bürger rhetorisch warmzuhalten, sondern die Sorgen und Ängste der Bevölkerung aufzugreifen und sich ihrer anzunehmen.

Ihre Rede hat mich ein bisschen an einen Beitrag erinnert, den ich vor 14 Tagen in der „Wirtschaftswoche“ gelesen habe, und zwar - das möchte ich wirklich allen sehr empfehlen - ein Beitrag von Serdar Somuncu in der Klatschspalte „Das ist so typisch Deutsch“ mit der Überschrift:

„Die Anteilnahme mit Flüchtlingen artet in ein Selbstdarstellungsspektakel aus ... lächerlich.“

Er beschreibt ganz genau, dass bei vielen Deutschen mittlerweile das Gefühl entsteht, dass sie es zur Selbstdarstellung nutzen, statt sich um die Probleme zu kümmern, die im Verhältnis zwischen Deutschen und Flüchtlingen und bei Flüchtlingen untereinander vorherrschen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unverschämtheit, so was den Leuten vor Ort mitzugeben!)

- Ich habe den Ministerpräsidenten gerade gemeint. Seine Rede war nichts anderes als eine Selbstbeweihräucherung, ohne sich mit der Frage zu beschäftigen, wie wir mit den Problemen fertig werden. Das ist der Hintergrund.

(Beifall FDP und CDU)

Zuwanderung wird nicht all unsere Probleme lösen, sondern auch neue schaffen. Flüchtlinge tragen nicht nur zur kulturellen Vielfalt bei, sie bringen auch ihre Konflikte und Weltanschauungen mit. Wir erleben es doch, wenn wir ernsthaft sind, schon bei denen, die bei uns sind, dass Konflikte aus den Heimatländern auf unserem Boden ausgetragen werden, beispielsweise zwischen Kurden und türkischen Gemeinden in Deutschland, in Hamburg beispielsweise, wo mehrere hundert Leute mit Knüppeln und Steinen und was auch immer aufeinander losgegangen sind und die deutsche Polizei sie trennen musste.

Natürlich hat die Entwicklung in den letzten Wochen zu einer Notsituation geführt, die ein gewisses Maß an administrativer Überforderung entschuldigt. Wahr ist aber auch, dass wir heute schon viel weiter sein könnten. Bereits im September 2013 wurde die Landesregierung mit einstimmigem Landtagsbeschluss aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen ein **Unterbringungs- und Betreuungskonzept** zu entwickeln - 2013! Es verging ein

(Wolfgang Kubicki)

ganzes Jahr, bevor sich der Innenminister - damals noch Herr Breitner - überhaupt der Sache angenommen hat. Innenminister Studt hat bis heute noch kein funktionsfähiges Erstaufnahmekonzept vorgelegt.

Wir suchen überall händeringend nach Baulichkeiten, nach Einrichtungen, wo wir unterbringen könnten. Das ist das Gegenteil von einem Konzept. Das ist schlicht und ergreifend ein Zugreifen auf das, was da ist, ohne die Frage zu stellen, ob es im Zweifel auch sinnvoll ist. Wir hatten einmal die Diskussion, dass Flüchtlinge zunächst nur in Zentren, also in den Städten untergebracht werden sollen, damit sie angebunden sind. Jetzt schleppen wir sie quer durchs Land, auch in Einrichtungen, von denen wir es früher nie für möglich gehalten hätten, dass das Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge sein könnten, die bei uns ankommen.

(Beifall FDP)

Gesundheitsministerin Alheit hat die Organisation der **ärztlichen Erstaufnahmeuntersuchungen** nicht im Griff. Mit Schreiben vom 26. August dieses Jahres hat der Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg Ministerin Alheit auf die Zustände hingewiesen und klargestellt, dass ihrem Ministerium dieses Problem schon seit dem 28. Oktober 2014 bekannt sei. Getan, so Landrat Mager, habe sich seitdem kaum etwas. Sie lassen die Kommunen und Kreise allein in einer Situation, in der beispielsweise Kinder aus Flüchtlingsfamilien nicht in die Kitas hineingebracht werden können, weil nicht festgestellt werden kann, ob die entsprechenden Impfungen vorgenommen worden sind. Das ist etwas, was gegen die Integration läuft. Ich beschreibe das jetzt nur. Es ist nicht alles Gold, was bei Ihnen in Ihrer Rede glänzen sollte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, inzwischen rechnet Innenminister Studt mit 35.000 Flüchtlingen im Jahr 2015. Wir rechnen bundesweit im nächsten Jahr mit der gleichen Größenordnung, wie ich gehört habe. Dabei ist es dem Innenminister durchaus anzurechnen, dass er schon lange mit mehr Flüchtlingen gerechnet hat als der Bund. Wenn er den Ansturm aber hat kommen sehen, muss die Frage erlaubt sein, warum nicht entsprechende Vorbereitungen getroffen worden sind. Es wirkt jedenfalls hilflos.

(Beifall FDP und CDU)

Es wirkt jedenfalls hilflos, wenn er nun in der „sh:z“ vom 15. September 2015 bei einem Besuch der Erstaufnahmeeinrichtungen in Neumünster einräumt - ich zitiere -:

„Schön ist die Lage hier nicht.“

Was für ein Zitat: Schön ist die Lage nicht!

Die Verlierer dieser Verfehlungen sind in erster Linie die Flüchtlinge. Aber auch die **Kommunen** leiden unter diesen Bedingungen. Bis heute sind etwa 10.700 Flüchtlinge aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in die Kreise und kreisfreien Städte weitergeleitet worden. Bis Mitte September müssen die Kommunen für weitere 1.400 Asylsuchende Quartiere suchen.

Wollen wir die große Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft bewahren, müssen wir die Gemeinden und Kreise ertüchtigen, ihre vorhandene soziale Infrastruktur zu erhalten. Wenn Mehrzweckhallen, Jugendzentren und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen werden müssen, weil die Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen die Kommunen überfordern, dann beginnt eine nicht zu gewinnende Abwärtsdiskussion zulasten der Akzeptanz. Deshalb stimme ich ausdrücklich zu, dass unser **Appell an den Bund** gehen muss - es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe -, hier dafür Sorge zu tragen, dass die Kosten der Flüchtlingsunterbringung vom Bund komplett finanziert werden.

(Beifall FDP, CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gibt es bereits Entlastungsmöglichkeiten, die schon unlängst hätten genutzt werden können: Ausweitung der **Liste der sicheren Herkunftsländer**. Richtig ist, die Zahl der Asylanträge aus den Ländern, die zu sicheren Herkunftsstaaten - Serbien, Mazedonien, Bosnien - erklärt wurden, ist im Jahr 2015 durchschnittlich um 23 % gestiegen. Die Steigerung ist aber deutlich niedriger als aus den übrigen Westbalkanstaaten. Die Zahl der Erstanträge aus Albanien hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 466 %, die aus dem Kosovo sogar um 1.420 % erhöht. Wenn Minister Habeck also erklärt, in der Realität brächten die sicheren Herkunftsländer bislang gar nichts, dann ignoriert er schlichtweg die Wirklichkeit.

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU])

Ganz im Gegenteil: Sein Parteifreund Boris Palmer sagte dem SWR - -

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das ist auch ein Grüner, wenn ich das richtig verstanden habe, Frau von Kalben!

(Wolfgang Kubicki)

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man in Zweifel stellen!)

- Ich habe das zur Kenntnis genommen, dass man in Zweifel stellen kann, dass Herr Palmer Grüner ist. Gut, ich nehme an, dass er auch die Gelegenheit haben wird, die Debatte hier in der einen oder anderen Weise zu verfolgen.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der wird bestimmt Ihren Worten lauschen!)

- Im Gegensatz zu Ihnen ist er mit großer Mehrheit gewählt worden, aber sei es drum.

„Ich glaube, dass alle sich einig sind in Deutschland, dass wir den Menschen, die von Krieg betroffen sind, zum Beispiel in Syrien, helfen müssen. Und da werden noch wesentlich mehr kommen übers Mittelmeer, als heute schon da sind. Und dann ist es auf der anderen Seite auch nicht mehr vertretbar, dass fast die Hälfte aller Plätze in den Flüchtlingsaufnahmelagern von Menschen aus den Balkanstaaten belegt werden und deswegen nicht für die Menschen aus Syrien zur Verfügung stehen. Das heißt in der Konsequenz: Man muss zwei verschiedene Asylverfahren haben, man muss sichere Herkunftsländer definieren und man muss auch, so hart es für Einzelne dann ist, abschieben. Und das alles ist für uns Grüne schwer.“

- Zitat Ende.

Wir als FDP sind seit geraumer Zeit - die SPD in gleicher Weise - der Auffassung, dass diese Form der Migrationszuwanderung nur und sinnvollerweise über ein **Zuwanderungsgesetz** gesteuert werden kann und muss.

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU])

Die Menschen gehören nicht in ein solches Asylverfahren. Die Union ist ja mittlerweile auch langsam so weit, aber auch da warne ich vor der Bahnsteigkante. Denn bei der Frage der sicheren Herkunftsländer bewegen wir uns mit der Argumentation, dass sie schnell abgeschoben werden sollen, auf einem sehr dünnen Eis. Denn die Flüchtlinge, die zu uns kommen, kommen alle aus sicheren Herkunftsländern. Da muss man die Frage klären - Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen -, warum der, der als Syrer in einem türkischen Flüchtlingslager seine Lebensperspektive in Deutschland sehen will, weil er hier die Zukunft sieht und zu Hause keine weitere Lebensperspekti-

ve sieht, anders behandelt werden soll, als jemand, der aus den Balkanstaaten kommt und hier seine Lebensperspektive sieht.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Nein, aber die Leute, die in syrischen oder libanesischen Lagern sind, sind nicht mehr unmittelbar von Krieg und von Tod bedroht. Ich versuche, Ihnen zu erklären, dass Sie bei der Argumentation ein bisschen aufpassen müssen. Ich komme nachher, was Europa angeht, darauf zurück.

Aber das Prinzip von **Dublin III** war ja, dass diejenigen, die in Europäischen Ländern ankommen, dort zunächst auch verbleiben müssen, weil die Länder dafür zuständig sind, das Verfahren zu betreiben. Wir haben die ganze Zeit erklärt: Die dürfen nicht nach Deutschland einreisen, weil sie ja aus sicheren Herkunftsstaaten kommen.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Das türkische Lager fällt nicht unter Dublin III, aber der Einmarsch von dort. Die Leute, die aus den Lagern kommen, fliehen nicht mehr vor Krieg und Tod und unmittelbarer Vertreibung, sondern sie fliehen und kommen zu uns - das ist auch in Ordnung, und ich verstehe das auch -, weil sie hier eine bessere Lebensperspektive haben als in ihrem Heimatland. Sie haben sich entschieden, dass es in Syrien keine Lebensperspektive mehr gibt, also suchen sie sich einen anderen Zugang. So ist das. Das ist auch nicht schlimm. Ich kritisiere das auch nicht. Ich will nur sagen: Sie müssen bei Ihrer Argumentation aufpassen, dass Sie sich nicht selbst in der Argumentation fangen und anschließend Dinge ausschließen, die wir gar nicht ausschließen wollen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Sinn und Zweck der **sicheren Herkunftsstaaten** kann nicht nur darin liegen, die Steigerung der Antragszahlen zu begrenzen, sondern vor allem in der **Beschleunigung im Anerkennungsverfahren**. Wenn die Prüfung des Antrages eines Asylbewerbers aus einem sicheren Herkunftsland im Durchschnitt statt 7,1 nur noch 3,5 Monate dauert, zeigt sich, dass die Aufnahme der drei Balkanstaaten sehr wohl gewirkt hat.

Hinzu kommt, dass die Welle von Asylanträgen aus dem Kosovo nach Berichten der Deutschen Botschaft im Kosovo von den **langen Bearbeitungszeiten** in Deutschland motiviert ist. Ich zitiere aus dem Bericht der Deutschen Botschaft im Kosovo:

„Als Hauptmotiv nennt die Botschaft ..., dass die Verfahren in Deutschland immer

(Wolfgang Kubicki)

noch so lange dauerten, dass sich ein Asylantrag in Anbetracht der Sozialleistungen in jedem Fall rechnet.“

- Zitat Ende. Das ist kein Zitat von mir, sondern entstammt einem Bericht der Botschaft aus dem Kosovo.

„Insbesondere Deutschland ist attraktiv, weil die Verfahren dort im Durchschnitt fast fünf Monate brauchen ... Einzige Möglichkeit, die Zahl der Asylsuchenden zu verringern, ist es, das bürokratische Prozedere zu verkürzen.“

- Zitat Ende.

Deutschland hat sich dabei selbst Probleme im Asylverfahren geschaffen, weil das Bundesinnenministerium es ähnlich wie in den frühen 90er-Jahren zu einem **Bearbeitungsstau** kommen ließ. In den Jahren mit niedrigen Antragszahlen ist das Personal abgebaut worden, jedoch hat man seit 2010 in Kenntnis der Entwicklung, die auf uns zukommt, versäumt, ausreichend Neueinstellungen vorzunehmen. Seit 2008 hat das BAMF Jahr für Jahr weniger Anträge bearbeitet, als Neuanträge eingegangen sind. Diese Effekte entstanden nicht erst mit den hohen Asylantragszahlen seit 2012, sondern schon vorher in einer Zeit mit niedrigen Antragszahlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schieben 300.000 Anträge vor uns her, Tendenz weiter aufwachsend. Wenn wir dieses Problem nicht schnellstmöglich lösen, werden wir - das ist der Effekt von Staudämmen - mit den Anträgen der Menschen, die jetzt bei uns ankommen, nicht in adäquater zeitlicher Weise fertig werden.

In Schleswig-Holstein liegt der Bearbeitungsdurchschnitt bei 7,9 Monaten, bei den Leuten, die aus Bosnien kommen, bei 7,38 Monaten, bei denen aus Mazedonien bei 4,89 Monaten und bei denen aus Serbien bei 3,48 Monaten.

(Zuruf Ministerpräsident Torsten Albig)

- Ja, wir haben jetzt nur die Zahlen für Schleswig-Holstein. Das ist kein Versäumnis des Landes Schleswig-Holstein. Das sind keine Mitarbeiter in Schleswig-Holstein, sondern das ist ein Versäumnis der Bundesbehörden. Wir müssen uns auch einmal fragen, warum das, wenn die Bundesbehörden in gleicher Weise arbeiten, in Schleswig-Holstein länger dauert als beispielsweise in anderen Ländern. Auch das muss ja Ursachen haben. Das hat nichts mit der Landesregierung und nichts mit den politischen Gestaltungsmöglichkeiten hier zu tun.

Von den aktuell 300.000 unbearbeiteten Asylanträgen stammen knapp die Hälfte von Menschen aus dem Balkan. Die Schutzquote liegt hier teilweise bei unter 1 %. Andererseits, auch das muss man wissen: Eritreer warteten schon im dritten Quartal 2014 im Durchschnitt 10,1 Monate auf die Bescheidung, Afghanen 16,5 Monate und Pakistani sogar 17,6 Monate. In dieser Zeit ist ihnen alles verwehrt, was wir für sinnvoll halten: Zugang zum Arbeitsmarkt, Integrationskurse und andere Dinge mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann so nicht bleiben. Zu bedenken ist hier, dass es sich dabei um Gruppen mit hohen Anerkennungsraten handelt. Eritreer erhalten zu 99,4 % Schutz - fast ebenso viele wie Syrer mit 99,9 %. Da ist doch die Frage erlaubt, ob wir nicht nach Sicherheitsüberprüfung eine pauschale Anerkennung vornehmen können, um diesen Antragsstau abzubauen.

(Beifall FDP und Uli König [PIRATEN])

Das ist bei uns auch im Programm. Wir unterstützen Sie auch, und wir freuen uns, wenn Sie uns unterstützen, damit diese Forderung auch Gesetz wird. Im Gegensatz zu uns, Herr Ministerpräsident, sitzen die Sozialdemokraten in der Bundesregierung.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Merkt man nicht immer! - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ja, ich komme nachher darauf zurück. Es ergeben sich da teilweise interessante Dinge. Ich unterstütze Herrn Dr. Stegner in seinen ganzen Forderungen, was die Frage der Gewährung von **Geldleistungen statt Sachleistungen** angeht.

Aber da muss man sich schon fragen, warum die SPD auf Bundesebene das genaue Gegenteil beschließt und das genaue Gegenteil mitmacht. Ich denke, auch hier muss die Sozialdemokratie aufpassen, dass das, was sie im Bund beschließt und das was sie vor Ort erklärt, das praktische Handeln vor Ort, in Übereinstimmung zu bringen sind.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, Sie sind lange genug im politischen Geschäft, dass Sie die Formulierungen lesen und nicht nur lesen, sondern auch interpretieren können - so auch meine, die da verwendet worden sind. Man hat dort in der **Vereinbarung der Koalition** eine Formulierung gewählt, die übrigens natürlich nur die Position der Bundesregierung für Verhandlungen mit den Ländern ist, wo zum Glück auch die Grünen an Regierungen beteiligt sind, die für die CSU gesichtswahrend war, weil die in Bayern natürlich andere Regelungen haben, die aber mitnichten dazu führt - ich will das deutlich sagen -, dass Länder, die wissen, dass das bürokratischen Aufwand macht und gar nichts bringt, sich so verhalten müssen. Das wird nicht passieren, sodass das in Teilen ein Kompromiss ist. Wie gesagt, ich hätte ihn nicht so formuliert, wenn wir eine Alleinregierung hätten, die haben wir leider nicht. Aber in der Konstellation geht das sehr wohl. Wir werden in Schleswig-Holstein nicht bürokratischen Unfug treiben oder Flüchtlinge schikanieren. Das machen wir nicht, das müssen wir auch nicht. Darauf kommt es am Ende an.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Beate Raudies [SPD])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Dr. Stegner, ich gehe davon aus, dass ich Sie nicht so zu verstehen habe, dass Sie erklären wollten, dass die anderen, also nicht Sie, sondern die anderen in Schleswig-Holstein, alle Flüchtlinge schikanierten und unrechtmäßig behandeln würden, denn das wäre ein Verstoß gegen unsere Rechtsordnung. Das kann ich auch der Union bei aller Neigung, die ich habe, auch gleich noch einmal zur Union zu kommen, nicht zubilligen.

Noch einmal, Herr Kollege Dr. Stegner: Ich will nur darauf hinweisen, mit welcher Geschwindigkeit auch die Sozialdemokratie bei der Frage der eigenen Moral und dem, was man erklärt, und der praktischen Konkordanz in Schwierigkeiten gerät. Ich komme darauf nachher noch einmal bei dem Eurothema zurück. Ich will das nicht als Vorwurf werten, sondern nur sagen: Wir müssen aufpassen, dass die hehren Grundsätze, die wir vor uns hertragen, dann auch in praktische Taten umgesetzt werden,

(Beifall FDP)

denn wenn das nicht passiert, dann wird das als Heuchelei enttarnt und entlarvt und bringt uns Schwierigkeiten auch in der weiteren Kommunikation mit den Menschen unseres Landes.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Sie haben mir gerade eine Minute geklaut.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Es war eine Sekunde.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Das stimmt, es war eine Sekunde.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die bekommen Sie wieder. - Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kubicki, Sie werden bemerkt haben, dass ich das in meiner Rede nicht getan habe, sondern dass ich im Gegenteil gesagt habe, dass ich sehr wohl weiß: Wir müssen an manchen Stellen Kompromisse machen, es wird auch Fehler geben. Ich habe mich eher auf die konkreten Schwierigkeiten bezogen, die es gibt. Mit Moral hat das zu tun bezogen auf die Werte, auf die ich mich in der Tat berufen habe, die wir wahrscheinlich miteinander teilen. Aber das bedeutet natürlich trotzdem nicht, dass wir in der Lage wären, in Deutschland, in Europa oder in der Welt schlichtweg alles durchzusetzen, was wir für richtig halten. Das ist nicht möglich. Sie werden sich erinnern, dass ich gerade Egon Bahr in dem Zusammenhang mit der internationalen Politik zitiert habe. Ich bin eher davon ausgegangen, dass man bei den Grundsätzen und bei der Haltung bleibt, sich aber ansonsten um praktische Fortschritte in der realen Welt bemüht. Das war meine Aussage. Wenn das eine Kritik sein sollte, kann die sich eigentlich nicht auf das beziehen, was ich hier heute vorgebracht habe.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, entgegen meiner sonstigen Neigung wollte ich Sie einmal ausdrücklich loben, auch in Relation zu dem - wir kennen das von früher -, was meine eigene Bundespartei angeht. Ich glaube, dass wir uns in der Flüchtlingsfrage unterschiedliche Diskussionsstände innerhalb der eigenen Partei schwerlich leisten können, weil sonst die Gefahr besteht, dass man gegeneinander ausgespielt wird und die Glaubwürdigkeit zur Bewältigung des Problems insgesamt Schaden leidet. Davor möchte ich dringend warnen, weil meine Witterung mir sagt - ich bin mit meinen 63 Jahren lange genug dabei -, dass die teilweise diffusen Sorgen und Ängste sonst bei politischen Einrichtungen Platz greifen, die wir im Parlament nicht sehen wollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der **Kernprobleme** bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise ist die Frage des **Antragsstaus**. Kollege Günther, das wird von der CDU gelegentlich übersehen. Stattdessen bezieht sich Ihr Antrag allein auf das Land und greift nach meiner Auffassung viel zu kurz. Es war doch Bundesinnenminister de Maizière, der es versäumt hat, ausreichend Personal einzustellen, obwohl ihm die Problematik seit Monaten bekannt ist.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Olaf Schulze [SPD] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Statt Abhilfe zu schaffen, hat er sich die anbahnende Krise nur kleingeredet, mit völlig unrealistischen Flüchtlingsprognosen hantiert und dazu beigetragen, dass die Lage immer dramatischer wird.

Als wenn das Wegducken der Union hier für sich genommen nicht schon beachtlich genug wäre, wird ausgerechnet aus Reihen der CDU-Bundestagsfraktion eine vollkommen unnötige Scheindebatte über den schleswig-holsteinischen **Winterabschiebestopp** losgetreten. Man kann über den Sinn einer solchen symbolischen Ersatzhandlung sicher streiten - zur Lösung des Problems trägt das mit Sicherheit nicht bei.

(Vereinzelter Beifall)

Wenn sich der Spitzenkandidat der CDU und Bundestagsabgeordnete Liebing an der Bewältigung der Flüchtlingskrise beteiligen möchte, sollte er lieber seinen politischen Einfluss in Berlin geltend machen und sich für eine **Beschleunigung der Anerkennungsverfahren** einsetzen. Damit wären Land und Kommunen wirklich geholfen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bedarf einer erheblichen Intensivierung der Anstrengungen bei den **Aufenthaltsbeendigungen** und Rückführungen ausreisepflichtiger abgelehnter Asylbewerber durch die Länder. Es ist eine viel konsequentere Durchsetzung der Ausreisepflicht notwendig. Aber auch hier warne ich alle Beteiligten davor, sich davon sehr viel zu versprechen, weil viele der abgelehnten Asylbewerber aus anderen Gründen Duldungs- oder Bleiberechte haben, die nach unserem rechtsstaatlichen System nicht von vornherein nach der Devise: „Wir tun einfach einmal etwas“, ausgehebelt werden können.

Um das einmal deutlich zu machen: Im Jahr 2014 sind aus Schleswig-Holstein insgesamt 223 Personen in ihre Herkunftsstaaten abgeschoben worden. Im ersten Halbjahr 2015 gab es nur 115 Abschiebungen. Dabei ist die Zahl der Abschiebungen im Vergleich zum Vorjahr sogar gesunken, was aber überwiegend darauf zurückzuführen ist, dass für die abgelehnten Asylbewerber andere Statusfragen geschaffen worden sind.

Bundesinnenminister Thomas de Maizière will die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nunmehr erleichtern. Das melden die „Ruhr Nachrichten“. Das war bereits seit zwei Wochen bekannt. Überraschend ist, in welcher Geschwindigkeit ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde, der zudem in einem Punkt noch unbekannt war. So sollen die Abschiebungen künftig nicht mehr wie bislang angekündigt werden, damit die Betroffenen nicht untertauchen können. Zudem sollen Bundesländer **Abschiebungen** nur noch drei statt wie bislang sechs Monate **aussetzen** können. Es wäre beim Winterabschiebestopp komisch, wenn man im Oktober sagt: Im Dezember müsst ihr gehen.

Die Balkanstaaten Albanien, Kosovo und Montenegro sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, um **Asylverfahren** zu **beschleunigen**. Die Asylverfahren sollen weiter beschleunigt werden, indem Asylbewerber bis zum Abschluss des Asylverfahrens in Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben.

Die bisherigen Bargeldzahlungen an Asylbewerber während des Aufenthalts in einer Erstaufnahmeeinrichtung sollen so weit wie möglich durch gleichwertige **Sachleistungen** ersetzt werden. Der letzte Punkt, den ich gehört habe - Herr Dr. Stegner, ich hoffe, dass die Sozialdemokraten da nicht mitmachen -, ist, dass man den Leuten schlicht und ergrei-

(Wolfgang Kubicki)

fend ein Ticket kauft, sie mit Reisegeld versorgt, damit sie sich am Bahnhof noch kurz verköstigen können, und dann einfach mit dem Zug ins nächste Nachbarland abschiebt. Das ist nicht die Politik, die ich mir innerhalb Europas als sinnvoll vorstelle. Das ist eher eine Befriedigung von Ängsten in Deutschland als eine Lösung des Problems.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zwei Drittel der Asylbewerber sind im erwerbsfähigen Alter. Auch mit Blick auf den **Fachkräftebedarf** nannte Ministerpräsident Albig die **Flüchtlinge** eine Vitamin-spritze für das Land. Tatsächlich sind allein im Bereich der IHK-Berufe zuletzt 2.500 Lehrstellen in Schleswig-Holstein unbesetzt geblieben, Tendenz steigend. Dagegen sagt Arbeitsministerin Nahles - darin ist sie von der Bundesagentur für Arbeit bestätigt worden -, nicht einmal jeder Zehnte bringe die Voraussetzungen mit, um direkt in eine Arbeit oder Ausbildung vermittelt zu werden; nicht alle, die da kommen, seien hochqualifiziert; der syrische Arzt sei nicht der Normalfall.

Überlegungen wie die, dass man Leuten mit entsprechender medizinischer Vorbildung zumindest erlaubt, in den Erstaufnahmeeinrichtungen ärztlich tätig zu werden, finde ich sehr sinnvoll. Wir werden allerdings Schwierigkeiten mit der Approbationsordnung bekommen, weil die Ausübung von Heilberufen an den **Nachweis der Qualifizierung** gebunden ist. Das Problem werden wir auch in allen anderen Bereichen haben.

Ich habe einen Mandanten, der ein großes Bauunternehmen hat und einen syrischen Architekten eingestellt hat. Da ist ihm aufgefallen, dass der mit der deutschen Bauordnung überhaupt nichts anfangen kann. Dem war das Thema energetische Sanierung völlig unbekannt.

(Heiterkeit FDP)

Denn eine energetische Sanierung musste man an syrischen Häusern bislang nicht vornehmen, jedenfalls solange sie noch gestanden haben.

Wir denken uns das so leicht. Es wird schwieriger werden. Ich bin begeistert und dankbar, dass die Handwerkskammern und die **IHK** jetzt Menschen begutachten, um festzustellen, ob sie bestimmte **Grundqualifikationen** mitbringen, um darauf aufbauend sehr schnell zu einem qualifizierten Abschluss zu kommen. Wir werden es auf Dauer nicht hinbekommen, dass wir auf den Nachweis entsprechender Qualifikationen durch vergleichbare deut-

sche Prüfungen oder Begutachtungen Wert legen müssen.

(Beifall FDP)

Frau Spoorendonk, bei aller Wertschätzung hätte ich Probleme, einen syrischen Elektriker an meine Anlage zu Hause heranzulassen, wenn ich nicht sicher sein kann, dass er die entsprechende Qualifikation hat wie ein deutscher Geselle.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Man kann die Vorgaben ändern!)

- Das sage ich ja. Das wird aber alles Zeit dauern, und es ist schwerer als die Erklärung: Da kommen gut ausgebildete Leute, und das machen wir jetzt einfach. Das wird Zeit dauern, und das müssen wir den Menschen auch sagen.

(Beifall FDP)

Gleichwohl ist eine vollständige - das haben auch Sie oder Kollege Stegner gesagt - Abschaffung des **Arbeitsverbots** und der **Nachrangigkeit** erforderlich. Ebenso - das sage ich in allem Ernst - sollte über eine flexible Handhabung des **Mindestlohns** nachgedacht werden, nicht, um ihn abzuschaffen. Mir hat die Handwerkskammer in Bremen erklärt: Wir finden für Praktika, die ein halbes Jahr dauern, kein Unternehmen, wenn die nach drei Monaten 8,50 € zahlen müssen. Hier müssen wir flexibler werden, oder wir werden Integration in den Arbeitsmarkt schlicht und ergreifend nicht schaffen.

Integration. Erforderlich ist ein ernsthafter Multikulturalismus. Keine Toleranz für sexistische oder religiöse Gewalt auf der einen Seite und Respekt vor den Traditionen und Gebräuchen der jeweiligen Gemeinschaften sowie der Freiheit jedes Einzelnen. Die Leute, die aus dem Nahen und Mittleren Osten kommen, kommen auch mit den dortigen Überzeugungen und Wertvorstellungen im Gepäck. Auch hier muss schnell deutlich gemacht werden - ich sage es jetzt einmal drastisch -, dass die deutsche Rechtsordnung nicht duldet, dass ein Ehemann seine Ehefrau schlägt, dass die deutsche Rechtsordnung nicht duldet, dass man antisemitische Parolen skandiert, und dass die deutsche Rechtsordnung nicht duldet, dass bei uns Schwulen und Lesben beleidigt oder sogar mit dem Tode bedroht werden, sei es nur verbal. Wenn wir das nicht sofort durchsetzen, wird die Akzeptanz in der deutschen Bevölkerung rapide sinken. Dann wird auch ein Teil unserer Freiheit eingeschränkt werden, auf die wir so stolz sein können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

(Wolfgang Kubicki)

Grundlage dafür muss die **Durchsetzung des Rechtsstaats** sein, und zwar in allen seinen Facetten, das heißt: keine Duldung von Parallelgesellschaften. Ich erinnere an eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr, in der das Bundesverfassungsgericht judiziert hat:

„Die Allgemeinheit hat ein berechtigtes Interesse daran, der Entstehung von religiös oder weltanschaulich motivierten ‚Parallelgesellschaften‘ entgegenzuwirken und Minderheiten ... zu integrieren. Integration setzt dabei nicht nur voraus, dass die Mehrheit der Bevölkerung religiöse oder weltanschauliche Minderheiten nicht ausgrenzt, sie verlangt vielmehr auch, dass diese sich selbst nicht abgrenzen und sich einem Dialog mit Andersdenkenden und -gläubigen nicht verschließen.“

Daran müssen wir festhalten, und darauf müssen wir Wert legen.

(Vereinzelter Beifall FDP und SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bisherige **Gemeinsame Europäische Asylsystem** (GEAS) bestehend aus der Asylverfahrensrichtlinie, der Richtlinie über die Aufnahmebedingungen, der Anerkennungsrichtlinie und der Dublin-Verordnung funktioniert derzeit nicht und wird selbst von Deutschland missachtet. So sehr ich es verstehe und wahrscheinlich genauso gehandelt hätte wie die Bundeskanzlerin bei der Visualisierung der Situation in Ungarn - schlicht und ergreifend zu sagen, wir verzichten auf das europäische Regelwerk und erlauben, dass Flüchtlinge, ohne dass sie vorher registriert worden sind, nach Deutschland kommen, war ein Bruch der Verträge und hat uns mehr Probleme verschafft, als uns lieb ist.

(Beifall FDP)

Ich will das kurz erklären. So richtig diese Entscheidung war - wie erkläre ich jetzt, dass ich ruhig bin bei den Bildern, die ich aus Serbien sehe, auf der anderen Seite des Grenzzauns? Oder in Kroatien? Wie erkläre ich den Menschen vor Ort, dass es einmal gelungen ist und sonst nicht? Ich warne davor, aus einer wohlverstandenen Euphorie - ich teile das ja - den Eindruck zu erwecken, es könnte generell so sein.

Als ich gestern Abend zu Hause war, bin ich ziemlich pikiert darüber gewesen, dass unsere Fernsehanstalten mittlerweile Reality-TV machen und erklären - ZDF und RTL -: Unsere Reporter haben einen Tag des Marsches der Flüchtlinge mitge-

macht. Dann erklären sie, dass sie durstig sind, kein Wasser bekommen. - Wenn das Flüchtlingsleid zu einer Show verkommt, Gnade uns Gott. Wir sind nicht in einem Wettbewerb „Deutschland sucht den besten Flüchtling“.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ich sage das in vollem Bewusstsein. Herr Kollege Stegner, wir mokieren uns über die Ungarn, die von sich - rechtlich zutreffend - behaupten, dass sie nichts anderes machten, als das europäische Regelwerk umzusetzen.

Ich habe nicht gehört, dass wir uns vor einem Jahr, heute noch oder vielleicht auch vor drei Jahren schon, darüber beschwert hätten, dass die Spanier bei Centa 4 m hohe Zäune mit **Stacheldraht** gebaut haben und die Jungs und Mädels, die darüber klettern, zurücktreiben. Das haben wir zur Kenntnis und einfach hingenommen. Wir müssten doch jetzt konsequenterweise, wenn wir die Ungarn beschimpfen, die Spanier auffordern, dass sie ihre Zäune abbauen.

Ich habe dieses Bild gesehen, was mich menschlich unglaublich gestört hat. Es zeigt, dass unmittelbar vor dem Zaun ein Golfplatz ist. Man sieht, wie jemand abschlägt, und auf dem Zaun sitzen Menschen im Stacheldraht. - Wie verroht muss eine Gesellschaft sein, die ein solches Bild hinnimmt und sich dagegen nicht auflehnt?

Wir müssen auch sagen, Herr Dr. Stegner: Europa insgesamt mit seinen 540 Millionen Menschen wäre nicht überfordert, die 12,5 Millionen Menschen aufzunehmen, die in Richtung Europa unterwegs sind. Aber Österreich, Schweden und Deutschland allein wären es. Das haben Sie gesagt. Deshalb ist es auch wichtig, **europäische Solidarität** einzufordern oder darum zu bitten. Ich kann Ihnen aber sicher sagen, Herr Dr. Stegner, dass der Auftritt von Herrn Gabriel und auch der von Herrn Steinmeier diesem Appell an die Solidarität Europas konsequent entgegenwirken.

Das letzte Mal, dass europäische Länder von Deutschland bedroht worden sind, war 1938. Ich sage das in vollem Bewusstsein: Wie können wir erwarten, dass sich andere Länder sozusagen unserem Begehren öffnen, wenn wir ihnen gleichzeitig erklären: Tut Ihr das nicht, dann streichen wir euch die Zahlungen, tut ihr das nicht, dann seid ihr nicht mehr Mitglied der Europäischen Union, oder - wie Sigmar Gabriel es heute Morgen gesagt hat - ihr bedroht den Frieden in Europa!

(Wolfgang Kubicki)

Wir erwarten doch die Zustimmung von anderen genauso, wie die anderen von uns Zustimmung erwarten. Aber jetzt nach dem Motto aufzutreten: „Wir sind die besseren Menschen, und die anderen müssen sich dem anschließen“, wird in dem Europa nicht funktionieren, das wir kennen. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall FDP)

Um Solidarität, Anke, wirbt man, um Solidarität bittet man, man kann Solidarität nicht anordnen. Wer glaubt, dass das funktioniert, wird feststellen, dass sich die europäischen Länder dagegen wehren werden. Vor allen Dingen wäre es für Deutschland ganz gut, hier etwas weniger lautstark aufzutreten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner? - Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Kubicki, ich glaube, Ihre Vorhaltung ist nicht zutreffend. Deutschland ist teilweise sehr anmaßend aufgetreten, was die Reformdebatten in anderen Ländern angeht, im Kontext mit Sozialsystemen und der Debatte um den Euro und die Richtigkeit der Politik. Das finde ich auch. Das hat übrigens zu falschen Einschätzungen, übertriebenen Karikaturen und solchen Dingen geführt. Aber wer ernsthaft dem Bundesaußenminister, Frank Steinmeier, unterstellt, dass da ein Vergleich bis in das Jahr 1938 gezogen werden könnte, weil unser Auftreten so sei, dem muss ich sagen: Ich kenne niemanden, der beharrlicher und diplomatischer auftritt als unser Bundesaußenminister. Die Bedrohung des Friedens, Herr Kollege Kubicki, kann man gar nicht leugnen. Auch wenn Sie hier Dinge miteinander vergleichen.

Es ist wahr, das ist auch in Spanien nicht schön, das muss man auch kritisieren. Aber wenn im Augenblick Dinge stattfinden, die die europäische Friedensordnung massiv bedrohen, finde ich, dass das auch formuliert werden darf. Es geht nicht um Sanktionen. Wir können aber nicht ungerührt Fördermittel verteilen und zuschauen, dass Europa zusammenbricht, weil drei Länder in Europa nicht in der Lage sind, das allein zu schultern. Darum geht es.

Ich akzeptiere immer, wenn sich einer einmal in einer Formulierung vergreift, aber ich glaube, Ihr Vorwurf an die Adresse des Bundesaußenministers ist unberechtigt. Dessen Bemühungen gehen genau in die entgegengesetzte Richtung. Er unternimmt beharrliche diplomatische Bemühungen zu verhindern, dass genau das passiert, was man befürchten muss.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Dr. Stegner, ich will nur darauf hinweisen, dass nicht wir **Fördermittel** verteilen, sondern die **Europäische Union**, und dass die Europäische Kommission erklärt hat, für Strafsanktionen bei unbotmäßigem Verhalten gebe es keinen Raum. Deshalb würde ich die Diskussion hier gar nicht so führen wollen. Wenn Herr Steinmeier sich heute mit der Erklärung vernehmen lässt: „Wir werden die anderen Länder zwingen“, stellt sich die spannende Frage, wie wir das machen wollen. Ich finde es nicht vernünftig, öffentliche Erklärungen dieser Art abzugeben. Ich würde lieber nach Ungarn, nach Tschechien und nach Polen reisen und mich einmal mit der Frage beschäftigen, was diese Länder veranlasst, sich so zu verhalten, wie sie sich verhalten, und wie man deren Bedenken entgegenwirken kann, statt so martialisch öffentlich aufzutreten und zu erklären: Wir werden jetzt in Europa durchsetzen, dass Europa die Flüchtlinge quotenmäßig aufnimmt.

Herr Dr. Stegner, das wird auch nicht funktionieren. Solange wir kein **einheitliches Verfahrensrecht in Europa** haben, kann es nicht funktionieren. Solange die Perspektiven in den einzelnen Ländern nicht gleich sind, kann das nicht funktionieren.

Wir erwarten, dass Menschen in Länder kommen, in die sie nicht wollen und die sie nicht haben wollen. Wie verteilen wir das dann? Sagen wir dann, wir machen ein Lotterieverfahren? Die Leute, die nach Rumänien oder Bulgarien kommen, die werden ausgelost, die sind dann schlechter dran als andere? Also entweder haben wir überall die gleichen Standards und die gleiche Perspektive für die Menschen, oder die Menschen werden sich weigern, in die entsprechenden Busse oder Züge zu steigen. Das machen sie jetzt schon, indem sie sagen, wir wollen nicht in Ungarn, wir wollen nicht in Griechenland oder wir wollen nicht in Italien das erste Asylverfahren durchführen lassen, sondern in Deutschland, Schweden oder anderswo.

(Wolfgang Kubicki)

Es hört sich sehr gut an: „Europa muss das machen!“, aber dafür müssen die Voraussetzungen gleich sein, weil die Menschen, die zu uns kommen, die Flüchtlinge, das sonst nicht akzeptieren werden. Frau von Kalben hat völlig zu Recht gesagt, sie stimmen dann mit den Füßen ab. Dagegen können wir uns nicht wehren, es sei denn, Sie wollen Polizei und Militär einsetzen, was wir in Europa vernünftigerweise nicht sehen wollen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ein Hinweis: Ich habe vor wenigen Monaten Ungarn besucht. In Ungarn wird europäisches Recht konkret verletzt. Das muss man sagen und feststellen. Es wird an verschiedenen Stellen in Ungarn europäisches Recht konkret verletzt. Das passiert übrigens auch in anderen Staaten. Es gibt nämlich ein paar Dinge, auf die sich die Europäische Gemeinschaft verständigt hat. Ich glaube, wir werden nicht überall die gleichen Standards hinbekommen. Da gebe ich Ihnen recht, das kann man auch niemandem aufzwingen. Aber wir werden **Mindeststandards** brauchen. Wenn wir diese haben, dann kann man Verteilzentren in Italien, Griechenland und Ungarn einrichten, und dann kann man das machen.

Ich glaube, vorhin ist in dem Beitrag von Frau von Kalben und anderen sehr deutlich geworden, dass die Menschen aus einem solchen Elend flüchten, dass sie - einmal abseits von der Familienzusammenführung, die wir richtig finden - in einem Europa, das gewisse Mindeststandards garantiert, auch akzeptieren werden, dass sie in unterschiedlichen Ländern untergebracht werden. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das möglich ist. Wir müssen das nur wollen und in diese Richtung arbeiten.

- Ja, das würden wir im Zweifel dann sehen. Ich glaube nicht einmal, dass es dazu kommen wird, aber im Zweifel würden wir das dann auch sehen.

Mein Petition ist: Werben für eine bestimmte Position und nicht martialisch auftreten, wäre vielleicht an der einen oder anderen Stelle gut. Ich verstehe Sigmar Gabriel, denn auch Sie bekommen ja Druck aus den Ortsverbänden, aus den Kreisen oder was auch immer. Gelegentlich muss auch nach innen einmal ein martialisches Wort gesagt werden. Aber ob das nach außen immer so sinnvoll und positiv ist, wage ich zu bezweifeln.

Herr Kollege Dr. Stegner - da Sie mich schon angesprochen haben -: Sie kritisieren den Zickzackkurs der Kanzlerin bei der Frage Aufnahme von Flüchtlingen und Grenzkontrollen. Ministerpräsident Albig hat diese **Grenzkontrollen** mit dem historischen Satz verteidigt, den übrigens Herr Oppermann gestern Abend wiederholt hat: Wir brauchen jetzt eine Atempause. Denken wir einmal darüber nach: Wir brauchen eine Atempause! Wenn die Kroaten uns sagen, sie könnten niemanden mehr aufnehmen, sie bräuchten eine Atempause und machten Grenzkontrollen, ist das eine Schweinerei, und wenn wir sagen, wir machen eine Grenzkontrolle, wir brauchen eine Atempause, dann ist das in Ordnung? Wenn die Deutsche Bahn und die deutschen Behörden die Österreicher bitten, von Salzburg keine Züge mehr nach München fahren zu lassen, ist das in Ordnung, und wenn die Ungarn sagen, wir lassen keine Züge mehr an die österreichische Grenze, denn da kommen sie nicht rüber, dann ist das nicht in Ordnung? - Ich versuche nur zu erklären: Man sollte sich bei seinen Einschätzungen immer auch seines eigenen Handelns bewusst sein. Damit meine ich nicht Sie persönlich, sondern ich meine das, was im Bund gerade passiert.

Die **Kontrollen**, die jetzt durchgeführt werden, sind laut Einsatzbefehl mit der Intensitätsstufe 3 durchzuführen - das ist so lustig, wenn man das liest! -, das bedeutet „die Sichtung möglichst aller Reisenden nach einem vorgegebenen Kontrollraster“. Dabei wird hingegenommen, „dass der Verkehr kurzzeitig ungesichert weiterfließt, solange die Kräfte durch die Kontrolle von Reisenden gebunden sind“. Die eingesetzten Bundespolizisten müssen Einreisekontrollen auf den Straßen und in den Zügen vornehmen, wie aus dem vertraulichen Einsatzbefehl der **Bundespolizei** hervorgeht. Dabei stellen sie eine beweissichere Strafverfolgung bei Schleuserdelikten sicher. Und Polizisten müssen während des Großeinsatzes auch gegen Armutsflüchtlinge vorgehen. Einsatzbefehl Bundespolizei: Vorgehen gegen Armutsflüchtlinge! So sollen Personen sofort zurückgewiesen werden, „die unerlaubt einreisen wollen und kein Asylbegehren hervorbringen“. - Wie toll ist das denn? Bei all dem, was wir gerade

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

von der Sorge um Flüchtlinge gehört haben, nehmen wir hin, dass von vornherein Leute abgewiesen werden, die kein Asylvorbringen haben.

Ich gehe davon aus, dass die Menschen, die da kommen, gut ausgebildet sind, qualifiziert sind und sehr schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden können - und dass diese mit drei Sätzen sagen können, warum sie verfolgt sind, das kann einem eigentlich einleuchten. Schon allein deshalb ist der Befehl in sich selbst unsinnig. Aber die Tatsache, dass überhaupt ein solcher gegeben wird, konterkariert all die großen und hehren Worte, die hier in diesem Saal gesprochen worden sind. Das ist die Bundespolizei unter der Verantwortung des Bundesinnenministers in einer Koalition von CDU und SPD! Ich weise nur darauf hin: Großen Worten müssen im Zweifel auch große Taten folgen und nicht kleine.

(Beifall FDP)

In der Praxis tritt der Fall ohnehin schon nicht ein, Herr Minister, Sie wissen das, weil die Bundespolizei vermeldet hat - wie ein in Bayern stationierter Bundespolizist gesagt hat -:

„Alle geben sich als Syrer aus, selbst wenn sie ganz offensichtlich Schwarzafrikaner sind.“

Auch entsteht die paradoxe Situation, dass **Zurückweisungen** rein rechtlich nur unmittelbar an der Grenzlinie stattfinden dürften. Die „Kontrollstellen sind aber einige hundert Meter im Landesinneren“, so der Beamte.

„Im Grunde hat sich wenig geändert. Die Grenze ist genauso durchlässig wie zuvor. Würden wir sie wirklich schließen, hätten wir sofort Szenen wie in Ungarn.“

Das leuchtet doch auch ein. Hätten wir Tausende von Menschen an den Grenzkontrollstellen, die nach Deutschland wollen, nicht eingelassen, würden sie irgendwann brüllen: Macht die Grenze auf!

Die Kontrollen sind laut Einsatzbefehl mit der Intensitätsstufe 3 durchzuführen. Das bedeutet Sichtung möglichst aller Reisenden nach einem vorgegebenen Kontrollraster und so weiter. Die **Grenzkontrollen** haben nach Angabe von CSU-Chef Horst Seehofer dazu geführt, dass viele **Schleuser** festgenommen wurden. Inzwischen saßen allein in Bayern 800 Schleuser in Untersuchungshaft. Das hat Seehofer der „Passauer Neuen Presse“ gesagt. Insofern hat sich das ja schon einmal gelohnt.

Herr Kollege Dr. Stegner, zu diesem Punkt möchte ich Ihnen sagen: Die Flüchtlinge, die auf dem Mittelmeer umkommen oder in einem Lastwagen eingesperrt sind und dort ersticken, sind nicht Opfer der europäischen Regelungen, sondern Opfer von kriminellen Schleuserbanden. Das muss man sagen.

(Beifall FDP, vereinzelt CDU und Beifall Lars Harms [SSW])

Wer Menschen in nicht seetauglichen Booten aufs Meer schickt, in der sicheren Kenntnis, dass sie dort ertrinken, ist ein Mörder, weil er das ja aus Geldgier macht. Das ist nach deutschem Recht so und muss entsprechend verfolgt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem Ungarn die Grenzen dichtgemacht hat, kommen quasi keine Flüchtlinge mehr über die **Grenze** nach **Österreich**. Nun wird der Zugverkehr zwischen Österreich und **Ungarn** am Freitag wieder aufgenommen. Das haben die Bahnen jedenfalls mitgeteilt. An der serbisch-kroatischen Grenze in der Stadt Tovarnik versuchen Tausende Flüchtlinge, Züge in Richtung der Hauptstadt Zagreb zu besteigen. „Hier sind inzwischen 4.000 bis 5.000 Menschen“, sagte ein Sprecher des UNO-Flüchtlingshilfswerks UNHCR am Bahnhof des Ortes. **Bulgarien** versucht offenbar, eine neue Fluchtroute zu versperren, bevor sie überhaupt benutzt wird. Das Land verstärkt seine Truppen an der Grenze zur **Türkei**. Die Regierung in Kroatien hat die Zahl der Flüchtlinge, die jetzt das Land erreichen, unterschätzt.

Seitdem die ungarische Grenze abgeriegelt ist, kommen deutlich mehr Flüchtlinge an als zunächst gedacht. Rund 5.400 Menschen seien bereits eingetroffen, von gestern bis heute über 11.000. Ein Land wie Kroatien mit solchen kleinen Orten ist - das müssen wir einfach sehen - komplett überfordert, weshalb sie zunächst unsere Hilfe brauchen bei der Bewältigung der unmittelbaren humanitären Versorgung.

Die geschlossenen Grenzen zu Österreich lassen sich nun in Zahlen fassen. In der Nacht auf Donnerstag sind am Münchener Hauptbahnhof nur etwa 30 Flüchtlinge angekommen. Ein Sprecher der Bundespolizei erwartet im Laufe des Vormittags noch mehrere Hundert Flüchtlinge. Mittlerweile wissen wir, dass in Bayern jetzt im Tagesdurchschnitt, über die Woche gesehen, 3.500 Menschen ankommen und in Deutschland verteilt werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Stegner hat es angesprochen, und ich finde es rich-

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

tig: Wir müssen nicht die Flüchtlinge bekämpfen - niemand will das -, sondern wir müssen die **Fluchtursachen bekämpfen**. Wir müssen ehrlich miteinander umgehen. Fluchtursachen zu bekämpfen, heißt, dass wir in den Ländern, aus denen die Menschen kommen, versuchen müssen - so ist meine persönliche Einschätzung -, sichere und stabile Zonen zu errichten. Wir haben das schon einmal durchgeführt, auf dem Balkan, in Bosnien, gegenüber den Serben. Das hat den Grünen sehr viel Schmerz bereitet. Es war teilweise pathetisch überhöht, was Joschka Fischer dazu gesagt hat. Aber es hat dazu geführt, dass das Morden aufgehört hat, es hat dazu geführt, dass eine Perspektive entwickelt werden konnte.

Wir als Europäer dürfen es nicht so machen wie unsere amerikanischen Freunde, erst einmal alles kaputt machen und dann sagen: „Seht einmal zu, wie ihr damit fertig werdet!“, sondern wir müssen uns ernsthaft der Frage zuwenden, ob die europäische Gemeinschaft nicht tatsächlich auch in Syrien und im Irak eine **Zone der Sicherheit** schaffen und den Menschen damit zu Hause eine Perspektive geben kann.

Machen wir uns nichts vor: Wir würden genauso handeln. Ich würde meine Familie auch nehmen und sagen: Das ist nichts, dass ich jeden Tag Angst haben muss, weggebombt zu werden. Wenn wir nicht wollen, dass die alle zu uns kommen, ist es unsere Aufgabe, dass wir ihnen eine Perspektive in ihrer Heimat geben. Das geht nur mit sicheren Bedingungen und sicheren Zonen.

(Beifall FDP, vereinzelt SPD und Lars Harms [SSW])

Darüber müssen wir ernsthaft diskutieren.

Ich habe jeden **Auslandseinsatz der Bundeswehr** blockiert, im Deutschen Bundestag dagegen gestimmt. Aber ich habe mich eines Besseren belehren lassen, was Jugoslawien anging, weil wir festgestellt haben: Das Morden hat aufgehört - wenn auch nicht die Konflikte -, aber es ist die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Perspektive geboten worden. Wir diskutieren mit diesen Ländern momentan über eine Beitrittsperspektive zur EU. Wir müssen uns für den Nahen und Mittleren Osten die Frage stellen, ob es nicht besser wäre, in gleicher Weise sichere Zonen zu schaffen.

Herr Kollege Dr. Stegner, bei aller Liebe und Wertschätzung von Frau von Kalben sage ich aber auch: Jemand zum IS zu schicken, um mit denen zu verhandeln, dass sie die Waffen niederlegen, ist, glaube ich, weniger sinnvoll, als die Menschen vor Ort

zu bekämpfen. Es gibt dort 30.000 Menschen unter Waffen, schlecht bewaffnet, schlecht ausgebildet. Es muss einer europäischen Eingreiftruppe oder einer multinationalen Gemeinschaft möglich sein, mit diesem Spuk fertigzuwerden und in Syrien und im Irak sichere Zonen zu schaffen, in denen die Menschen mit einer eigenen Perspektive leben und bleiben können.

Man kann nun über die Russen denken, was man will. Ich halte es für vernünftig, dass sich die beiden Großmächte zusammen mit der Europäischen Union verständigen, welche Maßnahmen auch am Boden getroffen werden müssen, um das Leid der Menschen vor Ort nicht zu verlängern.

(Beifall FDP, SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gibt vielfältige Aufgaben zu bewältigen. Alles können wir regeln. Wir haben zunächst die Aufgabe, den Menschen schnell ein Dach über dem Kopf zu verschaffen. Zu den ganzen Nummern mit dem Bauplanungsrecht! Wissen Sie, wie lange es dauert, einen B-Plan in einer Gemeinde aufzustellen? Ich habe das gerade wieder gehört. Wenn wir daran festhalten, haben wir in zwei Jahren ein Dach über dem Kopf der Menschen, und in der Zwischenzeit stehen sie auf dem Nordmarksportfeld im Regen - was irre ist. Wir müssen schnell und pragmatisch an die Sachen heran. Wir unterstützen Sie bei allem, nicht nur beim **Bürokratieabbau**, was zur **Beschleunigung** beitragen kann und mit dem Rechtsstaat vereinbar ist. Das muss immer gelten. Ich bin nicht bereit, wegen der Dimension rechtsstaatliche Regeln aufzugeben, aber ich bin bereit, die rechtsstaatlichen Regeln zu nutzen, damit wir mit dem Problem möglichst schnell fertigwerden. Ich bin sicher, wir können das. Aber wir können es auch nur, wenn wir der Bevölkerung die Angst nehmen, dass wir vor dem Problem scheitern, und es nur schönreden. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP, CDU, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt das Wort.

(Zuruf Angelika Beer [PIRATEN])

- Entschuldigung, das war falsch registriert. Selbstverständlich hat jetzt die Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Situation ist einer der größten **humanitären Herausforderungen**, vor der wir hier in Schleswig-Holstein, in ganz Deutschland und in der gesamten EU stehen. Sie ist eigentlich nicht überraschend, denn die zunehmenden Konflikte und Kriege ließen erahnen, dass die Menschen irgendwann nur noch eine Möglichkeit zum Überleben sehen: zu fliehen. Sie werden dies weiter tun, in der Gewissheit und dem Wissen, dass sie damit gegebenenfalls ihr Leben riskieren.

Ich möchte eine Zwischenbilanz ziehen: Die Politik dachte viel zu lange viel zu bürokratisch. Die Zahlen wurden unterschätzt. Zu attraktiv war es zu glauben, mit der Diskussion über Kontingente und über die Militarisierung der Flüchtlingspolitik an den **europäischen Außengrenzen** Elend regulieren und von uns fernhalten zu können, und mehr noch: Flüchtlinge von der EU selbst fernhalten zu können.

Klar, auch ich hätte die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Eskalation im aktuellen Studentakt so nicht erwartet. Wer hätte sich schon vor der Sommerpause vorstellen können, was in den letzten Tagen passiert ist? Aber ich sage auch: Wenn der Satz: „Das haben wir vorher nicht gewusst“, in Deutschland fällt, hat das für mich immer noch einen bitteren Nebengeschmack.

Heute haben wir die Gewissheit: Die Menschen werden kommen. Sie werden sich ihre Wege, immer neue Wege, suchen, denn sie haben keine andere Wahl. Sie werden sich weder durch Stacheldraht, noch durch Militär, Polizei, Mauern oder Wasserwerfer abhalten lassen. Sie werden dadurch nur gezwungen, dem üblen Geschäft der Schlepper weiter und noch mehr als bisher ausgeliefert zu sein.

Heute wissen wir auch: Europa steht vor der größten Herausforderung, denn es gibt keine **europäische Solidarität**, weder mit den Fliehenden noch unter den EU-Mitgliedstaaten. Heute wissen wir: Eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union, die Einführung von Schengen vor 30 Jahren, die Freizügigkeit in einem friedlichen Europa, steht vor dem Scheitern. Heute wissen wir aber auch: Bei uns in Deutschland hat die Welle der **Hilfsbereitschaft**, den Vertriebenen bei uns zu helfen anzukommen, ein nicht erhofftes Ausmaß entwickelt. Diese Hilfsbereitschaft und Solidarität ist nicht der Politik zu verdanken, sondern sie kommt

aus der Mitte unserer Gesellschaft, und das ist der wunderbare Wert.

(Beifall PIRATEN und Barbara Ostmeier [CDU])

Ein Danke dafür, Herr Ministerpräsident, reicht nicht. Die **Ehrenamtler**, die **Hauptamtler** und die **Hilfsbereiten** brauchen **aktive Unterstützung**, damit sie die Kraft haben, die Vertriebenen weiter zu unterstützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute wissen wir auch: In einer Zeit, in der sich PEGIDA als Partei konstituieren will und die AfD bei Umfragen in Sachsen genauso hoch abscheidet wie die SPD, in der NPD und Rechtsextreme gegen den Asylmissbrauch hetzen und Flüchtlingsunterkünfte angreifen, müssen wir eine Politik der **Willkommens- und Bleiberechtskultur** so transparent und demokratisch gestalten, dass allen klar wird: Euch wird es dadurch nicht schlechter gehen. Nichts wird euch genommen, allenfalls müssen wir ein wenig zusammenrücken und haben so die Chance, von der kulturellen Vielfalt, die rasch entsteht, zu profitieren.

Eine Willkommenskultur ohne Bleiberechtskultur verhindert eine **Integration**. Deswegen nennen wir immer beides im Zusammenhang.

(Beifall Uli König [PIRATEN] und Sven Krumbek [PIRATEN])

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Noch eine traurige Gewissheit kommt heute hinzu. Die **Landes-CDU** in Schleswig-Holstein, die bislang unabhängig von der Großen Koalition in Berlin den humanitären Konsens in Schleswig-Holstein mitgetragen hat, verabschiedet sich mit ihrem Zehnpunkteplan, der die Handschrift von Thomas de Maizière und der CSU trägt, aus diesem Konsens. Ich bedauere das zutiefst, denn es ist eine fatale Kehrtwende, wie der gestern bekannt gewordene Gesetzentwurf zur Verschärfung der Asylgesetzgebung aufzeigt.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, deswegen frage ich mich, wie Sie dazu kommen, in Ihrer Rede der **CDU-Fraktion** für ihr Angebot zu danken. Ich zitiere: Deshalb freue ich mich über das Angebot der CDU, in dieser Frage zusammenzustehen. - Ich verstehe, dass Sie versuchen wollen, die CDU weiterhin im Boot zu halten. Der Zehnpunkteantrag der CDU ist allerdings ein Griff in den Instrumentenkasten der Abschreckung von Fremden und Asylbewerbern, und er zeigt, dass die CDU das Boot verlassen hat oder gerade dabei ist, es zu verlassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD,

(Angelika Beer)

Grünen und FDP, wir hoffen, dass Sie nicht hinterherspringen.

(Beifall PIRATEN)

Was ist das für eine Sprache? - **Ausreisezentren**, Behördenterminus für Sammellager, aus denen abgewiesene Asylbewerber abgeschoben werden. Dieses Wort stand übrigens auf Platz 2 der Liste zur Auswahl des Unworts 2002. Seien wir doch ehrlich: Die sogenannten Ausreisezentren sind nichts anderes als Sammellager. Der von Ihnen, der CDU, gewählte Begriff sollte wohl suggerieren, dass die Vertriebenen freiwillig in die von Kriegen, Hunger- und Dürrekatastrophen gezeichneten Länder zurückkehren. Nein, wir wissen, das ist nicht so. Ich möchte zitieren: Dieses Wort soll offenbar Vorstellungen von freiwilligen Auswanderungen oder gar Urlaubsreisen wecken. Es verdeckt damit auf zynische Weise einen Sachverhalt, der den Behörden wohl immer noch peinlich ist, sonst hätte man eine ehrliche Benennung gewählt.

Durch solche Vorschläge werden Flüchtlinge in die Illegalität gedrängt. **Flüchtlinge**, die untertauchen, verzichten auf ihre Unterhaltssicherung und verlieren jegliche Ansprüche nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, aber auch von der FDP, ich appelliere daran, dass wir das nicht zulassen; weder bei uns im Land noch im Bundestag. Der **Flüchtlingsbeauftragte** hat in seiner aktuellen Stellungnahme an die Landesregierung hier in Schleswig-Holstein appelliert, das Menschenrecht auf Asyl nicht noch weiter auszuhebeln, wie es vor zwei Wochen im Zusammenhang mit dem Winterabschiebestopff geschehen ist.

Für meine Fraktion und für die PIRATEN setze ich hinzu und halte dieser Aufweichung entgegen: Ja, wir müssen die Asylgesetzgebung ändern und von den Füßen auf den Kopf stellen; in Europa, in Deutschland und in unserem Land, aber nicht so, wie der Gesetzentwurf der Bundesregierung es vorsieht. Nein, wir müssen endlich erkennen, dass die geltende **Asylgesetzgebung eine Abwehrgesetzgebung** ist.

(Beifall PIRATEN)

Sie richtet sich gegen Flucht, Asyl und Menschen. Wir brauchen den Mut, Asylgesetze so zu ändern, dass sie zu der sich tatsächlich verändernden Zukunft in unserem Land passt. Das heißt, wir müssen sie so ändern, dass sie für die Menschen und nicht gegen sie ist.

Im Moment ist es doch so, dass sich Deutschland hinter einer Kissenburg aus Mitgliedstaaten versteckt und aus dieser sicheren Position heraus den Moralapostel spielt, während den südlichen Mitgliedstaaten und Ungarn die größte Verantwortung für die gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik aufgebürdet wird. Ich halte das für unfair. Es waren doch Sozialdemokraten und Grüne, die Anfang dieses Jahrtausends mithilfe der Dublin-II-Verordnung die Grenzen für Flüchtlinge und Vertriebene verschlossen und somit das professionelle Schleusertum an den europäischen Außengrenzen erst zu einem lukrativen Geschäft gemacht haben.

(Beifall PIRATEN)

Ich sage es noch einmal: Wir brauchen eine grundlegende **Reform des europäischen Asylrechts**. Die Aufhebung des Asylkompromisses vom Dezember 1992 und somit eine Rückkehr zum schrankenlosen Grundrecht auf Asyl wäre der erste Schritt auf dem Weg zu einer vernünftigen Wende.

(Beifall PIRATEN)

Wir brauchen Botschaftsasyl, das gerade für Deutschland auch eine historische Bedeutung hat. Wir brauchen legale Zuwanderung und Einreise. Was folgt stattdessen aus Ihrer Rede? - Kein neuer Gedanke, keine neue Idee, keine Bewegung, sondern die Annäherung an die Positionen von CSU und CDU.

Herr Ministerpräsident, manchmal habe ich den Eindruck, dass Sie gar nicht in der Lage sind, zwischen **Ehrenamt und Hauptamt** zu unterscheiden. Die Ehrenamtlichen sind an der Grenze, die Hauptamtlichen sind es auch. Sie erwähnten die Bürgerversammlung in Boostedt, auf der Sie gesprochen haben. Diese Bürgerversammlung hat Sie aber persönlich dringend gebeten, dass die Ehrenamtlichen Unterstützung erhalten. Sie haben daraufhin schriftlich geantwortet, das sei an den Stellen, an denen Erstaufnahmeeinrichtungen eingerichtet würden, nicht vorgesehen.

Herr Albig, zu Ihrer Rede von vor zwei Wochen in Neumünster: Sie haben vor ungefähr 100 Ehrenamtlichen und überwiegend Hauptamtlichen bei der Diakonie gesprochen. Haben Sie nicht gemerkt, wie es wirkt, wenn Sie dort Märchen erzählen, und zwar vor Menschen, die alle am Ende ihrer Kraft sind und um Hilfe dabei bitten, Flüchtlingen helfen zu können? Sie haben ein Märchen von Neumünster im Jahr 2030 erzählt und davon, wie gut der Ministerpräsident war, der alle zum Flüchtlingspakt eingeladen hatte. 30 Jahre später sei Neumünster ei-

(Angelika Beer)

ne prosperierende Stadt, es gebe keine Arbeitslosigkeit, die Wirtschaft boome, alle Flüchtlinge, die damals in den Erstaufnahmeeinrichtungen, zum Beispiel in Boostedt, aufgenommen worden seien, seien voll integriert, es gebe keine Probleme. - Die Menschen waren angesichts Ihrer Rede fassungslos. Haben Sie das nicht gemerkt?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sprechen von einer **gesamtgesellschaftlichen Aufgabe**. Herr Ministerpräsident, dies teile ich. Wir sollten dann aber auch versuchen, diese interfraktionell im Landtag zu begleiten. Ich glaube, dass Sie auch hier eine etwas andere Vorstellung haben. Ich glaube nicht, dass Sie dem Gesamtkonsens hier im Landtag helfen oder die CDU wieder mit ins Boot nehmen, wenn man Sie und den Innenminister bei TV-Terminen in Aufnahmeeinrichtungen sieht, bei denen Sie nur SPD-Landtagsabgeordnete begleiten, nicht aber Abgeordnete aller Fraktionen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD] - Weitere Zurufe CDU und SPD)

- Wenn man Konsens will, dann muss man sich bemühen. Dann muss man hier die Debatten führen, Serpil. Dann muss man den Mut haben, einkassierte Beschlüsse zum **Abschiebestopp** hier zu diskutieren und nicht nur mit dem Koalitionspartner in einer Krisensitzung. Wenn die **Roma** und die **Sinti** hier sind, dann muss man den Mut haben, hier zu sagen: Hört mal, wir haben in einer Regierungserklärung vor wenigen Wochen etwas versprochen, nämlich dass wir zu dem Winterabschiebestopp stehen, aber, liebe Sinti und Roma, wir haben nun nicht mehr den Mut dazu. Es tut uns leid, dass es nun die Roma trifft. Wir wissen zwar, sie werden ethnisch verfolgt, aber wir weiten die Zahl der sicheren Drittländer jetzt aus.

Das ist keine Politik des Dialogs und der Anerkennung, sondern das beschädigt den Konsens hier im Haus. Das beschädigt die Glaubwürdigkeit unserer Sinti und Roma, die versuchen, den Roma vor Ort zu helfen. Sie sind heute nicht hier, um zuzuhören, weil Matthäus Weiß und Hauke Bruhns heute Morgen mit Hilfsgütern nach Flensburg gefahren sind. Sie haben gesagt: Wir helfen jetzt, aber wir sind traurig darüber, dass nicht einmal diese Regierung die Offenheit hatte, eine solche Kehrtwende zu bestätigen.

(Zuruf Sandra Redmann [SPD])

Eine heutige Regierungserklärung, die nur noch die Halbwertszeit von Wochen hat, ist zu bedauern. Das aber ist das Positive an dieser Halbwertszeit: Gerade darum haben wir uns die Mühe gemacht,

neue Vorschläge zu unterbreiten, in der Hoffnung, dass diese Vorschläge in Ihrer nächsten Rede aufgenommen werden: Raus aus der Sackgasse.

Ich möchte noch zur Frage des Landes, der Krise und der Kommunen kommen. Ich weiß, in diesem Bereich können Sie keine Kritik ab, aber ich glaube, man muss sich diese anhören. Der Antrag meiner Fraktion aus dem November 2014 hatte drei entscheidende Punkte: Verlängerung und Wiedereinsetzung des Winterabschiebestopps, Ausweitung der Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein und Unterstützung von lifeline, damit wir die vermehrten minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge mit Vormundschaften versorgen können. Dieser Antrag stammt - wie gesagt - aus dem November 2014. Dieser Antrag wird von der Koalition im Ausschuss blockiert. Er ist erst in der letzten Woche wieder auf die nächsten Ausschusssitzungen verschoben worden. Das ist doch nichts anderes als der Versuch, sich aus der verantwortlichen politischen Debatte herauszuziehen.

(Beifall PIRATEN)

Herr Ministerpräsident, ja, Schleswig-Holstein hat immerhin schneller als der Bund darauf bestanden, die Zahlen nach oben zu korrigieren. Ja, Sie haben jetzt mit einer riesigen Geschwindigkeit die Landespolizei losgeschickt, um zu schauen, wo noch Platz im Land ist. Trotzdem hätte das alles vorher passieren können. Ich sage: Nicht nur „hätte, hätte“, sondern haben Sie jetzt den Mut, wenn Sie von 15.000 notwendigen **Plätzen** sprechen, und machen Sie nicht wieder falsche Versprechen! Legen Sie sich nicht auf Zahlen fest. Wir wissen nicht, wie viele Flüchtlinge kommen werden. **Planen** Sie für das Doppelte. Reden Sie mit den Kommunen im Voraus und sagen Sie: Hört mal, für den Fall, dass die Krisen noch schlimmer werden und noch mehr Menschen kommen, kann es sein, dass wir euch bitten, genau diese Gebäude zur Verfügung zu stellen.

(Sandra Redmann [SPD]: Das ist jenseits von Gut und Böse!)

Dann haben wir nicht mehr das, was in Glückstadt und Lübeck passiert ist. Dann haben Sie eine Situation, dass die Kommunen vorab informiert sind und die Kommunalparlamente nicht einfach nur mit den Tatsachen konfrontiert werden.

(Zurufe SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sollten auf das Doppelte von dem planen, was heute versprochen worden ist, auch wenn Sie wissen - das haben sie ja in der Haushaltsdebatte zugegeben -, dass das

(Angelika Beer)

Geld nicht reicht. Aber ich hoffe, auch da finden wir einen Konsens. Denn da sind wir voll bei Ihnen. Die Menschenwürde und die Würde eines jeden Menschen kann nicht nach Haushaltslage sortiert werden. Deswegen werden wir in den nächsten Diskussionen dort unterstützend begleiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass die nächsten Gipfel nicht wieder dazu führen, dass Grundrechte von Flüchtlingen, von Menschen, weiter reduziert und beschnitten werden. Wir wollen eine Reform des Asylrechtes. Dazu gehört auch die Diskussion der **Aufnahme neuer Asylgründe**. Denn was zurzeit bei uns im Asylgesetz steht, reicht bei Weitem nicht mehr aus. Wir wollen zum Beispiel die Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung diskutieren. Wir wollen die Verfolgung diskutieren, wenn jede staatliche Souveränität und Autorität zusammengebrochen ist. Das sind dann keine Wirtschaftsflüchtlinge, sondern es sind Flüchtlinge, die geschützt werden, zum Beispiel aus den zukünftig sogenannten sicheren Drittländern, in denen noch heute Blutrache gilt, archaisches Gewohnheitsrecht, welches die staatliche Autorität unterminiert und rechtsstaatliche Prinzipien ignoriert. Auch das ist ein Grund zu fliehen, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen.

Wir wollen, dass ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt, da die staatliche Autorität nicht in der Lage ist, diese Personen vor der Blutrache zu schützen, ein derartiger Grund wird. Auch sie sollen ein Recht bekommen, ihr Land zu verlassen.

Wir wollen die Diskussion über **sichere Herkunftsstaaten** beenden. Es gibt einen Vorschlag unseres stellvertretenden Ministerpräsidenten. Wir konnten es im „Spiegel“ nachlesen. Das ist ein guter und sinnvoller Vorschlag. Über die Roma habe ich bereits gesprochen. Ich würde diese Diskussion gern als schlechten Witz verstehen, aber es ist leider keiner.

Ich will ein Beispiel nennen. Es gibt deutsche Gerichte, die geurteilt haben, dass bereits die Rückschiebung nach Ungarn zu verweigern ist, also in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union, und zwar wegen der dortigen Menschenrechtslage. Jetzt wird darüber geredet, noch mehr Menschen in noch mehr **Staaten** zurückzuschieben, in denen die **Menschenrechte** ebenfalls nicht sichergestellt sind. Was hat das mit humanitärer Politik zu tun?

Wenn es Europa schon nicht schafft, in seinen Mitgliedstaaten die Menschenrechte hinreichend zu

wahren, wie sollen wir dann glauben können, dass dies in anderen Staaten gewährleistet wird? Wenn sich Bundestagsabgeordnete aus dem südlichen Freistaat erdreisten, Abschiebungen zurück nach Syrien zu fordern, wie soll man da Einschätzungen einer auch von diesen gemeinsam getragenen Bundesregierung zur Menschenrechtslage in anderen Staaten vertrauen können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen unser Antrag zur **Definition unsicherer Herkunftsländer**. Ich will die Kernpunkte hier noch einmal kurz vortragen.

Die Flüchtlingsbewegung und die Hilflosigkeit auch der EU-Mitgliedstaaten erfordern eine neue Flüchtlingspolitik. Deswegen fordern wir die Landesregierung und hier den Herrn Ministerpräsidenten, auf, sich bei den bevorstehenden Gipfeln auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass die Vorschläge für die Ausweitung der sogenannten sicheren Herkunftsländer generell durch die Landesregierung abgelehnt werden. Bisher haben sie das versprochen, heute nicht mehr.

Wir fordern, stattdessen aufgrund der Berichte des UNHCR eine Liste derjenigen 31 Länder zu erstellen und zu überprüfen, bei denen wir davon ausgehen müssen, dass sie unsichere Länder sind.

Wir fordern, dass Menschen, ohne ihr eigenes Leben zu gefährden, diese auch verlassen können müssen und die Beschleunigung der Anerkennung der Asylverfahren und Nichtwirksamkeit der Dublin-Verordnung innerhalb der EU-Mitgliedstaaten durch das humanitäre Völkerrecht zu ersetzen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Ansatz, von dem die FDP übrigens gar nicht so weit weg ist, nur dass sie keinen Begriff gefunden hat, wie wir zu sagen: Wir wollen die unsicheren statt die sicheren Herkunftsstaaten definieren.

Wir müssen den Menschen, die ihre Heimat durch Krieg, Hunger und Vertreibung verloren haben, eine sichere Zukunft bieten. Die **Konflikte im Nahen Osten** und die dadurch verursachten Flüchtlingsströme stellen unser Land vor eine massive Herausforderung. Die Lage in den bestehenden Erstaufnahmeeinrichtungen ist - wir wissen es - zurzeit fatal, aber wir werden es gemeinsam in Kürze zu verbessern versuchen.

Und es ist doch nicht nur der Nahe Osten. Sowohl die **Russland-Ukraine-Krise** - da stimme ich Herrn Stegner zu -, als auch der vormalige Konflikt zwischen **Georgien und Russland** zeigen doch, wie schnell im Moment noch ferne Krisen zu be-

(Angelika Beer)

waffneten Krisen, zu Bürgerkriegen werden und damit auch zu neuen Fluchtursachen führen können. Wohin sollen diese Menschen dann, wenn nicht nach Europa? 2,4 Millionen Menschen sind vor den Kämpfen in der Ostukraine geflohen. Auch das sollten wir sehen, wenn wir in die Zukunft schauen.

Im Gegensatz zur EU-Kommission, die die Türkei als sicheres Herkunftsland betrachtet, sehen viele europäische Regierungen die Situation in der **Türkei** zum Glück deutlich kritischer. Die Türkei ist angesichts der Grundrechtslage, der Einschränkung der Pressefreiheit und der eskalierenden Kurdsituation alles andere als ein sicheres Land. Um übrigens noch einmal auf die Bundesverantwortung zu sprechen zu kommen: Die Verantwortung dafür, dass sich die Türkei ganz offensichtlich von der Europäischen Union abwendet - auch das ist Politik aus deutscher Hand. Denn es ist die Bundeskanzlerin, die über 30 Jahre lang verhindert hat - davor war es Kohl - ernsthaft mit der Türkei über eine EU-Mitgliedschaft zu verhandeln.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist gut und richtig, die **Bearbeitungsdauer** von **Asylanträgen** verkürzen zu wollen. Damit komme ich auch zu dem, was gestern passiert ist, zum Rücktritt des Präsidenten des BAMF. Es muss einen schon stutzig machen, wenn der Sprecher von Pro Asyl sagt, er bedauere das zutiefst, weil sich dieser Präsident engagiert und nach vorn geschaut habe und trotzdem gescheitert sei. Wo liegt denn die Verantwortung? Meine Schlussfolgerung ist: Die Verantwortung liegt bei der Bundesregierung, und zwar bei dem zuständigen Minister, bei de Maizière.

(Beifall PIRATEN)

Herr Albig, da kann ich nur sagen: Wenn Sie zum nächsten **Gipfel** nach **Berlin** fahren, dann prüfen Sie die Ursachen, ob es so ist. Dann regen Sie doch einmal an, zu schauen, ob es nicht höchste Zeit ist, einen Minister, der schon das Verteidigungsministerium durch Bürokratie und Uneinsichtigkeit an die Wand gefahren hat und der dann noch schnell ins Innenministerium gewechselt ist, jetzt überhaupt noch in der Lage und der Richtige ist,

(Beifall PIRATEN)

das Innenministerium zu führen, indem er die humanitäre Katastrophe in Deutschland negiert und die Bauernopfer springen lässt.

(Serpil Midyatli [SPD]: Er kann doch nicht alles machen!)

- Er kann es versuchen. Ein paar klare Töne wären doch angebracht.

Mir wird gruselig, wenn ich das Papier von Herrn de Maizière lese. Wir haben es inzwischen doch alle bekommen. Wenn das unter einem solchen Minister durchgesetzt wird, dann wird er wahrscheinlich seine Kompetenzen als ehemaliger Verteidigungsminister mit den Kompetenzen als Innenminister weiter vermischen. Ich will keinen Militäreinsatz zum Abschießen von Schlepperbooten.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ich will engagierte Menschen, die helfen, dass Krisen durch eine kluge **Entwicklungspolitik** frühzeitig bekämpft werden, ohne dass Militär eingesetzt wird. Es ist gut, wenn die Bundeswehr hilft. Wir haben parallel dazu eine Pressekonferenz am Kieler Standort. Hilfe der Bundeswehr im humanitären Bereich ist sinnvoll. Das ist aber auch schon wieder eine Grauzone, die wir jetzt aber in Anspruch nehmen. Hier entwickelt sich etwas auf Bundesebene und dann auch noch auf europäischer Ebene. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch beschlossen, dass wir der zweiten Stufe der militärischen Beteiligung im Rahmen der **Abwehr von Flüchtlingen an den Außengrenzen der EU** zustimmen. Das ist Bundespolitik. Das ist eine Sackgassenpolitik. Davon wollen wir weg.

(Beifall PIRATEN)

Wir möchten, dass Schleswig-Holstein uns hilft, solche Fehlentwicklungen mit aller Kraft zu bekämpfen.

Es ist doch die Schlepperindustrie, die gerade davon profitiert. Wir waren uns hier einig, dass Dublin gescheitert ist.

Deswegen wollte ich bei Ralf Stegner eine Zwischenfrage stellen, als er über die Vorschläge der Europäischen Union in der Verordnung des Europäischen Parlaments zum Umsiedlungsmechanismus für Krisensituationen sprach. Das klang ja so, als wenn er diesen Vorschlag vom 9. September 2015 gut findet und bedauert, dass die Verhandlungen dazu ins Stocken geraten sind.

Ich wollte ihn fragen, wie er das mit unserem Landtagsbeschluss vereinbart, den vier Fraktionen beschlossen haben und in dem wir gesagt haben, dass Dublin gescheitert ist. In dieser Verordnung steht aber, dass dieser **Umsiedlungsbeschluss** gefasst werden soll, um sicherzustellen, dass Dublin weiter funktioniert. Da lügt doch die eine Hand in die andere Tasche. Das kann doch nicht kontinuierliche Politik sein. Man kann nicht im Landtag einen Be-

(Angelika Beer)

schluss fassen und auf europäischer Ebene genau das Gegenteil vertreten.

(Beifall PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem **Dublin-Abkommen** haben die wirtschaftlich starken Staaten die gesamte Last der schon vor Jahren prognostizierten Entwicklung auf die Pufferstaaten im Süden und Osten verlagert. Man gewinnt doch fast den Eindruck, die europäische Idee beruht zurzeit nur noch darauf, sich vor der Verantwortung zu verstecken, und zwar auf Kosten einiger Länder am Rande der Europäischen Union, die ihren Preis für ihre Mitgliedschaft bezahlen müssen. Die letzte Erweiterung der Europäischen Union war politisch durchaus umstritten. Es ist diskutiert worden, ob man diese Länder aufnimmt, obwohl klar war, dass sie die Kopenhagener Kriterien die Menschenrechtsbedingungen betreffend nicht erfüllen.

Außerdem gab es einen politischen Konsens. Die Länder, die zu Europa gehören, nämlich die Balkanstaaten, die einen Krieg hinter sich haben, den die EU übrigens hätte verhindern können, wenn es damals eine europäische Außenpolitik gegeben hätte, nun einfach als schwarzes Loch in Europa dahinvegetieren zu lassen und jetzt auch noch als sichere Drittstaaten zu deklarieren, diese Unglaubwürdigkeit ist auch ein Bestandteil dessen, dass die Menschen uns nicht mehr glauben, wenn wir sagen: Wir streiten und kämpfen für ein friedliches und solidarisches Europa. - Wir tun es eben nicht, jedenfalls nicht in aller Klarheit. Das ist der Punkt.

Kollege Stegner hat das in den Haushaltsberatungen angesprochen. Ich verstehe auch nicht, warum das verschwiegen wird. Es geht nicht nur darum, wie die Kosten aufgeteilt werden. Ich bin dagegen, kleine Staaten, die seit Jahren Massen an Flüchtlingen unterbringen und die viel zu wenig Unterstützung bekommen, wie Italien, Spanien, Ungarn, Kroatien - -

(Zuruf SPD: Ungarn?)

Den **Friedensnobelpreis** hat sich die **EU** nicht verdient. Sie sollte ihn wirklich zurückgeben.

(Beifall PIRATEN)

Ich sage noch etwas: Den Friedensnobelpreis hat Barack Obama erhalten, der mit militärischen Koalitionen beliebiger Art versucht, unliebsame Diktatoren, die wir alle verurteilen, durch Militäreinsätze zu bekämpfen und gezielt zu ermorden. Regime-Change nennt man das auch: Syrien, Irak, Libyen. Das alles hat er getan, ohne auch nur einen Gedan-

ken daran zu verschwenden, was aus diesen Ländern hinterher wird.

Die Europäische Union, auch die Bundesregierung, nehmen auf Anregung der Amerikaner am Antiterrorkampf teil. Der Islamische Staat ist aufgrund dieser Politik erst entstanden. Am Mittwoch ist im Kabinett beschlossen worden, die **Rüstungsexporte** an diese Koalition im Kampf gegen den Terrorismus auszuweiten.

Merkt ihr denn nicht, dass man genau die falschen Instrumente wählt? Das ist nicht Friedensnobelpreis. Das ist das Schüren von weiteren Kriegen und Konflikten. Der Preis dafür werden weitere Flüchtlinge in den nächsten Jahren sein. Wir wissen doch, dass das nicht aufhören wird.

(Beifall PIRATEN)

Deswegen zum Schluss meine Bitte an die Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Herr Albig, stoppen Sie auf Bundesebene den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verschärfung und Aushöhlung des Asylrechts. Schreiben Sie eine Asylgesetzgebung für Flüchtlinge und nicht gegen Flüchtlinge. Nehmen Sie die Integration ernst und lassen Sie uns überlegen, ob wir dem falschen Sprachgebrauch von Migrantenflut, Flüchtlingsflut und so weiter nicht etwas entgegensetzen sollten. Sind es nicht Vertriebene, denen wir bei uns das Willkommen und das Bleiben ermöglichen wollen?

Wehren Sie sich dagegen, dass diese Bundesregierung auf europäischer Ebene den Verordnungen zustimmt, die Dublin III für die Zukunft fest schreibt. Wehren Sie sich dagegen. Wir hatten einen Konsens, dass wir gegen Schlepper sind, denen die Menschenrechte und das Leben der Flüchtlinge letztlich vollkommen egal sind.

Wenn Sie sich dafür einsetzen, können Sie mit Unterstützung rechnen. Wenn Sie allerdings weiter in Kabinettsbeschlüssen Grundlagen der schleswig-holsteinischen Willkommenskultur ausblenden, dann müssen Sie auch mit erheblichem und konsequentem Widerstand von uns rechnen. - Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich zu meiner eigentlichen Rede komme, will ich sagen, dass ich heute Morgen einigermaßen entsetzt war, als ich die Rede des Kollegen Günther gehört habe.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Kollege Günther hat vom Anlocken von Flüchtlingen gesprochen. Er sprach davon, dass die Flüchtlinge in die Sozialsysteme einwanderten, was nichts anderes als Asylmissbrauch sei. Er sprach davon, dass man Lager für ganz bestimmte Ethnien einrichten müsse, um sie dann besser abschieben zu können. Zu Ihren Vorschlägen gehört der Wunsch nach einem **Abschiebeknast** in Schleswig-Holstein.

(Zuruf Astrid Damerow [CDU])

Er hat allen Ernstes gesagt, die **innere Sicherheit** in Schleswig-Holstein sei gefährdet, weil die Landespolizei bei der Flüchtlingshilfe unterstütze.

Ich bin seit 15 Jahren in diesem Parlament und war in diesen 15 Jahren froh, dass es hier keine Rechtspopulisten gegeben hat. Heute habe ich durch die Rede des Kollegen Günther zum ersten Mal einen Eindruck davon gewonnen, wie es sein könnte, wenn solche Leute in diesem Parlament wären.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Er hat die Rede ja nicht für sich selbst gehalten. Er ist der Fraktionsvorsitzende der Christlich Demokratischen Union. Er hat diese Rede für Sie hier gehalten. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich erwarte, dass Sie in der Fraktion aufstehen und dem etwas entgegensetzen,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

weil diese Rede, die er gehalten hat, einfach nur eklig war.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Man kann gerne Kritik äußern. Das tun alle. Das hat Frau Beer gemacht. Das hat auch der Kollege Kubicki gemacht.

Aber ich habe bei den Rednern, sowohl bei unseren Koalitionsrednern als auch bei den Rednern der anderen beiden Oppositionsfraktionen, immer das Gefühl gehabt, dass sich auch ihr Handeln und ihr Reden an humanistischen Werten orientieren und dass

es das ist, was uns eint. Ich habe beim Kollegen Günther genau das Gefühl nicht mehr gehabt. Das ist eigentlich schade.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Was interessieren uns Ihre Gefühle? Können Sie das zu Hause auspacken und analysieren?)

- Es ist nun einmal so, dass Sie das ertragen müssen und dass man ein solches Thema mit einer gewissen Ruhe und mit einer gewissen Humanität angehen muss.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ja schlimm, Ihre Rede! Das ist ja schlimm!)

Heute Morgen war ich echt sauer. Dass ich jetzt so ruhig darüber sprechen kann, liegt nur daran, dass ich eine gute Erziehung durch meine Eltern genossen habe, denn sonst wäre mir viel anderes eingefallen zu dieser Rede, die da gehalten wurde.

(Heiterkeit SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun aber zu meiner eigentlichen Rede: Dieser Sommer hat Deutschland und Schleswig-Holstein tatsächlich verändert. Was vorher andere betroffen hat, betrifft nun auch uns. Tagtäglich überschlagen sich die Ereignisse. Tagtäglich gilt es, den Herausforderungen gerecht zu werden und dabei möglichst einen kühlen Kopf zu bewahren.

Denn es ist kein Geheimnis, dass der Druck zum jetzigen Zeitpunkt enorm groß ist, und zwar auf allen Ebenen. Keine der staatlichen oder überstaatlichen Ebenen kann und sollte sich in dieser Situation aus der Verantwortung stehlen.

Angesichts der hohen Anzahl an Flüchtlingen sind wir alle aufeinander angewiesen. Die Meldung der Bundesregierung, die Mittel für die **Flüchtlingshilfe** zu erhöhen, ist ein positives Signal. Diese Mittel werden auf Länder - und kommunaler Ebene verteilt und können sicherlich zur Entlastung etwas beitragen.

Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Monaten außerordentliche Leistungen erbracht und die Kommunen zusätzlich unterstützt. Zudem hat das Land bisher die Mittel für die Deutsch-als-Fremdsprache-Kurse erhöht. Gleiches gilt übrigens auch für die Gerichte, die sich mehrheitlich mit den Anliegen in Sachen **Asylverfahren** beschäftigen. Ebenso wurde die **Unterstützung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge** sowie die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge aufgestockt. Darüber hinaus hat das Land mehr als 200 neue Lehrer

(Lars Harms)

für diesen Zweck eingestellt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für die gute **Integration** der Menschen vor Ort.

(Beifall SSW und SPD)

In puncto Unterbringung besteht seit einigen Jahren ein enger Austausch, zwischen Land und Kommunen. Die **Unterbringung** von den Menschen, die zu uns kommen, ist das zentrale Thema auf kommunaler Ebene und auch die zentrale Herausforderung. Auch diese Woche hat es wieder Gespräche mit Land und Kommunen gegeben, und diese würde ich, anders als die Presse, nicht als Notgipfel bezeichnen, sondern vielmehr war es ein Gespräch lösungsorientierter Art. Dabei hat man gemeinsam über die Herausforderungen und darüber gesprochen, wie man sie meistern kann. Ich habe auch das Gefühl: Die **Rückmeldung aus der kommunalen Familie** war durchaus positiv, und man geht dieses Problem weiterhin gemeinsam an. Ich finde, es ist ganz klasse, wie gut die Zusammenarbeit mit den Kommunen funktioniert.

Nun geht es darum, flexible Möglichkeiten im Bereich der Wohnsituation zu schaffen. Für gängige Bauplanungen, die normalerweise gern zwei bis zweieinhalb Jahre in Anspruch nehmen, müssen wir jetzt schnellere Möglichkeiten schaffen. Dazu müssen wir jetzt das **Landesplanungsgesetz**, entsprechende Bauordnungen und vielleicht anderes unter die Lupe nehmen und schauen, wo wir etwas zu beschleunigten Vorgehensweisen beitragen können.

Das Land steht wie in der Vergangenheit auch zu seiner 70-30-Finanzierung, die den Kommunen eine absolute Sicherheit gibt - und das ohne Abzüge und unverzüglich. Unser Bundesland hat nicht nur in diesem Sommer, sondern schon darüber hinaus enorme Vorleistungen erbracht. Mehr als 200 Millionen € wurden für Bereiche ausgegeben, für die das Land strenggenommen gar nicht zuständig ist. Das ist sicher keine Selbstverständlichkeit, was klar wird, wenn wir unseren Blick in andere Bundesländer richten.

In diesem Punkt hat sich die Landesregierung schon viel früher auf dem Weg gemacht, als es jetzt beispielsweise bei der Bundesregierung der Fall ist. Schleswig-Holstein hat die richtigen Entscheidungen getroffen. Mehr noch: Wenn das Geld vom Bund kommt, kann das Land noch mehr für die **Flüchtlingshilfe** tun. Daher sind wir bei uns im nördlichsten Bundesland schon ganz gut aufgestellt. Das hat natürlich auch mit der Haushaltspolitik unseres Landes zu tun, für die ich insbesondere Finanzministerin Monika Heinold danken möchte.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt natürlich auch für die regierungstragenden Fraktionen, die in den vorangegangenen Jahren Disziplin geübt haben. So wurde ein finanzieller Puffer geschaffen, der uns jetzt die nötige Luft verschafft, um die nötigen finanzpolitischen Maßnahmen in Sachen Flüchtlingshilfe auch anzuschieben. Finanztechnisch können wir dieser Aufgabe gerecht werden, und die Umsetzung ist glücklicherweise schon in vollem Gange.

So wurden etwa **Erstaufnahmeeinrichtungen** innerhalb kürzester Zeit eingerichtet beziehungsweise erweitert. In den nächsten Monaten sollen an insgesamt elf Orten im Land - selbst das ist vielleicht noch nicht das letzte Wort - Erstaufnahmeeinrichtungen oder entsprechende Übergangslösungen in Betrieb genommen werden.

Die tägliche Arbeit in und rund um die Erstaufnahmeeinrichtungen finden wir als SSW beeindruckend. Landesbeamte, Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes, Freiwillige und viele andere Menschen arbeiten Hand in Hand. Ihnen allen gebührt unser Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Unser Dank gilt natürlich auch Innenminister Studt, seiner Staatssekretärin, Frau Söller-Winkler, und ihrem Team, die wirklich eine super Arbeit in der letzten Zeit hingelegt haben. Es ist absolut nicht einfach, in einer solchen Situation, in der sich die Lage ständig ändert und in der man ständig anderen sagen muss: „Wir müssen noch einmal nacharbeiten. Wir müssen noch einmal eine Einrichtung bei euch erweitern“, und in der man Einspruchswege, die man üblicherweise kennt, nicht mehr einhalten kann. Diese kommunikative Leistung ist wirklich herausragend. - Ich muss ganz ehrlich sagen, lieber Innenminister Studt: Das ist wirklich ganz gut gelaufen im Innenministerium.

(Beifall SSW und SPD)

Man hat jetzt gemeinsam mit der Landespolizei eine Arbeitsgruppe zusammengestellt. Diese Arbeitsgruppe leistet ebenfalls hervorragende organisatorische und praktische Arbeit an den Erstaufnahmeeinrichtungen und darüber hinaus.

Es ist klar - meine Damen und Herren, das müssen wir wissen -, dass diese Arbeit keine Projektarbeit, sondern eine **Daueraufgabe** ist. Deswegen ist es auch richtig, dass der Ministerpräsident gerade eben schon angekündigt hat, dass wir auch bei den Stellen der Polizei noch nachjustieren müssen. Ich

(Lars Harms)

glaube, es ist ganz wichtig, damit Ewiggestrige ihre Parolen von irgendwelchen Gefährdungen der inneren Sicherheit in irgendeiner Art und Weise in die Öffentlichkeit bringen.

(Beifall SSW)

Dann muss man auch einmal darüber nachdenken, wie die derzeit sich entwickelnden Strukturen längerfristig erhalten oder gar ausgebaut werden könnten: für eine effiziente und stabile Infrastruktur in diesem Bereich.

Auf Bundesebene befindet man sich derzeit im intensiven Gespräch mit Ländern und Kommunen. Die Gespräche am vergangenen Montag waren nur ein Anfang. Tragfähige Lösungen müssen jetzt auf den Tisch, und gleichzeitig müssen sie auch anpassbar sein. Und klar ist auch, dass es immer wieder einen Kompromiss geben wird. Klar ist auch, dass vielerorts ein Umdenken vonnöten ist und Entscheidungen immer wieder modifiziert werden müssen.

Wir als SSW sind bereit, Verantwortung zu tragen, uns zu beteiligen und auch große Lösungen mitzutragen. Schon jetzt ist klar, dass wir ganz dringend mehr Erstaufnahmepplätze brauchen. 15.000 Plätze sollen es bei uns im Land werden. Das ist fast eine Verdoppelung. Aber Berlin muss auch andere Bundesländer dazu animieren, schnell zu handeln, um vor allem Bayern zu entlasten.

Zur Erstversorgung und Unterbringung kommt ein weiterer Knackpunkt hinzu, nämlich die **Verweildauer der Flüchtlinge** und Asylsuchenden. Die Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden, und dazu ist vor allem eins nötig: mehr Personal. Das Problem der Verfahrensabhandlung ist jedoch sehr vielschichtig und komplex. Denn im Grunde genommen braucht es eine **Harmonisierung der Verfahren auf europäischer Ebene**, gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die Verteilungsquote der Flüchtlinge. Wir sind also bei Weitem noch nicht am Ende angelangt. Wir müssen uns nicht nur auf deutschlandweiter Ebene zwischen den einzelnen Parteien und Organisationen verständigen, die sich in diesem Feld bewegen, sondern wir werden nicht umhinkommen, uns auch mit den europäischen Staaten zu einigen, um ein **Europäisches Flüchtlingsregime** überhaupt auf die Beine stellen zu können. Das erfordert auch Kompromisse, so bitter es ist. Wir werden auch Kompromisse schließen müssen. Wir werden auch Kröten schlucken müssen, die uns allen nicht passen, um es tatsächlich hinzubekommen, dass es eine sichere Möglichkeit für diejenigen geben wird, in der ge-

samten EU Asyl erhalten zu können. Ansonsten bricht das System zusammen.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

An dieser Stelle sei aber auch gesagt, dass wir als SSW ganz klar eine solidarische Aufnahme der Flüchtlinge innerhalb der EU einfordern: ohne Extrawürste, ohne Deals und ohne Freikaufoptionen. Die EU wurde als Wirtschaftsgemeinschaft gegründet und agiert leider auch heute noch so. Das macht die Sache nicht einfacher.

Wenn man nicht möchte, dass sich die Flüchtlinge ihr neues Zuhause nur in einer Handvoll Mitgliedsstaaten aussuchen können, muss man auf europäischer Ebene die Ärmel hochkrepeln. Es wird große Diskussionen geben; das ist klar. Trotzdem müssen wir daran festhalten, dass hier europaweit eine Lösung gefunden werden muss.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine Quote, und wir brauchen vergleichbare humanitäre Regelungen im Asylrecht. Die **Souveränität über das Asylrecht** des jeweiligen Landes aber liegt bei den Nationalstaaten. Es bildet die Säule vieler Nationalstaaten und ist bisweilen - wie bei uns - sogar in der Verfassung verankert. Wir als Politik dürfen nicht zögern, diese Diskussion anzugehen, auch wenn es eventuell ein Ändern der Standards in puncto deutscher Rechtswege mit sich bringen kann. Es ist, finde ich, jetzt schon die bittere Erkenntnis, dass das geschehen kann. Dem müssen wir ins Auge sehen; dem dürfen wir nicht aus dem Weg gehen, nur weil wir meinen, wir müssten hier gutmenschlich immer weiter nur unsere Ideallinie verfolgen. Wenn wir uns mit anderen Staaten einigen wollen - dazu hat der Kollege Kubicki vorhin ja schon etwas gesagt -, dann müssen wir auch deren Sorgen und Nöte ernst nehmen, und dann müssen wir schauen, wie wir uns gegenseitig bei unseren Standpunkten abholen können. Das endet üblicherweise in einem Kompromiss, mit dem man dann hoffentlich einigermaßen gut leben kann.

Die EU-Innenminister haben sich kürzlich auf eine **Liste der sicheren Herkunftsstaaten** verständigt und diese erweitert. Es wird sicherlich nicht lange dauern, bis Deutschland nachzieht und Albanien, das Kosovo sowie Montenegro auch zu sicheren Herkunftsländern erklären lässt. Doch was bedeutet eine solche Maßnahme tatsächlich? Ist damit unsere Aufgabe getan? - Ich glaube, nicht. Ich glaube auch, dass die Deklaration zum sicheren Herkunftsstaat nicht unbedingt dazu führt, dass Men-

(Lars Harms)

schen schneller wieder in diese Länder zurückgeführt werden können. Da mögen andere Leute anderer Auffassung sein.

Ich muss auch in Bezug auf den Vorschlag der PI-RATEN sagen: Wir sollten noch einmal darüber nachdenken. Ich will ihn gar nicht in Bausch und Bogen verurteilen. Nur, wenn wir derzeit die Regelung haben, nach der es gewisse Staaten gibt, bei denen wir davon ausgehen, dass man dort sicher ist, so bedeutet das im Umkehrschluss, dass es andere Staaten gibt, die eben möglicherweise nicht sicher sind beziehungsweise bei denen man im Asylverfahren nachprüfen muss, ob sie sicher sind.

Ich will einmal ein Beispiel nennen: Wenn jetzt das kommen würde, was die Kollegin Beer gerade vorgeschlagen hat, dass man die unsicheren Länder festlegt, so könnte man auf den Gedanken kommen, beispielsweise die Türkei nicht als unsicheres Land einzustufen. Das ist ja ein NATO-Partner. Da gibt es viele Aspekte, die da eine Rolle spielen. Wenn es heißt, grundsätzlich sei das Land sicher, könnte dies möglicherweise dazu führen, dass ein kurdischer Dissident keine Chance mehr hätte, hier Asyl zu bekommen. Auch da müssen wir uns genau überlegen, ob der Weg denn richtig ist.

Also, wir wollen alle dasselbe. Wir wollen schnellere Verfahren. Wir wollen sichere Einreisemöglichkeiten. Aber ob das der klügste Weg sein kann, will ich zumindest bezweifeln. Ich will den Vorschlag ja gar nicht abweisen. Mir geht es nur darum, dass wir immer beide Seiten betrachten. Wir wollen etwas Gutes tun - das unterstelle ich den PI-RATEN selbstverständlich auch -, aber es könnte auf einmal zu einem solchen Umkehrschluss kommen, und das wäre dann nicht im Sinne derjenigen, die immer noch die Hoffnung haben, auch wenn sie aus einem solchen Staat wie beispielsweise der Türkei kommen, als Kurde hier Asyl zu bekommen. Das wäre etwas, was wir wahrscheinlich alle nicht wollen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen uns nur die **Zahl der Asylsuchenden vom Balkan** anzusehen. Kein Mensch verlässt gerne seine Heimat, verlässt Freunde, Nachbarn und Familienmitglieder. Niemand macht sich freiwillig mit nur wenigen Habseligkeiten auf den Weg. Nicht wenige der zu uns kommenden Menschen vom Balkan leben in elenden Lebenssituationen. Klar, es gibt auch Ausnahmen. Doch für viele Familien sind Pappkartons und Wellblechhütten ohne ausreichenden Schutz gegen Wind und Wetter Alltag; denn sie leben dort. Diese Menschen sollen nun schnellstmöglich mit dem Hinweis abgeschoben werden, ihr Herkunfts-

land sei sicher, es herrsche kein Krieg, und sie würden nicht verfolgt. Doch mit der Definition von Sicherheit, Krieg und Verfolgung ist es nicht immer ganz einfach. Vieles liegt im Verborgenen. Nur, weil jetzt der westliche Balkan als sicher gilt, dürfen wir nicht nachlassen, uns zu engagieren und **Fluchtursachen** zu minimieren.

Als Land sind wir auf dem Balkan vergleichsweise gut aufgestellt. Durch Akteure wie „Schüler helfen Leben“, der FUEV und auch dem ECMI aus Flensburg bekommen wir als Parlament schon etwas davon mit, wie es den Menschen im Kosovo oder anderswo wirklich geht. Auch wenn rein rechtlich schon vieles in die Wege geleitet wurde, um Diskriminierung und Schikane zu unterbinden, so läuft vieles unter der Hand weiter. Das gilt vor allem für die **Roma**. Jeder, der sich näher mit dem Leben auf dem Balkan beschäftigt hat, kennt die primitiven und vor allem hartnäckigen Vorurteile gegenüber Roma. Mit unseren jahrelang gesammelten Erkenntnissen stünde es uns als Land gut zu Gesicht, in diesem Fall eine Vorreiterrolle zu übernehmen und auf Bundesebene den Finger auf die **Bekämpfung der Fluchtursachen** zu legen und Hilfe für die Roma einzufordern. In dem Moment, in dem die Westbalkanstaaten alle als sichere Herkunftsstaaten gelten, muss es auch gleichzeitig Hilfe für die Roma geben, die vielleicht keiner staatlichen Verfolgung im engeren Sinne unterliegen, aber definitiv einer Ausgrenzung in ihrem Land, die ihnen in ihrem Heimatland keine Möglichkeit eröffnet, wirklich eine Zukunftsperspektive zu haben. Wir müssen also, wenn wir den einen Schritt gehen, den anderen Schritt auch gehen und den Roma in den Balkanstaaten helfen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Bezug auf die europäischen Regelungen hat sich insbesondere eine Regelung selbst überholt, nämlich **Dublin III**. Damals hat man die Regelung unter ganz anderen Voraussetzungen ausgearbeitet und in Kraft gesetzt. Die heutige Ausgangslage hat sich massiv geändert und entspricht einer anderen Wirklichkeit. Schon damals, als Spanien, Italien und Griechenland laut aufgeschrien haben, hätte man sich auf den Weg machen sollen und über die Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit dieser Regelung nachdenken sollen. Mir stößt es jedenfalls sauer auf, dass gerade diejenigen sich jetzt empören, die damals vor allem Spanien und Italien im Regen haben stehen lassen.

Die Ausgangslage auf europäischer Ebene könnte fast zynischer nicht sein. Die EU darf nicht zu einer

(Lars Harms)

Gemeinschaft der Nein-Sager mutieren, sondern es muss endlich wieder Ja gesagt werden. Auf dieses Ja warten nicht nur Millionen von EU-Bürgern, sondern vor allem auch unzählige Menschen, die zu uns kommen wollen. Die Nein-Sager dieses Kontinents wollen ihr Nein dieser Tage durch **Grenzzäune und Mauern** stützen. Die Zäune wachsen nicht nur in Ungarn, sondern auch in Spanien, Frankreich und zum Beispiel in Bulgarien. Als SSW wollen und müssen wir an dieser Stelle ganz klar sagen, dass Stacheldraht und Kampfhunde bei einer humanitären Aufgabe nichts zu suchen haben. Grenzkontrollen sind nichts anderes als ein Placebo.

Dänemark hat seinerzeit den Anfang gemacht und wurde dafür heftig angegriffen. Nun tun wir es, genau wie ein bedeutender Teil der EU auch. Das Fingerzeigprinzip der letzten Tage hat zu nichts geführt. Die EU wird derzeit von einem Dominoeffekt überrannt, und es werden wahrscheinlich noch mehr Mitgliedstaaten ihre Kontrollen verstärken. Die Flüchtlinge werden sich aber andere Wege suchen und diese garantiert auch finden. Ob eine **Verschärfung der Grenzkontrollen** zielführend ist, wagen wir als SSW jedenfalls zu bezweifeln.

Daher begrüßen wir es an dieser Stelle, dass der dänische Außenminister Kristian Jensen sich dahin gehend geäußert hat, die **Grenzkontrollen in Dänemark** nicht mehr aufrechtzuerhalten. Die dänische Bevölkerung ist an dieser Kehrtwende sicherlich nicht ganz unschuldig; denn laut einer Umfrage würden 78 % der dänischen Bevölkerung es unterstützen, wenn ihr Land an einer gemeinsamen Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU teilnimmt. Dies wurde ja inzwischen von der dänischen Regierung auf freiwilliger Basis zugesagt. Das ist eine positive Entwicklung in Dänemark, genau wie die großen **Demonstrationen** in den größeren dänischen Städten **für eine humane Asylpolitik** es gezeigt haben.

Auch bei uns ist die Stimmung in der Bevölkerung landauf, landab durchweg positiv. Auch an dieser Stelle gilt allen hier im Hause sowie anderenorts, die ihren Teil zu dieser ergreifenden Stimmungslage beigetragen haben, unser Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Die Herausforderung der kommenden Zeit ist einleuchtend, nämlich: Die **Solidarität** der jetzigen Tage müssen wir als Gesellschaft weiterentwickeln. Das heißt, wir müssen weiterhin gegenseitige Unterstützung leben und denjenigen die Hand reichen, die vom rechten Weg abgekommen sind oder die

das Ziel nicht mehr vor Augen haben. Diese Herausforderung wird uns die nächsten Jahre begleiten. Ein integrativer Prozess wird nicht nur Erfolg mit sich bringen, sondern definitiv auch Misserfolg. Auch darauf müssen wir als Gesellschaft und als Politik vorbereitet sein und auch unsere Bürgerinnen und Bürger vorbereiten; denn eines lehren uns die Blicke in die Vergangenheit: Es war noch nie einfach. Es wird auch diesmal nicht einfach werden. Humanität ist schließlich keine Bagatelle. Doch es ist ein Ziel, für das es sich einzusetzen lohnt. **Asylrecht** ist ein **Menschenrecht**. Die Menschen, die zu uns kommen, haben ein Recht auf eine neue Heimat. Unsere Aufgabe ist es, ihnen diese zu gewähren.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mich nochmals bei der Landesregierung, bei den Kommunen, bei den vielen Helferinnen und Helfern sowie bei den vielen Organisationen, die sich im ganzen Land engagieren, bedanken. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Zunächst erkläre ich den Tagesordnungspunkt Regierungserklärung für beendet. Weil Ausschussüberweisungen für die Drucksache 18/3342, den Antrag der Piratenfraktion, für Drucksache 18/3353, ein Antrag der FDP-Fraktion, sowie den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3340 beantragt ist, stimmen wir darüber ab.

(Zurufe)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Ich beantrage, auch den Antrag der CDU zur weiteren Beratung dem Ausschuss zu überweisen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Okay. Ich werde jetzt diese Anträge einzeln aufrufen. Ich bitte um Konzentration. Ich sage zur Erleichterung jeweils, welche Drucksache welcher Fraktion zuzuordnen ist, damit Sie es einordnen können.

Zunächst stimmen wir über die Überweisung des Antrags der Piratenfraktion, Drucksache 18/3342, ab. Wer diesen Antrag dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen will, den bitte ich jetzt um das

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig überwiesen.

Wir kommen jetzt zum Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/3349. Wer der Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist gegen die Überweisung? - Das sind alle anderen Fraktionen.

(Volker Dornquast [CDU]: Die wollen sich mit dem Problem nicht auseinandersetzen!)

Wir kommen jetzt zum Antrag der FDP-Fraktion, der Drucksache 18/3353. Wer dieser Überweisung seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Wer der Überweisung des Berichts der Landesregierung an den Ausschuss zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen in der Sache, zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 18/3343. Hier wird ein Bericht gewünscht. Wenn ich das richtig gehört habe, soll der Bericht in der nächsten Plenartagung vorgetragen werden. Dem stimmt die FDP zu. Wer diesem Antrag, in der nächsten Plenartagung einen mündlichen Bericht zu erhalten, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt ist noch über den Antrag der CDU-Fraktion, Drucksache 18/3349, abzustimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist er gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt. Damit sind die beigefügten Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Wir kommen jetzt zügig zu weiteren Anträgen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

Ein Glasfaseranschluss für jede Schule

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3310 (neu)

Es ist vorgesehen, keine Aussprache durchzuführen, und beantragt, den Antrag dem Bildungsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

- Wirtschaft mitberatend? Das muss ich hier eben ändern. Das ist schnell gemacht. Also mitberatend an den Wirtschaftsausschuss und federführend an den Bildungsausschuss? - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 40:

Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein fortführen und erweitern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3045

Es ist beantragt worden, den Bericht ohne Aussprache dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer der Überweisung zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. - Jetzt meldet sich Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen. Bitte schön.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Mit der Drucksache 18/2527 gibt es noch eine Ausschussempfehlung, über die wir jetzt abstimmen müssten.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Moment. Zu welchem Tagesordnungspunkt, Frau Abgeordnete? Können Sie das bitte sagen?

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Zu Tagesordnungspunkt 40!

Vizepräsident Bernd Heinemann:

40, okay. Wer der Ausschussempfehlung seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist bei Zustimmung der SPD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW und Enthaltung der übrigen Fraktionen so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 45:

Pestizidrückstände in Gewässern

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3319

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Da ist auch eine Überweisung ohne Aussprache an den Umwelt- und Agrarausschuss vorgesehen.

(Zurufe: Vertagung!)

- Bitte schön? - Vertagung in die nächste Tagung? - Das korrigiere ich hier. Oktober? - Gut, dann brauche ich nichts weiter dazuzusagen. Der Antrag ist zurückgestellt und wird im Oktober erneut aufgerufen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 47:

Versorgung von Schwangeren und Neugeborenen in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3338

Es ist zunächst vorgesehen, diesen ohne Aussprache dem Sozialausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 39 A:

Kommunalkpaket des Bundes sachgerecht und schnell umsetzen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2916

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/3171

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3211

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3211, abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag gegen die Stimmen der Fraktion der CDU mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Piratenfraktion und der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wir kommen zur Ausschussempfehlung. Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag Drucksache 18/2916 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will - also Ablehnung -, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW sowie die Piraten-

fraktion. Wer ist dagegen, dieser Ausschussempfehlung zu folgen? - Das ist die CDU-Fraktion. Wer enthält sich? - Das ist die FDP-Fraktion.

Ich rufe die Sammeldrucksache auf:

Sammeldrucksache über Vorlagen gemäß § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung des Schleswig-Holsteinischen Landtags

Drucksache 18/3356

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über die Sammeldrucksache. Die Voten für die einzelnen Tagesordnungspunkte, für die eine GesamtAbstimmung nach § 63 Absatz 1 a der Geschäftsordnung vorgesehen ist, entnehmen Sie bitte der Ihnen vorliegenden Drucksache 18/3356. Voraussetzung für die Abstimmung ist, dass keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter widerspricht. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Wer mit der Übernahme der Empfehlungen entsprechend der Sammeldrucksache 18/3356 einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit hat der Landtag diese Empfehlungen einstimmig bestätigt.

Es ist heute eine sehr spannende Diskussion gewesen. Ich denke, die Parlamentarischen Geschäftsführer haben richtig entschieden, die Beratungen jetzt einzustellen.

Ich möchte noch etwas anmerken, was vielleicht zumindest in diesen Kontext passt. Gestern hat der Fotograf von den „KN“, der hier regelmäßig Fotos macht, in einer beispielhaften Art einen Angriff auf einen Senioren zurückgewiesen und ist dabei verletzt worden. Ich denke, der Landtag sollte diese Leistung zum Schutz von Bürgern durch dieses couragierte Eingreifen unterstützen, indem wir ihm gute Besserung wünschen. - Alles Gute!

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen bis zur nächsten Tagung im Oktober alles Gute, kommen Sie gut nach Hause, ein schönes Wochenende und auf Wiedersehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13:59 Uhr

Anhang

Reden zu Protokoll

Ein Glasfaseranschluss für jede Schule

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3310 (neu)

Anita Klahn [FDP]:

Herr Präsident! Die FDP Fraktion begrüßt die Aussage von Ministerpräsident Torsten Albig in seiner Regierungserklärung zur Familie Hansen vom 15. Juli dieses Jahres, die diesem Antrag zugrunde liegt, ausdrücklich. Vor diesem Hintergrund findet der hier vorliegende Antrag der Piratenfraktion die Unterstützung meiner Fraktion.

Meine Damen und Herren, allerdings haben wir den Eindruck, dass die Ministerien von dem konkret benannten Ziel - also dem Credo des Ministerpräsidenten Torsten Albig - indes offenkundig über- rascht worden sind.

Zum Beispiel: Der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie berichtet regelmäßig über die Fortschritte beim Glasfaserausbau im Land. Dieser ist auch unbestritten von enormer Bedeutung für Schleswig-Holstein. Am 13. Juli 2015, zwei Tage vor der Hansen-Rede des Ministerpräsidenten, verkündete Wirtschaftsminister Meyer stolz:

„Fast ein Viertel aller Haushalte im Land verfügen bereits über Glasfaser-Anschlüsse.“

Und weiter:

„(...) Schleswig-Holstein (hat) sich als einziges Bundesland ein Infrastrukturziel statt eines Bandbreitenziels gesteckt, in dem es bis 2030 eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen erreichen will.“

Nebenbei bemerkt, eigentlich hatte man mal 2020 angestrebt. Aber interessanterweise gibt es keine gesonderte Erwähnung zu den Schulen und über eine Zielsetzung „alle Schulen mit einem Glasfaseranschluss auszustatten“, liest man gar nichts.

Aber am 8. September 2015 lässt das Wirtschaftsministerium im Zusammenhang mit der sogenannten „Digitalen Dividende“ verlauten: „(Das) Glasfasernetz wird weiter ausgebaut“.

Darin, in einer Aufzählung, heißt es immerhin:

„Neben der Stärkung von Schulen, Kommunal- und Landesnetzen soll auch das erfolgreiche Zinssubventionierungsprogramm auf-

gestockt werden, das bereits so gut wie ausgeschöpft sei.“

Eine Schwerpunktsetzung sieht bei den Schulen anders aus.

Meine Damen und Herren, nicht unerwähnt möchte ich die Antwort auf die Kleine Anfrage des Kollegen König vom 15. August dieses Jahres lassen. Dort werden alle sieben Fragen, die sich auf die genannte Aussage des Ministerpräsidenten beziehen, zusammen beantwortet.

Mit dieser Antwort entlarvt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, das Credo des Ministerpräsidenten hinsichtlich dessen Umsetzbarkeit:

„Diese Überlegungen sind bundesweit Neuland und müssen noch sorgfältig hinsichtlich der rechtlichen (vor allem beihilferechtlichen), wirtschaftlichen und technischen Aspekte untersucht werden.

Da sich das Gesamtkonzept, das deutlich über das oben genannte technische Konzept für die Breitbandversorgung von Schulen hinausgeht, noch im Anfangsstadium befindet, können die erbetenen Angaben derzeit noch nicht zur Verfügung gestellt werden; es kann auch noch kein Zeitpunkt genannt werden, bis zu dem dieses Konzept so weit ausgereift ist, dass diese Daten zugeliefert werden könnten.“

Kurzum bedeutet dies doch nur, dass selbst das zuständige Ministerium keine Ahnung hat, bis wann und vor allem wie die Ankündigung des Ministerpräsidenten umgesetzt werden soll.

Meine Damen und Herren, die Hansens, die Schulen und die Schülerinnen und Schüler des Landes haben sich anhand der Äußerungen des Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung sicherlich etwas anderes vorgestellt. Ich erwarte, dass Ministerpräsident Torsten Albig seinen Worten nun auch Taten folgen lässt und das Thema „Glasfaseranschluss für jede Schule“ angesichts der entstandenen berechtigten Erwartungen zum Chefthema erklärt.

Der flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes wird laut Infrastrukturbericht etwa 6 Milliarden € kosten und wird privatwirtschaftlich organisiert. Die Schulgebäude sind im Verantwortungsbereich der Kommunen. Wir erwarten jetzt ein konkretes

(Anita Klahn)

Konzept der Landesregierung zur Umsetzung der Ankündigung des Ministerpräsidenten. Oder glaubte der Ministerpräsident, dass die 200.000 € für das Modellprojekt „Digitale Zukunft“ aus dem Bildungsministerium auch einen Glasfaseranschluss für jede Schule finanzieren?

Nein, wir wollen etwas anderes. Anstatt platter Attitüden des Ministerpräsidenten wollen wir moderne Schulen. Und ja, dazu gehört auch eine moderne digitale Ausstattung. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, in denen die Schulen jede Möglich-

keit haben, sich frei zu entfalten und gute Bildung zu vermitteln. Wer aber moderne Schulen will, der muss auch etwas dafür machen. Deswegen haben wir ein Schulinvestitionsprogramm aufgelegt, um die Kommunen in dieser Aufgabe zu unterstützen. Mit der Stimme des Ministerpräsidenten wurde dieses Programm jedoch von Rot-Grün-Blau abgelehnt. Mehr ist dazu nicht zu sagen.